

PROTOKOLL

Begrüßung

von Weizsäcker

Es ist mir eine große Freude, Sie im Namen des Bergedorfer Gesprächskreises hier in Baku herzlich willkommen zu heißen.

Für diejenigen, die dieses Forum bisher nicht kennen, füge ich kurz hinzu: Der Bergedorfer Kreis wurde von dem deutschen Unternehmer und Stifter Kurt A. Körber ins Leben gerufen, der damit aber keine unternehmerischen Interessen verfolgte, sondern ein Beispiel für politische Mitverantwortung aus dem Bereich der Wirtschaft geben wollte. Ein Thema, das ihm dabei stets besonders am Herzen lag, war die Verständigung unter den Völkern im allgemeinen und die Verbesserung der Beziehungen zwischen Ost und West im besonderen. Dieser schwierigen Aufgabe hat er sich bereits während der Zeit des kalten Krieges mit Hingabe gewidmet. Um so froher waren er und wir alle, als wir nach Beendigung des kalten Krieges an die konstruktiven Aufgaben der Zusammenarbeit in unserer zusammenwachsenden Welt herangehen konnten. In diesem Sinne begrüßen wir es im Gedenken an sein Vermächtnis besonders, daß wir hier in Aserbaidshan zusammenkommen.

Vor allem möchte ich unserem Gastland danken, daß wir uns an diesem Ort treffen können. Sodann gilt mein Dank den Teilnehmern, die sich hier aus nahezu allen Himmelsrichtungen versammelt haben. Es ist kein Wunder, daß wir aus so vielen Ländern kommen; denn Baku hat sich mehr und mehr zu einem Brennpunkt internationaler und globaler Interessen und Beziehungen herausgebildet.

Wir sind sehr daran interessiert, daß sich Aserbaidshan und andere Länder dieser Region auch an den europäischen Prozessen beteiligen. Gemeinsame Zielsetzungen zeigen sich nicht zuletzt im Rahmen der OSZE, die sich aktiv darum bemüht, daß diese Region einen guten Weg in die Zukunft findet. Insofern begrüßen wir alle die Transformationsfortschritte in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft.

Deutschland hat gewiß auch wirtschaftliche Interessen in dieser Region; aber wir Deutschen sind nicht in erster Linie Mitspieler im "Pipeline-Poker", sondern wir wollen zur Zusammenarbeit mit unserem Gastland und zur Stabilität im kaspischen Raum einen Beitrag leisten.

Nicht zuletzt sind wir hier, um zu lernen. Dazu wollen wir, den Traditionen des Kreises gemäß, ein offenes Gespräch miteinander führen. Es wird eine Dokumentation darüber geben, aber es werden nur die Texte publiziert, die von den Teilnehmern schriftlich freigegeben sind.

Mit meiner Hoffnung auf ein fruchtbares und uns alle belehrendes Gespräch bitte ich Herrn Meyer-Landrut, die Leitung zu übernehmen.

Meyer-Landrut

Der Bergedorfer Gesprächskreis hat, wie Herr von Weizsäcker sagte, eine lange Tradition. So haben wir bereits 1992 in Kiew über Probleme der Energiesicherheit diskutiert. Dabei ging es zum einen um die Versorgungssicherheit; Anfang der 90er Jahre stand die Europäische Energiecharta auf der Tagesordnung. Zum anderen betraf die Energiesicherheit damals besonders die Sicherheit der Kernkraftwerke, was angesichts der räumlichen Nähe zu Tschernobyl einsichtig war.

In unserem heutigen Gespräch wird es auch um die Sicherheit der Energieversorgung gehen. Dabei spielen nicht nur die Transportwege eine entscheidende Rolle - wer welche Mengen an Erdöl oder Erdgas zu welchen Konditionen auf welchen Routen zu welchen Zielorten befördern kann;- , sondern es geht auch um völkerrechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Einordnung des Kaspischen Meeres in das sogenannte "great game". Befinden wir uns hier tatsächlich in einer künftigen Wettrecke der Weltpolitik, und verblaßt im Vergleich dazu der Balkan mit seinen Konflikten, wie ein Kommentator kürzlich geschrieben hat? Oder werden angesichts der letztlich begrenzten Ressourcen im kaspischen Raum die politischen Implikationen in der Öffentlichkeit übertrieben?

Mit dem politischen Fragenkomplex wollen wir uns zunächst unter der Überschrift "Die geopolitische Agenda der kaspischen Region - Akteure, Interessen, Herausforderungen" befassen, und ich möchte Herrn Botschafter Goulizade, den Berater von Staatspräsident Alijew, bitten, hierzu die Position seines Landes darzulegen.

Goulizade

Ich darf Sie in der Hauptstadt der Republik Aserbaidschan, in Baku, herzlich begrüßen und Ihnen die Grüße von Präsident Alijew übermitteln, der Ihnen eine erfolgreiche und konstruktive Tagung wünscht und sich zugleich freuen würde, die Teilnehmer dieses Kreises nach Abschluß der Gespräche an seinem Amtssitz persönlich zu empfangen.

Natürlich freuen wir uns, daß so hochrangige Vertreter aus vielen Ländern nach Baku gekommen sind - in eine sicher interessante Stadt und in ein wunderschönes Land mit einer langen Geschichte und Tradition, die uns mit Stolz erfüllen. Aber das neue Aserbaidschan spielt an der Schwelle zum 21. Jahrhundert aufgrund seiner geopolitischen Lage und auch angesichts der aktuellen Entwicklungen in unserem Land eine bedeutsame Rolle in der Weltpolitik.

Die Geschichte Aserbaidschans als Teil des arabischen, später des russischen und dann des sowjetischen Reiches ist Ihnen sicher bekannt. Wegen seiner natürlichen Ressourcen und seiner geopolitischen Bedeutung stand dieses Land immer wieder im Brennpunkt der Auseinandersetzungen der unterschiedlichsten Mächte. 1991, als die Sowjetunion zusammenbrach, erlangte Aserbaidschan seine Unabhängigkeit, die wir in den letzten zweihundert Jahren nur zwei Jahre lang, nämlich von 1918 bis 1920, innehatten, bevor die Sowjetmacht das damalige demokratische Aserbaidschan zerschlug und die sowjetische Herrschaft etablierte. Aserbaidschan hat immer um seine Unabhängigkeit gekämpft, und 1991 zeigte sich, daß wir allen Bedrohungen und Herausforderungen zum Trotz eine wichtige Position zwischen Rußland, dem Iran und der Türkei einnehmen konnten.

Die erheblichen Ressourcen, die wir besitzen, vor allem das Erdöl, ziehen verständlicherweise die unterschiedlichsten Interessenten an, nicht zuletzt amerikanische und europäische, die ja auch an diesem Tisch vertreten sind.

Wir haben in den letzten Jahren bei uns Demokratie und Marktwirtschaft eingeführt. Aserbaidschan will Teil der internationalen Staatengemeinschaft und auch Mitglied des Europarats werden. Wir wollen uns in die Weltwirtschaft integrieren und fühlen uns dazu berechtigt und in der Lage. Unser Land verfügt über einen hohen kulturellen Standard mit einem beachtlichen Bildungsniveau der Bevölkerung. Hinzu kommen die beträchtlichen Erdöl- und Erdgasressourcen im Kaspischen Meer von geschätzt mehr als vier Milliarden Barrel Rohöl. All dies wollen wir zum Wohle unserer Bevölkerung und der Partnerländer, die mit uns kooperieren, nutzen.

Was die geopolitische Bedeutung Aserbaidschans angeht, so sind wir einerseits Teil des Kaukasus und gehören zum kaspischen Raum. Zugleich fühlen wir uns aber auch Europa zugehörig und verstehen uns als Europäer. Daß wir an der sogenannten Seidenstraße liegen, war für unsere Geschichte schon immer von großer Bedeutung und ist uns stets bewußt gewesen.

Wir wollen in dieser Region einen säkularen demokratischen Staat schaffen, was auch den politischen Intentionen unserer europäischen Partner sowie der Vereinigten Staaten von Amerika und Japans zweifellos entspricht. Um dies zu erreichen, brauchen wir jedoch mehr Verständnis, Kooperation und Unterstützung, und ich hoffe, daß dieser Gesprächskreis dazu beitragen wird, uns in unseren Bestrebungen zu unterstützen.

Ein großes Problem, mit dem wir konfrontiert sind, ist natürlich der Krieg mit dem Nachbarstaat Armenien, der dazu geführt hat, daß gegenwärtig über zwanzig Prozent unseres Territoriums besetzt sind und mehr als eine Million Menschen ihre Heimat verlassen mußten. Es handelt sich nicht um einen rein ethnischen Konflikt, sondern ihm liegen eine Reihe anderer Verwicklungen zugrunde, und auch externe Interessen spielen dabei eine Rolle. Eine bilaterale Regelung mit Armenien wäre wahrscheinlich der einfachere Weg. Aber andere geopolitische Interessen und Mächte fordern hier ein Mitspracherecht.

Zweifellos liegt es im Interesse der Weltgemeinschaft, daß der Konflikt beigelegt wird, und seit 1992 gibt es entsprechende Bestrebungen. So haben nicht zuletzt die Vereinigten Staaten, Rußland und Frankreich versucht, in dieser Region Frieden zu schaffen. Aber viele Probleme sind noch zu lösen, wenn wir zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit kommen und die Ressourcen in der Region in einem sicheren Umfeld nutzen wollen. Dafür müßte auch die Kommunikation von Ost nach West verbessert werden. Aber die Beilegung des Konflikts, in dessen Zentrum sich Nagornij-Karabach befindet, ist dafür unbedingte Voraussetzung.

Wir sind dabei im Recht; denn hier geht es nachweislich um nationales Territorium von Aserbaidschan; es ist dies eine Enklave innerhalb von Aserbaidschan mit armenischer Bevölkerung. Das heißt, Nagornij-Karabach ist ein Teil von Karabach, das zu Aserbaidschan gehört. Die Armenier und jene Kräfte, die sie unterstützen, wollen einen unabhängigen armenischen Staat auf aserbaidschanischem Territorium schaffen. Dadurch würden sämtliche Prinzipien der Vereinten Nationen und auch der OSZE verletzt. Solchen Absichten müssen wir uns entschieden entgegenstellen.

Nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Reiches gab es nicht nur den Konflikt um Nagornij-Karabach, sondern auch andere separatistische Bewegungen in diesem

Raum, die Frieden, Zusammenarbeit und Wohlstand aller Völker, die hier leben, gefährden.

Ich hoffe, daß wir über alle diese Probleme offen sprechen können und Vorschläge erörtert werden, wie die vorhandenen Schwierigkeiten zu überwinden sind.

Meyer-Landrut

Darf ich nunmehr Staatssekretär von Ploetz bitten, uns die deutschen und europäischen Standpunkte zu den politischen Fragen, die sich im kaspischen Raum stellen, darzulegen.

von Ploetz

Über Geopolitik im Zusammenhang mit dem kaspischen Raum wird zur Zeit außerordentlich viel gesprochen und geschrieben. Ich werde versuchen, dazu die deutsche Interessenlage darzulegen, wobei natürlich zugleich europäische Interessen angesprochen sind; denn als Teil der Europäischen Union und darüber hinaus als Teil der atlantischen Allianz sind wir gehalten, hier eine gemeinsame Politik zu entwickeln.

Herr Goulizade hat zu Recht darauf hingewiesen, daß Aserbaidschan zum Kreuzungspunkt für viele Fragen und Probleme, die die ganze Region betreffen, geworden ist. Aus deutscher Sicht begrüße ich diese Veranstaltung nicht zuletzt deshalb, weil wir Deutsche in geopolitischen Fragestellungen eine ungleich schwächere Tradition haben als etwa England oder Frankreich.

Ich gehe davon aus, daß nicht nur das 20., sondern auch das 21. Jahrhundert in den Geschichtsbüchern als das Zeitalter des Erdöls betrachtet werden wird. Die politische Entwicklung in diesem Jahrhundert hat dazu geführt, daß unter den großen multinationalen Erdölfirmen kein deutsches Unternehmen ist. Deshalb denken wir in Deutschland im Zusammenhang mit der kaspischen Region auch nicht in erster Linie an Erdöl und Erdgas. Für uns steht im Vordergrund, wie nach den großen Veränderungen in den Jahren 1989/90 auf dem europäischen Kontinent und in seiner Nachbarschaft sichergestellt werden kann, daß Frieden und Stabilität bewahrt beziehungsweise entwickelt werden. Insofern stellen wir die regionalen Entwicklungen im kaspischen Raum in größere, auch globale Zusammenhänge.

Wo liegen bei der Energiefrage unsere Interessen? Da Deutschland kaum über eigene Energieressourcen verfügt, versorgen wir uns auf dem Weltmarkt. Dabei legen wir auf Diversifizierung Wert, um nicht von einer oder wenigen Bezugsquellen abhängig zu sein. Diversifizierung bei einem so strategischen Rohstoff wie Erdöl ist von erheblicher politischer Bedeutung. Wenn sich jetzt die Chance eröffnet, neue Bezugsquellen zu erschließen und mit unserem Markt zu verbinden, sehen wir darin auch einen Beitrag zur Festigung der internationalen Stabilität.

Hinsichtlich der Sicherheit in Europa im allgemeinen und seiner Energiesicherheit im besonderen kommt Rußland und der Ukraine eine besondere Bedeutung zu. Herr Goulizade hat seinerseits daraufhingewiesen, daß beide Länder auch in der kaspischen Region eine große Rolle spielen. Entwicklungen hier können unsere Beziehungen zu Rußland direkt beeinflussen, ebenso wie sie auch Auswirkungen auf unser Verhältnis zu den Vereinigten Staaten haben können, unserem nach wie vor wichtigsten Verbündeten, dessen Anwesenheit auf dem europäischen Kontinent eine Grundbedingung für strategische Stabilität ist. Auch aus diesen Gründen haben wir ein spezielles Interesse an der kaspischen Region.

Destabilisierende Entwicklungen in dieser Region würden unsere Interessen also unter mehreren wichtigen Aspekten direkt berühren. Sie haben durchaus das Potential, zugleich unser Interesse an Energiesicherheit und störungsfreien Beziehungen zu Rußland und besonders den USA zu beeinträchtigen. Ich erinnere daran, daß auf dem letzten Gipfeltreffen EU-USA deutliche Unterschiede in den Auffassungen der Europäer und der USA in bezug auf den Iran zu überbrücken waren, einen der großen Spieler in dieser Region. Es bedurfte erheblicher diplomatischer Bemühungen, um das hierin liegende Störpotential in den Griff zu bekommen.

Es liegt also eindeutig im politischen, auch sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interesse Deutschlands wie der Europäischen Union, daß die geopolitischen Veränderungen, die 1990/91 in der kaspischen Region stattgefunden haben, konsolidiert werden und die Staaten der Region ihre neugewonnene Unabhängigkeit und Souveränität behaupten können. Hierzu beizutragen, ist ein Leitgedanke der Politik Deutschlands und der Europäischen Union.

Deutschland hat als erstes europäisches Land zu allen neuen Staaten der Region diplomatische Beziehungen aufgenommen. Ich habe damals als Ständiger deutscher Vertreter im NATO-Rat den Vorschlag vorgetragen, diese Länder einzuladen, dem Nordatlantischen Kooperationsrat beizutreten. Wir haben nachhaltig darauf hingewirkt, daß die Europäische Union mit diesen Ländern Vertragsbeziehungen aufnimmt und ihnen präferentiellen Zugang zu unserem gemeinsamen Binnenmarkt gewährt. Jeder dieser Schritte diene unserem vorrangigen Ziel, zur Stabilität in dieser Region beizutragen.

Die Bilanz kann sich durchaus sehen lassen, zumindest was die äußere Stabilität angeht. Dauerhafte Stabilität setzt aber voraus, daß auch im Innern der neuen Staaten bestimmte Reformentwicklungen vorankommen. Deshalb bin ich froh darüber, daß Herr Goulizade ein so uneingeschränktes Bekenntnis zu Demokratie und Marktwirtschaft abgegeben hat. Ohne sie wird es kaum möglich sein, die innere Stabilität dieser Länder auf Dauer zu gewährleisten.

Solche Reformen brauchen Zeit und fordern große Anstrengungen der politisch Verantwortlichen. Es wird aber zweifellos auch eine Weile dauern, intern Strukturen zu schaffen, damit die aus Öl- und Gasexporten zu erwartenden Einnahmen nicht nur einigen wenigen zugute kommen, sondern die aserbaidische Wirtschaft, insbesondere die Landwirtschaft, so aktivieren, daß der Wohlstand der Bevölkerung insgesamt wächst.

Eine solche Politik, die von Anfang an auf wirtschaftliche Diversifizierung setzt, ist die Voraussetzung für Stabilität auf lange Sicht. Sie nimmt bereits heute die Zeit in den Blick, zu der die Ölvorkommen ausgebeutet sind und die großen Einnahmen versiegen. Dann muß das Land in der Lage sein, aus sich selbst heraus Wohlstand und Stabilität zu gewährleisten. Die Weichen schon heute auf eine stabile, diversifizierte Wirtschaft zu stellen, dient heute und morgen der Bewältigung der ungeheuren sozialen Probleme, mit denen alle Länder dieser Region zu kämpfen haben.

Ich denke, gerade beim Aufbau von derartigen staatlichen und wirtschaftlichen Strukturen können Deutschland und die Europäische Union substantielle Hilfe leisten, auch in Fragen der Ausbildung, um der Alltagsprobleme Herr zu werden -jenseits der großen Fragen von Krieg und Frieden, die Herr Goulizade angesprochen hat. Die europäischen Länder können geradezu ideale Partner bei der Bewältigung dieser Aufgaben sein. Insbesondere Deutschland verfügt durch die Vereinigung über ein erhebliches Know-how, wenn es darum geht, eine Kommandowirtschaft und eine totalitäre politische

Struktur umzustellen. Und die Europäische Union gewinnt durch den Beitritt der mittelosteuropäischen Staaten zunehmend an Erfahrungen, die auch in dieser Region von Nutzen sein können.

Die größere geographische Nähe im Vergleich zu den USA erklärt manche unterschiedlichen Ansätze bei grundsätzlich gleichen Zielen. Es läßt sich sehr viel unbekümmerter von Geopolitik in Regionen sprechen, von denen man durch einen Ozean getrennt ist. Wir dagegen leben auf demselben Kontinent und kommen dem kaspischen Raum in einigen Jahren durch die EU-Erweiterung um etliche hundert Kilometer näher. Unser Interesse an gegenseitiger Öffnung von Gesellschaften und Märkten füreinander ist dementsprechend intensiv und bereits angelegt.

Wir spüren auch kraft der geographischen Nähe bestimmte negative Auswirkungen viel unmittelbarer als die USA, etwa den Drogenschmuggel, illegale Einwanderung oder kriminelle Banden, die im Westen Europas zunehmend ihr Unwesen treiben, und zwar in einem Ausmaß, wie wir es bislang nicht gekannt haben.

Das heißt, unsere Agenda für die kaspische Region ist keineswegs begrenzt auf geostrategische oder energiepolitische Fragen. Die Entwicklung der Region hat auch Fernwirkungen, die unsere politische und gesellschaftliche Ordnung elementar betreffen. Die Ursachen solcher Fernwirkungen gefährden ebenfalls die Stabilität in der kaspischen Region selbst. Auch diese Interessenparallelität macht die Staaten der EU zu idealen Partnern, zumal Deutschland und die Europäische Union außer Verdacht stehen, hier imperiale Ziele zu verfolgen.

Aus den dargelegten vielfältigen Gründen verfolgen Deutschland und die Europäische Union gegenüber den Staaten der kaspischen Region eine aufrichtige Politik der echten Partnerschaft - auf der Basis gleichberechtigter Beziehungen bei gleichzeitiger Anerkennung substantieller Unterschiede und verschiedener Identitäten. Vielleicht sind wir von daher - im Verbund mit den USA - ein zwar sehr interessierter, aber zugleich uneigennützigerer Partner für Länder wie Aserbaidschan als die großen unmittelbaren Nachbarn im Norden, Süden oder Osten.

Ein Wort zu den Pipelinesystemen. Die Bundesregierung ist sich bewußt, daß darüber letztlich nicht Regierungen, sondern diejenigen entscheiden, die die finanziellen Mittel aufbringen müssen. Natürlich hoffen wir, daß sie auf den Rat ihrer Regierungen hören werden. Denn die notwendigen Investitionen, um Erdöl und Erdgas zu fördern und auf den Weltmarkt zu bringen, setzen angemessene Stabilität voraus. Sie spielt auch für die Wahl der Exportwege eine ausschlaggebende Rolle.

Wenn die Fördermengen es rechtfertigen, sprechen überzeugende Argumente für ein multiples System. Ein Konzept, das etwa Rußland ausgrenzt, halten wir aus mehreren Gründen für einen Fehler. Ein multiples Pipelinesystem kann stabilisieren, indem es kein Land von vornherein als Partner beim Transit ausschließt, aber gleichzeitig auch eine völlige Abhängigkeit der Erzeuger von einem einzigen Transitland vermeidet. In diesem Zusammenhang verdienen die Aussagen des letzten G-8-Gipfels in Birmingham zu Energiefragen mehr Beachtung: Diese wurden zu einem gemeinsamen Thema erklärt, an dem alle G-8-Länder - also auch Rußland - mitwirken wollen, was den Marktzugang angeht. Auf diese Weise könnten manche der aufscheinenden geopolitischen Interessengegensätze auf einen gemeinsamen und das heißt für die kaspische Region guten, weil stabilisierenden Nenner gebracht werden. Ich denke, damit wäre allen Beteiligten am besten gedient.

Meyer-Landrut

Politische Stabilität auf der einen, Wirtschaftlichkeit bei der Förderung und dem Transport von Energie auf der anderen Seite sind als die wesentlichen Komponenten für eine gedeihliche Entwicklung in der Region herausgestellt worden. Beides ist noch keinesfalls erreicht.

Sind das die eigentlichen Kernfragen, oder müssen weitere Aspekte berücksichtigt werden, um das Bild zu vervollständigen?

Gasteyger

25 Jahre nach der großen Energiekrise von 1973 wird die Energiefrage augenscheinlich wieder zu einem Kardinalthema der internationalen Diskussion. Dies einmal im positiven Sinn, indem sie Länder dazu bringt, eine gemeinsame Energiepolitik zu formulieren. Das wird für die Zukunft der Region zweifellos von außerordentlicher Bedeutung sein. Zugleich können die Länder aber auch in Konflikt miteinander geraten, wenn es darum geht, ihre spezifischen Energiebedürfnisse zu definieren und die Art und Weise, sie zu befriedigen. Die Energiefrage kann also Einigung und Trennung zugleich bedeuten.

Das führt mich zu einer ersten Feststellung, daß nämlich in Aserbaidschan und den anderen Ländern um das Kaspische Meer die Kluft zwischen dem Potential auf der einen und der Realität auf der anderen Seite nach wie vor erheblich ist. Wir müssen deshalb unsere hiesigen Partner schon fragen, in welchem Zeitraum sie diese Schere zumindest annähernd zu schließen hoffen. Denn wenn diese Kluft allzulange bestehen bleibt, wird dies erhebliche politische und soziale Auswirkungen haben.

Mein zweiter Punkt betrifft weniger die Energieförderung, die zweifellos beträchtlich sein dürfte, oder deren Verteilung. Was ich für genauso wichtig, wenn nicht für bedeutsamer halte, ist die Frage nach dem Verhalten der Transitländer und den Beziehungen, die ein Land wie Aserbaidschan, das keinen eigenen Zugang zum Meer besitzt, zu ihnen unterhält. Denn gute Beziehungen zu den Transitländern sind unabdingbar, damit das Öl - und im Falle von Turkmenistan das Gas - exportiert werden kann. Deshalb würde ich gern wissen, wie sich Aserbaidschan die Entwicklung der Beziehungen zu Ländern wie Iran und der Türkei, Armenien, Rußland und Georgien vorstellt.

Herr Goulizade sprach den unglückseligen Krieg in Nagornij-Karabach an. Sie sagten, die Chancen, den Konflikt beizulegen, seien größer, wenn die beiden betroffenen Länder, Aserbaidschan und Armenien, das unter sich ausmachen würden. Sie erwähnten aber externe Einflußnahme. Könnten Sie etwas genauer sagen, wo Sie diese externen Interessen sehen, die eine Beilegung des Konflikts erschweren?

Erler

Die Region, in der wir uns hier befinden, hat in der Geschichte immer wieder die geopolitischen Phantasien beschäftigt. Einst gehörte sie zu einem der wichtigsten Teile der historischen Seidenstraße, die bis zum 16. Jahrhundert ihre Bedeutung hatte. Die geographische Lage als Brücke zwischen Europa und Asien hat die Phantasien von Machtpolitikern stets von neuem angeregt. Der Engländer Halford Mackinder hat vom "heartland", vom "Herzland", gesprochen und darauf eine ganze Theorie aufgebaut. Der Deutsche Karl Haushofer hat sich an Turkestan-Ideen beteiligt. Es ließen sich viele Beispiele mehr anführen. Und zweifellos haben die Öl- und Gasfunde der letzten Jahre solchen geopolitischen Erwägungen neue Nahrung gegeben. Herr Gasteyger hat eben zu Recht daraufhingewiesen, daß sich in der gegenwärtigen Situation politisch entscheidet, ob dies der Region zum Fluch oder zum Segen gereicht.

Dafür sehe ich zumindest drei wichtige Ausgangsbedingungen, die es zu berücksichtigen gilt. Erstens: Aufgrund der geographischen Isoliertheit der Region - fernab der Weltmeere - ist man auf andere Länder angewiesen, wenn man die Öl- und Gasreserven realisieren und zu Geld machen will. Das heißt, für die Pipelines braucht man in jedem Fall andere Länder, die den Transit bewerkstelligen.

Das zweite sind die zahlreichen Konflikte, die dieses Gebiet in vieler Hinsicht so problematisch machen. Herr Goulizade hat Nagornij-Karabach erwähnt; es lassen sich viele andere Konfliktherde nennen, ob in Tschetschenien, in Georgien - Ossetien und Abchasien - oder ob man an die Lesgier und andere ethnische Minderheiten denkt. Potentielle Konflikte gibt es im übrigen nicht nur um Öl und Gas, sondern auch um den Wasserreichtum, der die Region auszeichnet.

Drittens schließlich kommen die Interessen von außenstehenden Mächten ins Spiel. Rußland, China, die USA, Iran und die Türkei sind hier auf unterschiedliche Weise involviert.

Diesen verschiedenen Einflußfaktoren kann man auf zweierlei Weise Rechnung tragen. Das eine wäre eine umfassende Kooperation auf der Grundlage des internationalen Rechts. Das schiene mir die geeignetere Möglichkeit zu sein.

Das andere wäre eine Art selektiver Kooperation durch die Bildung von machtpolitischen Allianzen, wie es im Augenblick geschieht. Ich halte diese Entwicklung indes für gefährlich, weil sie geopolitisch zu einer Situation wie in der Golfregion führen kann. Das heißt, Einflußnahme starker Kräfte von außen und eine ungleiche Verteilung der Reichtümer bergen erhebliche Konfliktpotentiale in sich.

Ich denke, wir sollten die Situation im zentral- und mittelasiatischen Raum als ein globales Pilotprojekt für eine präventive Friedenspolitik begreifen. Darin sehe ich die eigentliche Herausforderung.

Haga

Wohl niemand in diesem Raum wird bezweifeln, daß die kaspische Region im nächsten Jahrzehnt ein Hauptlieferant an Energie für die Welt werden wird. Die entsprechenden Reserven sind vorhanden, die großen Energiekonzerne sind interessiert, und auch der politische Wille besteht, die vorhandenen Ressourcen zu nutzen. Deshalb sind die Aussichten für eine wirtschaftliche Erfolgstory

außerordentlich gut. Gleichzeitig sehen wir alle die enormen Probleme und Schwierigkeiten, die damit verbunden sind.

Ich denke aber, daß mehr Anlaß zu Optimismus als zu Pessimismus besteht, wobei Herr von Ploetz das Schlüsselwort für die Erfolgsstory genannt hat, nämlich "politische Stabilität". Eine Voraussetzung für politische Stabilität, die in der Region selbst liegt, hat Herr Erler eben erwähnt. Das heißt, die kriegsähnlichen Zustände in Nagornij-Karabach, in Tschetschenien, in Abchasien oder in Südossetien sind grundlegende Hindernisse, wenn es darum geht, einen positiven wirtschaftlichen Prozeß zu initiieren beziehungsweise das fortzuführen, was bereits begonnen wurde. Das sollten wir unterstützen.

Politische Stabilität hat für die einzelnen Länder natürlich auch eine innenpolitische Komponente. Meiner Meinung nach erfordert eine stabile innenpolitische Situation die Umsetzung entsprechender demokratischer Prozesse. Es muß eine grundlegende Respektierung der Menschenrechte geben, und die Medien müssen frei arbeiten können. Ohne die Erfüllung solcher grundlegenden Bedingungen wird es unmöglich sein, eine langfristige Stabilität zu erlangen.

Ein weiterer wichtiger Faktor für politische Stabilität ist die wirtschaftliche Entwicklung, und es muß sichergestellt sein, daß das Wirtschaftswachstum der gesamten Bevölkerung zugute kommt. Wir haben aus der Geschichte gelernt, daß sich Konflikte immer dann ergeben, wenn bestimmte Erwartungen nicht erfüllt werden. Wir müssen also Mechanismen finden, um den Wohlstand an die gesamte Bevölkerung zu verteilen. Um das zu erreichen, muß beispielsweise die Korruption bekämpft werden, die die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung bedroht. Um ein Korruptionsklima zu verhindern, dafür müssen sowohl die Regierung als auch die Konzerne Sorge tragen.

Zur politischen Stabilität gehört des weiteren eine intakte Umwelt. Ich sehe nicht, daß ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum erreichbar ist, ohne daß die ökologischen Auswirkungen solchen Wachstums in die Überlegungen einbezogen werden.

Natürlich ist es einfach, ein theoretisches Konzept für politische Stabilität vorzulegen; die Umsetzung in der Praxis ist wesentlich schwieriger. Ich denke, es geht dabei zum einen um gezielte Maßnahmen der Regierungen. Zugleich müssen wir die internationalen Institutionen nutzen, die bereit sind, hier zu helfen, etwa die OECD und die Vereinten Nationen, damit eine entsprechende Entwicklung zustande kommt. Wir brauchen also sowohl eine geeignete Regierungspolitik als auch die Unterstützung internationaler Mechanismen. Hinzu kommen muß eine gezielte Politik der Unternehmen, die sich in der Region engagiert haben. Denn auf dem internationalen Feld zeigt sich, daß der Markt einige der traditionellen Machtfaktoren bestimmt, die zuvor eine Domäne der Regierungen und der Öffentlichkeit waren. Von daher kommt den Unternehmen eine größere Verantwortung zu.

Die norwegische Regierung ermutigte unsere Unternehmen, sich in dieser Region zu engagieren. Das beinhaltet gewisse außenpolitische Herausforderungen. Die Regierung braucht öffentliche Unterstützung für unsere Politik. Deshalb halten wir die Unternehmen an, sich im Ausland anständig zu verhalten und die Standards zu beachten, die für sie auch zu Hause gelten. Wenn ein Unternehmen die Standards im Ausland senkt, kommt unsere Regierung in politische Schwierigkeiten. Deshalb finde ich es auch sinnvoll, daß wir in Norwegen sehr starke Nichtregierungsorganisationen haben, die uns über die Schulter sehen und darauf achten, daß Regierung und Unternehmen in bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte und der Umweltbedingungen eine entsprechende Politik verfolgen.

Stürmer

Der Charme der Geopolitik besteht darin, daß es sich um ein in sich bewegliches und nicht um ein statisches System handelt. Das ist aber auch der Grund, warum man um eine gewisse Stabilität besorgt sein muß. Von daher gibt es drei Fragen insbesondere an die Vertreter dieser Region.

Erstens: Der Ölpreis ist schon seit langem sehr niedrig und dürfte für absehbare Zeit niedrig bleiben. Wie hoch müßte denn der Ölpreis vergleichsweise sein, wenn dieses Land und diese Region wirtschaftlich gedeihen und Investitionen nachhaltig getätigt werden sollen?

Zweitens: In dem "great game" gibt es einige regionale Mitspieler wie den Iran, die Türkei und Rußland, und in jedem regionalen power play bedarf es ausgleichender Einflüsse von außerhalb. Inwieweit werden die Vereinigten Staaten als eine solche ausgleichende Kraft begrüßt? Und in welchem Maße könnten die Europäische Union oder einzelne Länder der EU, beispielsweise Deutschland, mitwirken?

Die dritte Frage ist für diese Region die Frage aller Fragen: Wie sieht die Zukunft des Iran aus? Der Iran ist von den Vereinigten Staaten und vom Westen mehr oder weniger isoliert worden, und zwar seit ungefähr zwei Jahrzehnten. Der Iran war allerdings recht erfolgreich, sich gewisse Öffnungen zu verschaffen. In dem Augenblick, da dieses Land wieder zu einem wichtigen Akteur wird und eine Rolle spielt, wie sie ihm aufgrund der Geschichte und insbesondere der Geographie und seiner Größe zukommt, wird sich die Lage von Aserbaidschan im Hinblick auf den Zugang zu den Weltmeeren - und das heißt Öl- und Gasterminals und Häfen - wesentlich verändern.

Solange die Iranfrage nicht beantwortet ist, wäre ich persönlich sehr zögerlich, Milliarden von Dollars in Pipelines und andere Unternehmungen zu investieren, die bei einer grundlegenden Änderung der Lage des Iran und der gesamtpolitischen Situation, die durchaus eintreten kann, plötzlich wertlos oder zumindest nicht so effizient wären, wie man es sich zuvor gedacht hat. Generell liegt es auf der Hand, daß die kürzeste Verbindung aus dieser Weltregion zum offenen Meer nicht über das Schwarze Meer und die Dardanellen führt einmal abgesehen von dem weit entfernten China;- , sondern über den Iran. Was sagen die Vertreter der Region in dieser Hinsicht über die Zukunft des Iran?

Rumer

Lassen Sie mich etwas zu den Grundvoraussetzungen der Politik der Vereinigten Staaten in dieser Region und insbesondere bezüglich Aserbaidschan sagen. Trotz der jüngsten Aufmerksamkeit für Pipelines, Öl und Gas hat sich die Politik der Vereinigten Staaten in dieser Region seit Auflösung der Sowjetunion nicht sehr verändert. Wir orientieren uns an unseren fundamentalen Interessen, die darin bestehen, daß die neuen unabhängigen Staaten der früheren Sowjetunion vollberechtigte Mitglieder der internationalen Gemeinschaft, der Gemeinschaft demokratischer Staaten und natürlich auch als marktwirtschaftlich ausgerichtete Volkswirtschaften in die internationale Wirtschaft integriert werden sollten. In diesem weiten Kontext sollte auch unsere Politik in bezug auf Öl und Gas gesehen werden.

Trotz aller Probleme, die hier erwähnt wurden - und es gibt zweifellos viele Probleme, die die neuen unabhängigen Staaten in dieser Region behindern, ihre Ziele zu verfolgen;- , haben diese Staaten in den letzten Jahren seit der Unabhängigkeit viel erreicht, insbesondere wenn man bedenkt, wie nahe sie in den ersten Jahren am Abgrund standen. Deshalb meine ich, daß wir die bisherigen Fortschritte nicht geringachten sollten.

Es ist bereits einiges zum Thema Geopolitik gesagt worden. Unser Deputy Secretary Talbott, sozusagen der Architekt unserer Politik gegenüber den neuen unabhängigen Staaten, hat vor einem Jahr in einer Rede die grundlegenden Parameter unserer Politik in bezug auf die Kaukasus- und die zentralasiatischen Staaten beschrieben. Dabei wies er insbesondere den geopolitischen Ansatz zurück, der darauf abzielt, diese Staaten im great game gewissermaßen als Pfand anzusehen. In der Tat lehnte er ein solches Konzept ab und sprach sich statt dessen für eine umfassende Zusammenarbeit und Integration in die internationalen Märkte und die internationale Staatengemeinschaft aus. Unsere Politik ist nach wie vor darauf ausgerichtet, die neuen unabhängigen Staaten bei der Verfolgung der vorgenannten Ziele zu unterstützen.

Was die Frage der Pipelines angeht, so sehen wir die Ost-West-Pipelines beziehungsweise den eurasischen Transportkorridor nicht als Selbstzweck an. Vielmehr sollen sie dazu beitragen, die zentralasiatischen und die Länder des Kaukasus, die keinen Zugang zum Meer haben, mit den internationalen Märkten zu verbinden, um sicherzustellen, daß sie in dem Maße, wie sie ihre innenpolitischen und wirtschaftlichen Reformen umsetzen, zugleich ihre wirtschaftliche und strategische Unabhängigkeit im internationalen Rahmen sichern können. In dieser Hinsicht sehen wir Aserbaidschan in der Tat als den Schlüsselstaat an, wie Herr Goulizade gesagt hat. Aserbaidschan hat das Potential, das "Juwel" des kaspischen Raumes zu werden, ein Verbindungsglied zwischen den Ländern Zentralasiens und dem Kaukasus zum Schwarzen Meer und dem östlichen Mittelmeer.

Diese Überlegung ist eine der grundlegenden Voraussetzungen für unser Engagement in Aserbaidschan, und in dem Zusammenhang muß ich sagen, daß die Auswirkungen der berüchtigten "Section 907" unsere Politik gegenüber Aserbaidschan und unser Engagement in der Region stark beeinträchtigt haben. Das State Department befürwortet die Aufhebung der "Section 907". Ich bin optimistisch, daß dieses Hindernis schon bald beseitigt wird, so daß wir uns dann voll in dieser Region engagieren können.

Gasteyger

Welche Wirkungen hat diese "Section 907"?

Rumer

Section 907 behinderte die amerikanische Unterstützung von Aserbaidschan - von wenigen Ausnahmen abgesehen - gerade zu einem Zeitpunkt, als Aserbaidschan wichtige Schritte zu einem friedlichen Übereinkommen mit Armenien unternahm und die Blockade gegenüber Armenien aufgehoben hat. Section 907 wurde unter ganz anderen Voraussetzungen formuliert. Ich denke, dies ist unfair gegenüber Aserbaidschan und hindert uns daran, sozusagen als ehrliche Makler in der Region aufzutreten. Meine aserbaidschanischen Kollegen werden Inhalt und Folgen der Section 907 sehr viel besser kennen, als ich das hier darlegen kann.

Die Vereinigten Staaten und Europa verfolgen gemeinsame Ziele in dieser sehr wichtigen Region. Eines dieser Ziele ist sicherzustellen, daß diese Region und Aserbaidschan Teil Europas und des sich erweiternden Netzwerks der euro-atlantischen Institutionen werden können, die wir seit dem Ende des kalten Krieges gemeinsam aufgebaut haben.

Ich füge hinzu, daß unsere Politik jetzt der Zusammenarbeit mit der OSZE größere Bedeutung beimißt und der OSZE eine führende Rolle für die europäische Sicherheit und Stabilität beimißt, auch in jenen Ländern, die sich nach dem Ende des kalten Krieges an der Peripherie Europas entwickelt haben. Diese Länder wollen unbedingt Teil Europas werden, und die OSZE ist wesentlich besser in der Lage, den Herausforderungen dieser Länder zu entsprechen als jede andere Institution. Dies beinhaltet die Erlangung von Demokratie, marktwirtschaftlichen Reformen und Rechtsstaatlichkeit. Diese Ziele sind gewissermaßen das Rezept für die Lösung der Probleme, mit denen die betreffenden Länder konfrontiert sind und die die gesamte Region in ihrem Streben nach Sicherheit und Stabilität beeinflussen. Aus meiner Sicht, und darin weiß ich mich mit meinen Kollegen im State Department einig, wird keine noch so große Ölmenge Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit ersetzen können.

Goulizade

Zunächst zur Section 907. 1992 hatte Aserbaidschan in den Vereinigten Staaten und weltweit ein sehr schlechtes Image. In vielen Ländern gab es eine uns feindlich gesinnte armenische Diaspora, vor allem in den Vereinigten Staaten und in Frankreich. Aserbaidschan wurde der Welt als ein fundamentalistisches Land dargestellt, das ein islamisches Regime etablieren wollte. Kaum einer wußte, um was es bei dem armenisch-aserbaidschanischen Konflikt tatsächlich ging. Teile der Auslandsarmenier in den Vereinigten Staaten verbreiteten die Propaganda, Aserbaidschan blockiere Armenien auf seinem eigenen Territorium in Nagornij-Karabach, und deshalb müsse Aserbaidschan bestraft werden. Die armenische Lobby in den USA schlug daraufhin dem amerikanischen Kongreß die Section 907 vor, was dazu führte, daß die amerikanische Hilfe für Aserbaidschan, wie sie an alle anderen GUS-Staaten ging, unterbunden wurde. Dieses Gesetz wurde ohne Diskussion verabschiedet, weil niemand Aserbaidschan unterstützte. Die Kongreßabgeordneten hatten überhaupt keine Ahnung, was hier in Wirklichkeit geschah, sondern vertrauten einfach ihren armenischen Freunden.

Die Vorstellung einer aserbaidschanischen Blockade von Armenien war indes völlig unhaltbar, weil Armenien eine gemeinsame Grenze mit Georgien hat, mit dem es kooperieren kann. Armenien hat auch eine Grenze zum Iran, von dem es große Unterstützung erhält, und Armenien verfügt über sehr gute Beziehungen zu Rußland, zu dem es über georgisches Gebiet Zugang hat. Die Kommunikationsnetze wurden durch den Krieg zerstört und nicht durch aserbaidschanische Aktivitäten. Aus all diesen Gründen ist die Section 907 völlig absurd.

Alle Bemühungen, sie abzuschaffen, waren aber bislang erfolglos. Der amerikanische Kongreß hat zwar inzwischen eingesehen, daß dies ungerecht ist. Aber der armenische Einfluß dort ist sehr stark. Präsident Clinton und Außenministerin Albright und auch mein Freund Talbott haben sehr wohl erkannt, daß die Section 907 aufgehoben werden mußte. Aber in Amerika stehen Kongreßwahlen an, und Administration und Kongreß schieben sich wechselseitig den Ball zu, ohne daß man wirklich eine Entscheidung treffen will; denn es gibt eine Million armenischer Wähler in den USA, und die dortige Politik hängt wesentlich von den Aktivitäten der Lobbies ab.

Aserbaidschan ist ein Verbündeter und Partner der Vereinigten Staaten; unsere politischen Ziele sind völlig deckungsgleich. Es gibt eine umfassende Zusammenarbeit. Armenien dagegen ist militärisch mit Rußland verbündet, dessen militärindustrieller Komplex Armenien unterstützt. Armenien ist auch mit dem Iran verbündet, mit dem es eng zusammenarbeitet. All dies widerspricht der amerikanischen Politik. Dennoch helfen die Vereinigten Staaten Armenien mit 100 Millionen Dollar, während Aserbaidschan nichts erhält.

Selbstverständlich versuchen wir alles, damit Section 907 eliminiert wird. Wir haben auch schon Fortschritte in dieser Hinsicht gemacht. Mir ist beispielsweise bekannt, daß dem amerikanischen Senat ein Antrag vorliegt, der dafür plädiert, die Länder entlang der Seidenstraße, zu denen Aserbaidschan gehört, zu unterstützen. Das würde die Wirkung der Section 907 erheblich abschwächen.

Naumkin

Der Titel unserer Konferenz unterstreicht die zunehmende Bedeutung dieser Region, wobei das Wort Geopolitik vielleicht nicht so ganz paßt im Hinblick auf das, was wir hier erörtern. Es wäre besser, von Geoökonomie zu sprechen. Denn mit Geopolitik verbindet man in erster Linie die Bestrebungen von Staaten, den eigenen Einfluß auf andere Länder auszudehnen.

Der geoökonomische Aspekt bezieht sich auf zwei wichtige wirtschaftliche Tatbestände wenn man von den politischen Zielen zunächst einmal absieht. Das eine ist die Gewinnung von Energie in diesem Raum, der damit zu einem Energielieferanten für den Weltmarkt wird, und das andere ist die Schaffung neuer Verbindungsnetze und Transportwege in dieser Region. Für Rußland sind beide Aspekte sehr wichtig, insbesondere die Transportfrage. Ungeachtet der politischen Interessen dieser oder jener Gruppierung ist Rußland daran interessiert, daß die betreffenden Staaten einen möglichst weitgehenden Zugang zu den internationalen Märkten gewinnen, weil gerade dies eine Stabilität gewährleisten würde, die auch Rußland braucht.

Man sollte aber auch nicht unterschätzen, daß Rußland, das nach 1991 in gewisse Schwierigkeiten bei den Verbindungs- und Transportwegen geraten ist, weil es viele Zugänge zur Außenwelt verloren hat, äußerst allergisch auf jedes Vorgehen reagiert, das man als Versuch interpretieren könnte, unser Land aus den verschiedenen Transport- oder Kommunikationsnetzen herauszudrängen.

Die Staaten in Zentralasien und in Transkaukasien befinden sich in einem sehr schwierigen Prozeß. Sie suchen Zugang zur Außenwelt zu gewinnen und zugleich die außenpolitische Orientierung selbst zu bestimmen. Dabei geht es gar nicht so sehr um Aktivitäten der Nachbarstaaten, sondern vielmehr darum, daß alle Staaten des postsowjetischen Raumes bislang noch in einer Übergangsphase begriffen sind und ihre außenpolitische Orientierung und die Kontakte zur Außenwelt noch nicht voll entwickelt haben.

Fachleute fragen beispielsweise: Wird das Erdöl aus dem Kaspischen Meer in nächster Zeit überhaupt gebraucht? Wahrscheinlich ist das der Fall, aber in welchem Umfang? Geht es dabei nur um die Diversifizierung der Quellen, wobei man diese zunächst erschließen muß? Wenn man die Preissituation auf dem Weltmarkt betrachtet und daran denkt, wer in nächster Zeit möglicherweise einen Zugang zu den Märkten findet - hier ist beispielsweise der Irak angesprochen;- , dann muß man sich in der Tat fragen: Inwieweit kann die kaspische Region ein Konkurrent für den Nahen Osten sein? Wird man hier überhaupt konkurrenzfähig sein?

Dann das Problem der Pipelines. Ich stimme der Auffassung durchaus zu, daß der Transport durch den Iran wirtschaftlich die größten Vorteile bietet. Das ist zur Zeit aus politischen Erwägungen noch wenig realistisch.

Auch was mögliche Konflikte in dieser Region angeht, läßt sich keine sichere Prognose stellen. Einige Konflikte hier sind schon von langer Dauer: Karabach, Tschetschenien, Abchasien, Georgien. Und es sind noch ganz andere Entwicklungen denkbar. Ich erwähne in diesem Zusammenhang nur das Kurdenproblem, das auch der Türkei Schwierigkeiten bereiten könnte.

Die Mehrzahl der russischen Experten, die sich mit diesen Konflikten befassen, ist deshalb nicht sehr optimistisch. Dabei geht es weniger um eine endgültige Beilegung als um die richtige Steuerung der Konflikte. Wenn es gelänge, sie ein wenig einzudämmen, wäre dies bereits positiv. Die Auffassung ist weit verbreitet, ein Schlüssel zur Beilegung der Konflikte wäre die Schaffung eines Systems von wirtschaftlicher Integration und Interdependenz. Aber das liegt bisher noch in weiter Ferne. In vielen Fällen in der neuesten Geschichte hat sich gezeigt, daß Interdependenz und ökonomisches Interesse noch keine Garanten für Stabilität sind. Deshalb sollte man sich nicht auf die Argumentation verlassen, Armenien würde durch den Erdöltransfer einige hundert Millionen Dollars gewinnen.

Die Probleme der kaspischen Region und Transkaukasiens sind in einem größeren Zusammenhang zu sehen. Es ist sicher kein Zufall, daß beim Stichwort Geopolitik heute immer häufiger der Kaukasus erwähnt wird, und zwar sowohl der Südkaukasus, der als Transkaukasien bezeichnet wird, als auch der Nordkaukasus, der zu Rußland gehört. Für Rußland sind die Probleme im Südkaukasus von großer Bedeutung, weil sie die russische Politik und auch die russische Wirtschaft stark beeinflussen.

Wie wird sich diese Region kurz- und mittelfristig gestalten? Werden Gas- und Ölförderung und die Verbindungswege soviel an Veränderung bewirken, daß sich hier eine demokratische Gesellschaft und eine Marktwirtschaft entwickeln können? Die Tatsache, daß Öl gefördert wird, ist, wie wir wissen, keine Garantie für Demokratie. Das zeigt das Beispiel der arabischen Staaten sehr deutlich, wo Stabilität durchaus nicht durch Demokratisierung sichergestellt wird. Und auch in anderen Fällen wird Stabilität nicht durch Demokratie erreicht.

Pain

Wenn hier gefragt wird, ob die Förderung von Öl der Entwicklung dient oder den Ländern der Region eher Probleme bereiten wird, bin ich doch recht pessimistisch. Für mich ist auch durchaus offen, ob das kaspische Öl überhaupt Abnehmer finden wird. Die Antworten, die daraufgegeben werden, sind jedenfalls eher negativ als positiv. Aufgrund verschiedener Schätzungen belaufen sich schon im Nahen Osten die Überschußkapazitäten auf mehr als 500 Millionen Barrels jährlich bei der Ölförderung, also auf mehr als das Doppelte dessen, was in Aserbaidschan und in Kasachstan zu erwarten ist, wenn die Produktion dort das Maximum erreicht. Herr Naumkin hat bereits den Irak erwähnt, der über Reserven von 120 Millionen Barrels im Jahr verfügt, die, wenn die Sanktionen aufgehoben würden, sehr schnell Abnehmer finden könnten, da dort bereits Verbindungswege zum Weltmarkt vorhanden sind, was man für den kaspischen Raum nicht sagen kann.

Die OPEC-Länder und Rußland werden angesichts der gegenwärtigen Krise auf dem Weltölmarkt und aufgrund des Preisverfalls gezwungen sein, ihre Produktion zu drosseln. In dieser Situation könnte das kaspische Öl dazu beitragen, daß die Preise weiter sinken und sich die Ölkonjunktur noch mehr verschlechtert. Bei diesen Vermutungen stütze ich mich auf Berichte der Zeitschrift "Expert".

Mein Pessimismus gründet sich weniger auf die Einschätzung der Produktions- und Vertriebsperspektiven des kaspischen Öls, sondern mehr auf die Erfahrung, daß das Öl selten der Wohlstandsmehrung der Bevölkerung dient. In Nigeria, in Gabun, in Indonesien, im Irak und im Iran hat sich gezeigt, eine hohe Ölproduktion bedeutet durchaus nicht, daß die Menschen dort gut leben. Die Erdölländer der arabischen Halbinsel befinden sich dagegen in einer besonderen Situation. Während die dortige Ölförderung größtenteils durch ausländische Firmen besorgt wird, kommt der Reichtum überwiegend den Einheimischen zugute.

Schätzungen zufolge kommen pro Kopf der Bevölkerung in Katar 140 Tonnen, in Oman 100 Tonnen und in Kuwait 160 Tonnen Erdöl. In Kasachstan und Turkmenistan sind es dagegen nicht mehr als 11 bis 13 Tonnen. Es ist also nicht damit zu rechnen, daß die Bevölkerung in diesen Ländern durch das Öl sehr viel wohlhabender wird. Ganz zu schweigen von den optimistischen Erwartungen in Georgien, wo man glaubt, allein durch den Öltransfer eine Quelle des Reichtums zu haben, was völlig unbegründet ist. Es wird geschätzt, daß Georgien durch den Alkoholtransit höhere Einkünfte erzielt als durch den möglichen Öltransfer - was zudem nicht unproblematisch ist; Georgien aber auch nicht viel mehr an Reichtum beschert hat.

Ebenso beweisen die Erfahrungen in der ehemaligen UdSSR, daß eine sehr gute Ökonjunktur, wie sie in den 70-er und 80-er Jahren herrschte, durchaus nicht dazu führen muß, daß der allgemeine Wohlstand steigt. Eher das Gegenteil war der Fall. Ich denke, daß die gegenwärtige Systemkrise in Rußland die gleichen Ursachen hat wie die Stagnation zu Zeiten der Sowjetunion. Die einseitige Ausrichtung von Wirtschaft und Politik auf Öl und Gas, also auf die Energieressourcen als wesentliche Quelle der wirtschaftlichen Entwicklung, bremst den Diversifizierungsprozeß erheblich. Die Auffassung jedenfalls, das Öl werde Impulse für die Diversifizierung der Produktion auslösen, hat sich bisher nirgendwo auf der Welt bestätigt. In autoritären Staaten beziehungsweise in Staaten, die starke autoritäre Elemente aufweisen, ist die Annahme sogar eindeutig widerlegt worden.

Wenn sich eine Gesellschaft oder ein Staat allzusehr auf das Erdölgeschäft konzentriert in der Hoffnung, dadurch werde gewissermaßen wie durch Zauberkraft über Nacht der Wohlstand ausbrechen, sehe ich als weitere schwerwiegende Gefahr, daß in diesen Staaten starke Divergenzen beim Lebensstandard auftreten und die internen Gegensätze sich verschärfen. Schon heute gibt es in Rußland beträchtliche Unterschiede zwischen den Erdölfördergebieten und den Regionen ohne derartige Ressourcen. Aber die sibirischen Gebiete werden sicher nicht zum Zerfall Rußlands beitragen.

Man muß die inneren und die äußeren Faktoren zusammensehen. Herr Goulizade hat gesagt, die Schwierigkeiten, das Karabach-Problem beizulegen, sei wesentlich durch äußere Faktoren bedingt. Ich befasse mich seit vielen Jahren mit derartigen Konflikten und weiß, daß es weit stärker die internen Umstände sind, die den Konflikt verursachen und ihn eskalieren lassen, als die äußeren

Einflüsse. Wenn ein Staat mit seinen inneren Konflikten nicht fertig wird, lenkt er auf eine äußere Bedrohung ab. Als Rußland während des Krieges in Tschetschenien große Verluste an der Front zu beklagen hatte, hat man sofort Aserbaidshans ins Spiel gebracht und erfand absurderweise die angeblichen Flugzeugabschüsse.

Nahezu alle Beobachter der Konflikte in Aserbaidshans und in Tschetschenien sind deshalb der Meinung, daß man immer dann einen äußeren Feind findet, wenn die Gesellschaft nicht mit ihren eigenen inneren Konflikten fertig wird. Zweifellos spielen im Erdölgebiet auch äußere Faktoren eine Rolle, aber die eigentlichen Probleme stellen die internen Krisen dar.

Nun will ich nicht behaupten, es sei sinnlos, im kaspischen Raum Erdöl zu fördern. Ich halte es aber für erforderlich, diesen ganzen Komplex zu entideologisieren und zu entpolitisieren; denn diese Problematik wird von Politikern und Politologen künstlich angeheizt. Dabei spielt auch die Mythenbildung eine nicht unbeträchtliche Rolle. In Rußland fürchtet man sich durchaus nicht vor einer wachsenden Ölproduktion im kaspischen Raum; denn unsere stärkste Konkurrenz liegt im Nahen Osten, wo die größten Ressourcen vorhanden sind.

Rußland will sich an der Erschließung, der Förderung und dem Transport des kaspischen Öls beteiligen. Lukoil ist dafür ein gutes Beispiel. Dieses Unternehmen ist sowohl am Transfer des kasachischen als auch des aserbaidshanschen Öls beteiligt. Wenn man an all diese Fragen pragmatisch herangeht, fallen viele ideologisch bedingten Vorstellungen weg, beispielsweise das kaspische Öl auf dem Grund des Kaspischen Meeres zu transportieren, wodurch sich das Öl erheblich verteuert und überhaupt nicht mehr konkurrenzfähig wäre. In Aserbaidshans und in den USA spekuliert man viel über eine Pipeline über die Türkei, was ebenfalls stark politische Gründe hat. Eine solche Verbindung würde durch schwieriges Gelände, wie es die Türkei nun einmal ist, führen und dürfte von daher nicht sehr effizient sein.

Was ich deutlich machen möchte, ist also, daß auf Konferenzen über die Zukunft des Öls mehr die Fachleute und weniger Politiker und Politologen das Wort haben sollten. Dann könnte man sicher manches optimistischer beurteilen.

Wittebrood

Sowohl die amerikanischen als auch die russischen Kollegen haben hier unterstrichen, welche Rolle die Großmächte in dieser Region spielen, und Herr von Ploetz hat zu Recht darauf hingewiesen, daß auch Europa sehr aktiv ist. Das betrifft weniger die Beteiligung am great game, an das wir nicht mehr so recht glauben. Wir setzen vielmehr auf wirtschaftliche Entwicklung und regionale Zusammenarbeit. Die Europäische Union ist der bei weitem größte Geldgeber für Zentralasien und die Kaukasusregion und verfolgt das politische Ziel, im südlichen Kaukasus und in Zentralasien die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Erst durch wirtschaftliche Entwicklung werden die Grundlagen für politische Stabilität in einem Land und durch regionale Zusammenarbeit die Fundamente für politische Stabilität in einer Region geschaffen.

Ich will der norwegischen Staatssekretärin, Frau Haga, nicht widersprechen, wenn sie sagt, politische Stabilität sei das Schlüsselwort, ich denke aber, die regionale Zusammenarbeit ist mindestens genauso wichtig, und die Europäische Union ist vielleicht eher als andere internationale Organisationen in der Lage, den Kaukasus- und zentralasiatischen Ländern in dieser Hinsicht zu helfen. Die Union hat das mit verschiedenen Instrumenten getan. Dazu gehören technische Beihilfe (TACIS), Nahrungsmittelhilfe, humanitäre Unterstützung, Finanzhilfen und nicht zuletzt der Aufbau vertraglicher Beziehungen sowie Partnerschafts- und Kooperationsabkommen. Alle diese wichtigen Instrumente schaffen eine enge Verbindung zwischen der EU und den betreffenden Ländern, deren Unabhängigkeit, Souveränität und Integrität gewahrt bleiben. Auf diese Weise werden sie zu gleichberechtigten Partnern der Europäischen Union, wie Herr von Ploetz gesagt hat.

Die Rolle, die wir bei der regionalen Zusammenarbeit spielen können, ist vielleicht nicht so stark politisch ausgeprägt, aber sie ist solide ökonomisch fundiert. Die Europäische Union war es zuerst, die 1996 die drei Präsidenten aus dem südlichen Kaukasus, Schewardnadse, Alijew und Ter-Petrosjan, nach Luxemburg zur gemeinsamen Unterzeichnung von Partnerschafts- und Kooperationsabkommen eingeladen hat, wobei sich gleichzeitig Gelegenheit zu bilateralen Treffen mit dem Ministerrat der EU und der Europäischen Kommission bot. Es war das erste Mal, daß sie nicht mehr in einem multilateralen Forum zusammenarbeiteten, sondern bilateral agierten.

Wenn ich von regionaler Zusammenarbeit spreche, geht es mir darum, deutlich zu machen, daß Interdependenz und wirtschaftliche Integration sowohl in der Region als auch in der Weltwirtschaft im

Interesse dieser Länder liegen. Ich hoffe, daß wir das in Zukunft fortsetzen, wenn die Partnerschafts- und Kooperationsabkommen in Kraft treten und wir den Ländern des südlichen Kaukasus zeigen können, daß die Europäische Union bereit ist, die regionale Zusammenarbeit zu fördern. Denn ich stimme all denen zu, die gesagt haben, daß die Voraussetzungen für politische Stabilität vor allem durch wirtschaftliche Zusammenarbeit geschaffen werden.

Das "great game" dagegen ist ein politisches Konzept aus dem 19. und dem frühen 20. Jahrhundert. Das 21. Jahrhundert wird ein Jahrhundert der Globalisierung und der Interdependenz. Das wird das "positive game" sein. Deshalb sollten wir eine Politik betreiben, die nicht auf ein Machtgleichgewicht gerichtet ist - in der Hinsicht kann die Europäische Union nur eine begrenzte Rolle spielen;- , sondern die im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ihren Schwerpunkt hat. Und die Instrumente, die von der Europäischen Union zur Förderung der wirtschaftlichen Kooperation geschaffen wurden, werden in den betreffenden Ländern in der Tat als bedeutsam anerkannt.

Herr Goulizade hat TRASECA erwähnt. Damit ist das Wiederaufleben der alten Seidenstraße gemeint, die den zentralasiatischen Ländern und den Ländern des südlichen Kaukasus den Zugang zu den Absatzmärkten verschafft. Das gleiche geschieht bei den Öl- und Gaspipelines. Hier besteht eine andere Form von regionaler Kooperation, INOGATE genannt ("Initiative for Oil and Gas to Europe"). Da werden erhebliche Anstrengungen unternommen, um Regierungen und Konsortien zusammenzubringen und die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit zu eruieren.

Der Ministerrat der Europäischen Union hat die Bedeutung solcher Bemühungen erkannt und kürzlich eine Erklärung dazu abgegeben. Auch auf dem europäisch-amerikanischen Gipfeltreffen wurde eine ähnliche Feststellung über die Bedeutung dieser Form von Zusammenarbeit zum Ausdruck gebracht. Wenn also Herr Pain eine Konferenz befürwortet, auf der vorzugsweise die Ölgesellschaften und keine Politiker oder Diplomaten vertreten sind, dann halte ich dagegen, daß genauso wichtig Konferenzen mit politischen Führern und Regierungsvertretern sind, um die Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen die Ölgesellschaften tätig werden können.

Ich denke, daß die Vorgehensweise, die die Europäische Union im Laufe der Zeit entwickelt hat, sich als nützlich erwiesen hat. Es hat sich jedenfalls als sinnvoller erwiesen, bei der Entwicklung der regionalen Zusammenarbeit auf vertragliche Verpflichtungen zu setzen, statt hehre politische Ziele zu verkünden und hochtrabende politische Erklärungen abzugeben.

Von daher ist die Initiative der Europäischen Union in bezug auf die Öl- und Gaspipelines auch nicht politisch motiviert. Es ist der Versuch, multiple Pipelines von Ost nach West zu fördern; denn an einer derartigen Entwicklung sind wir interessiert, und es bleibt den privaten Gesellschaften überlassen zu entscheiden, welche Pipeline letztendlich am wirtschaftlichsten betrieben werden kann. Aus diesem Grunde hat die Europäische Union bisher auch noch keine Präferenz für die Pipeline Baku-Ceyhan geäußert. Das mag am Ende dabei herauskommen, aber eine politische Präferenz könnte zu Animositäten und Meinungsverschiedenheiten führen, die der übergeordneten Aufgabe, multiple Pipelines zu schaffen und die regionale Zusammenarbeit voranzubringen, sicherlich nicht förderlich wären. Das ist der Ansatz, der auch für den südlichen Kaukasus und Zentralasien zu verfolgen wäre: Zunächst einmal sollte die Wirtschaft die Grundlagen schaffen, und dann werden wir sehen, ob wir auf dieser Basis zu einer engeren politischen Zusammenarbeit und zu einer Integration der betreffenden Länder kommen können.

Meyer-Landrut

Was Sie über das geringe politische Profil und den Vorrang der Ökonomie sagen, Herr Wittebrood, und daß die Frage der Pipelines im wesentlichen von den Ölgesellschaften entschieden werden sollten, dürften dem Standpunkt von Herrn Pain gar nicht so fern sein

Rahr

Die besondere Bedeutung dieser Konferenz sehe ich nicht zuletzt darin, daß sich Politiker und Vertreter der hier engagierten Ölgesellschaften an einem Tisch versammelt haben, um sich über geostrategische Grundfragen dieser Region auszutauschen. Staatssekretär von Ploetz hat dabei die Begriffe "great game" und Geopolitik in einem eher klassischen Sinne interpretiert, was, wie ich meine, für diese Region durchaus zutreffend und legitim ist. Worum es hier geht, ist in der Tat eine Art Machtkampf um Einflußsphären, und ich denke, das sollte man auch deutlich zum Ausdruck bringen.

Wenn ich es richtig sehe, sind im kaspischen Raum vier Großmächte involviert: Die Vereinigten Staaten von Amerika, dann Rußland, des weiteren China, auf das wir sicher noch zu sprechen

kommen, und schließlich die Europäische Union, die sich gerade in dieser Region zukünftig als Großmacht darstellen kann. Von der Kooperationsfähigkeit und -bereitschaft dieser vier Großmächte wird es im wesentlichen abhängen, ob die Entwicklung im kaspischen Raum friedlich verläuft oder ob es zu Konflikten kommt. Wie Emil Pain und andere aufgezeigt haben, geht es um eine Diversifizierung sowohl der Pipelines als auch der Politik.

Die Europäer haben im kaspischen Raum keine geostrategischen Interessen. Nun wird bei verschiedenen Gelegenheiten immer wieder betont: Wir Deutsche und Europäer müssen uns hier politisch nicht einmischen. Das ist Sache der Amerikaner, deren Bemühungen um den Aufbau der transatlantischen Sicherheitsstrukturen wir nicht stören sollten. Ich halte das für ein falsches Signal; denn die Europäer haben hier durchaus eine nuancierte Sicht der Dinge, und es wäre falsch, die Sicherheitspolitik im kaspischen Raum, die auch die Europäer betrifft, allein Washington zu überlassen.

Es dürfte aber Einigkeit darüber bestehen, daß die Einbindung Rußlands ungeheuer wichtig ist; denn beispielsweise die mittelosteuropäischen Staaten sind in puncto Energiesicherheit weit mehr von den russischen Öl- und Gaslieferungen abhängig als wir Westeuropäer. Das kann uns nicht gleichgültig sein. Das heißt, wir Europäer haben ein nachhaltiges Interesse an einer Zusammenarbeit mit Rußland in diesem Bereich, und ohne Rußland werden auch die kaspischen und die zentralasiatischen Staaten nicht aus ihrer gegenwärtigen Isolation herauskommen.

Rußland hat seine Position gegenüber den Jahren 1992 bis 1994 verändert, als es offensichtlich versuchte, diese Länder vom Weltmarkt zu isolieren. Das ist grundlegend anders geworden, nicht zuletzt durch den Einfluß von Lukoil und anderen Unternehmen, die heute viel stärker als noch vor drei oder vier Jahren auf die russische Politik einwirken. Wir sollten des weiteren auch nicht übersehen, daß ohne Rußland in dieser Region keine Friedensmissionen durchgeführt werden können; jedenfalls nicht auf absehbare Zeit.

Was die Vereinigten Staaten angeht, so könnte man den - vielleicht falschen - Eindruck gewinnen, daß die Amerikaner in diesem Raum eine Art Doppel-Containment-Politik betreiben: sowohl gegenüber Rußland als auch gegenüber dem Iran. In diesem Zusammenhang möchte ich die NATO ansprechen. Die Partnership-for-peace-Aktivitäten werden häufig - möglicherweise aufgrund von Mißverständnissen - vor allem in den russischen Medien mit der Ölpolitik in Verbindung gebracht. Ich denke nur daran, wie die Manöver im Rahmen der Partnership for peace interpretiert werden, die allerdings sehr an die traditionelle Geopolitik erinnern und nicht nur Rußland, sondern auch China herausfordern könnten. Sowohl von chinesischer wie von zentralasiatischer Seite verlautet, daß sich Zentralasien möglicherweise enger an den Sicherheitsstrukturen in Asien orientieren möchte, und dort würde China eine Rolle spielen. Ich frage mich, wie China die Partnership-for-peace-Aktivitäten der NATO im kaspischen Raum einschätzt.

Ich halte es jedenfalls für sehr unglücklich, daß die NATO-Osterweiterung gerade zu einem Zeitpunkt akut wird, da im kaspischen Raum der Ölboom anspringt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß beides miteinander in Zusammenhang gebracht wird. Und da die Desintegration des postsowjetischen Raumes weitergehen dürfte, übt die NATO eine erhebliche Magnetwirkung nicht nur auf die mittelosteuropäischen Staaten, sondern auch auf die transkaukasischen und die zentralasiatischen Staaten aus. Von daher meine ich, daß alle Aktivitäten im Rahmen der Partnership for peace äußerst behutsam gehandhabt werden sollten.

Welchen Beitrag können die Europäer in dieser Region leisten? Die Stichworte Demokratisierung, marktwirtschaftliche und soziale Reformen sind bereits erwähnt worden. In diesen Punkten sollten wir die neuen Ölstaaten gemeinsam unterstützen. Hier arbeiten beispielsweise die Europäische Union mit ihrem TACIS-Programm und die Vereinigten Staaten mit dem US-AID-Programm eng zusammen. Dabei sollte man allerdings auch sehen, daß mit dem Ölgeschäft ebenso die Waffenimporte in dieser Region zunehmen. In dieser Hinsicht könnte die NATO-Partnership-for-peace kontrollierend wirken, damit hier nicht ein Wettüben in Gang kommt.

Ich will auch nicht unerwähnt lassen, daß der Europarat darauf hinzuwirken versucht, das westliche Wertesystem in diesen Ländern zu verankern, um fundamentalistischen islamischen Einflüssen gegenzusteuern. Immerhin strebt ja ein Land wie Aserbaidschan die Mitgliedschaft im Europarat an.

Dann zu den Transportmagistralen, die meiner Meinung nach ein sehr wichtiger Faktor in dem "great game" sind, dem vielleicht größere Bedeutung zukommt als den Ölvorkommen selbst. Wie die Pipelines verlaufen werden, das kann entscheidend dafür sein, ob der Friede in dieser Region gesichert oder ob damit der Keim zu künftigen Konflikten gelegt wird. Denn die Staaten, durch deren

Territorien die Pipelines geführt werden, profitieren vom Ölboom, während die anderen, die davon ausgeschlossen bleiben und die damit am Ölgeschäft nicht partizipieren, dies wahrscheinlich nicht einfach so hinnehmen werden. Da liegt ein erhebliches Konfliktpotential.

Dabei könnte die große Pipeline zu einer neuen "Seidenstraße" von Westeuropa bis hin nach Asien werden. Nicht nur einige mittelosteuropäische Staaten, sondern auch die Balkanstaaten haben ein außerordentlich großes Interesse daran und drängen darauf, daß sie bei den Pipeline-Planungen berücksichtigt werden. Vielleicht kann das zu einer Befriedung auf dem Balkan beitragen. Die Ukraine und die Türkei streiten bereits darüber, durch welches dieser beiden Schlüsselländer die Pipeline verlaufen soll. Der Kaukasus und Zentralasien könnten dann Osteuropa mit China und anderen asiatischen Ländern verbinden. Gerade die Pipeline in Richtung Osten könnte ein wichtiger Stabilitätsfaktor sein, um nicht nur die Beziehungen zwischen den beiden Großmächten Rußland und China friedlich zu gestalten, sondern sie könnte auch dazu beitragen, daß Länder wie Pakistan und Indien von dieser Zusammenarbeit profitieren.

Diese Kooperation ist eine historische Chance für das 21. Jahrhundert. Um sie wahrzunehmen, bedarf es aber einer globalen Strategie. Deshalb ist es so wichtig, daß alle vier Großmächte, die an dem "great game" beteiligt sind, diese Möglichkeit nutzen.

Mein Fazit will ich in drei Punkten zusammenfassen: Zum einen stellen wir fest, daß Rußland seinen traditionellen Einfluß im kaspischen Raum noch mehr verlieren wird, wenn es nicht die wirtschaftliche Kooperation forciert. Gegenwärtig ist Rußland für die anderen GUS-Staaten kein attraktiver Partner mehr; es verfügt auch nicht über das notwendige Investitionskapital, um in der kaspischen Region mit den Vereinigten Staaten und mit der Europäischen Union ernsthaft konkurrieren zu können.

Zweitens: Die Amerikaner sind hier der stärkste Akteur, der auch seine Interessen - im Vergleich zu den anderen Großmächten - sehr viel entschiedener artikuliert. Deshalb werden sie möglicherweise die Führung beim Aufbau der neuen Gesellschaftssysteme in dieser Region innehaben, wobei sie nach meinem Geschmack ihren Machtanspruch heute noch zu sehr zur Geltung bringen.

Aus diesem Grunde ist es - drittens - so wichtig, daß die Europäische Union ein gemeinsames Profil entwickelt und Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien und Holland die kaspische Region als Testfall für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik betrachten.

Tedstrom

Herr Erler hat daraufhingewiesen, daß die kaspische Region zwei Entwicklungsalternativen hat: Entweder basiert sie auf umfassender oder aber auf selektiver Zusammenarbeit. Ähnlich hat Herr von Ploetz festgestellt, daß Deutschland und der Kaukasus zwar Teile desselben Kontinents, aber nicht derselben Gemeinschaft sind. Unser Ziel sollte sein, letzteres herbeizuführen. Herr Gasteyger hat auf die gewaltige Kluft hingewiesen, die zwischen dem Potential der Region und der derzeitigen Wirklichkeit besteht. Im Grunde sprechen alle über das gleiche Thema, das auf verschiedene Weise ausgedrückt werden kann.

Die Region hat die Wahl zwischen einer nachhaltigen und erfolgreichen Entwicklung auf der einen Seite oder einer sprunghaften und erfolglosen Entwicklung auf der anderen Seite. Das Konzept von Herrn Erler, die selektive Kooperation, ist von vornherein dazu verurteilt, daß sich die demokratischen und marktmäßigen Institutionen unzureichend entwickeln und die regionalen Konflikte weitergehen.

Ich kenne keine Region in der Welt, die sich als Hauptakteur profilieren konnte oder eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte aufzuweisen hat, die sich derartigen Schwierigkeiten und Herausforderungen gegenüber sah, wie das zur Zeit in der kaspischen Region der Fall ist. Die Situation wird noch durch die Tatsache verschärft, die Herr Pain anführte, daß es in der Welt von heute und vermutlich auch in der von morgen vorteilhafter ist, Importeur statt Exporteur von Energie zu sein - aus Gründen, die zum einen auf der Angebotsseite liegen und auf der Tatsache beruhen, daß es eine erhebliche Überkapazität von fossilen Brennstoffen auf dem Weltmarkt gibt einschließlich der Reserven, über die Länder wie Saudi-Arabien, der Iran und der Irak verfügen, die bisher noch nicht auf dem Markt sind, aber potentiell sein könnten.

Was zum anderen die Nachfrageseite angeht, so hat Herr von Ploetz erwähnt, daß das 21. Jahrhundert nicht nur das Jahrhundert der Energie, sondern auch des Mikrochips sein wird. Das hat natürlich erhebliche Auswirkungen auf den Verbrauch von Energie. Denn aufgrund des technologischen Fortschritts sinkt der Energieaufwand, der erforderlich ist, um das Bruttosozialprodukt beispielsweise um eine D-Mark oder einen Dollar zu erhöhen. Diese Entwicklung wird sich fortsetzen

und dazu führen, daß die Preise für Öl weiterhin niedrig sein werden, zumindest in einer vorhersehbaren Zukunft.

Welche Länder werden sich vor diesem Hintergrund im kaspischen Raum herausbilden, und zwar eigenständig; denn dieser Prozeß kann nicht von außen gesteuert werden. Ich denke, die führenden Persönlichkeiten der Region werden in Kategorien einer mehrdimensionalen Entwicklungsstrategie operieren müssen; das heißt, einer Strategie, die nicht allein von der Energie abhängt. Sicherlich wird die Energie auch zukünftig ein wichtiger Faktor sein. Sie sollte aber eher als Katalysator für die wirtschaftliche Entwicklung und für die Integration in die Weltwirtschaft dienen. Darauf kann man gar nicht deutlich genug hinweisen.

Wird diese Region nur Öl produzieren und alle Sicherheitsanstrengungen dem Westen überlassen, oder wird sie auch in der Lage sein, für ihre eigene Stabilität Sorge zu tragen? In den frühen 90er Jahren gab es in den Vereinigten Staaten den sehr populären Slogan "Pipelines für den Frieden". Wenn die letzten zwei, drei Jahre eines gezeigt haben, dann dies: Pipelines bringen keinen Frieden. Ganz im Gegenteil: Frieden und Stabilität können zu Pipelines führen und einen erfolgreichen Abbau und Transport der Energieressourcen aus der kaspischen Region erleichtern.

Eine weitere Frage: Werden in der Region nur Pipelines entstehen oder auch Demokratie und Menschenrechte? Dies ist ein Kriterium für die erfolgreiche Integration in die europäischen und globalen Gemeinschaften. Zu fragen ist ferner: Werden die Länder ausschließlich ihre nationalen Interessen im Auge haben, oder werden sie in Kategorien eines Positiv-Summenspiels agieren, in dem alle Akteure eine konstruktive Rolle zum Nutzen der ganzen Region spielen können? Mein Eindruck ist, daß es sich bei dem "great game", wie es bisher angelegt ist, um ein Nullsummenspiel nach dem Motto: "Wir gewinnen, ihr verliert" handelt.

Ich halte es jedenfalls für außerordentlich wichtig, daß wir genau analysieren, welche Probleme und Chancen es im kaspischen Raum gibt. Diese Tagung zeigt, daß viele Länder und Wirtschaftsunternehmen ein großes Interesse an dem haben, was hier vor sich geht. Ich denke, wir sollten im weiteren Verlauf nicht nur die Probleme, sondern auch mögliche Lösungen analysieren, um Wege für eine erfolgreiche Zukunft auszuloten.

Schütterle

Die Energiecharta versucht, genau das zu tun, was Herr Tedstrom eben gefordert hat, nämlich Lösungen für die Konflikte und Konfliktpotentiale zu entwickeln.

Wie immer man den Umfang der Kohlenwasserstoffvorkommend hier einschätzen mag, sie sind in jedem Fall ein entscheidender Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung der betreffenden Staaten. Das gilt nicht nur für die kaspischen Anrainer, sondern ebenso für Rußland. Genauso klar ist, daß die Transitländer davon wirtschaftlich erheblich profitieren werden; denn der Transit schlägt sich in harter Währung nieder und schafft Einkommen.

Aus der europäischen Energiecharta vom Anfang der 90er Jahre wurde der Energiechartavertrag entwickelt, der von 50 Staaten gezeichnet wurde und am 16. April 1998 in Kraft getreten ist. Der Chartavertrag wurde bisher von 38 Staaten förmlich ratifiziert, darunter ich betone das besonders - von sämtlichen Staaten dieser Region. Die Energiechartakonferenz ist die weltweit: größte internationale Energieorganisation. Von den GUS-Staaten haben lediglich die Russische Föderation und Belarus den förmlichen Ratifizierungsprozeß noch nicht abgeschlossen. Daß nunmehr auch die Ukraine den Vertrag ratifiziert hat, ist insofern von besonderer Bedeutung, als die Ukraine auch in Zukunft eines der wichtigsten Transitländer sein wird.

Der Energiechartavertrag ist natürlich vor allem für die Länder relevant, die über eigene Energievorkommen verfügen oder als Transitstaaten in Frage kommen. Die Vertragsbestimmungen umfassen so wichtige Themen wie den Schutz ausländischer Investitionen, die Freizügigkeit des Handels, eine verbindliche Schiedsgerichtsbarkeit sowie die Regelungen für einen freien und sicheren Transit. Der letzte Punkt wurde auf dem Gipfeltreffen der G-8-Staaten in diesem Jahr in Birmingham besonders hervorgehoben.

Wir hatten bereits zuvor von der Konferenz der G-8-Energieminister und dem Treffen der in der Welt führenden Energieunternehmen Ende März/Anfang April 1998 ein deutliches Signal erhalten, daß auch die Wirtschaft und die Energieminister die völkerrechtlichen Regeln des Energiechartavertrages als eines der Kernelemente künftiger Ost-West-Zusammenarbeit bewerten.

Für die hiesige Region sind neben den Fragen der Produktion vor allem die Investitionen für die nötigen Pipelines und die Konditionen für deren Betrieb und Nutzung von Bedeutung. Insoweit kann der Chartavertrag ein geeignetes Instrument zur Vermeidung von Konflikten sein. Dabei bewerte ich die Auseinandersetzungen um unterschiedliche Pipelineverläufe nicht generell als Konflikt, sondern primär als Ausdruck von Wettbewerb zwischen den Beteiligten. Es wird nicht nur eine Pipeline geben, sondern es werden in der Tat mehrere Pipelines erforderlich sein.

Hinzu kommt, daß am Transit über jede Route immer mehrere Länder beteiligt sind. Deshalb kommt es darauf an, ein gemeinsames Rechtsverständnis zwischen den beteiligten Staaten zu entwickeln. Die Notwendigkeit einer solchen gemeinsamen Position gilt für sämtliche Staaten des eurasischen Kontinents. In diesem Jahr wird die Mongolei dem Vertrag beitreten, und auch die Volksrepublik China hat Interesse bekundet. Pipelines und Elektrizitätsleitungen vom energiereichen Rußland nach China müssen die Mongolei durchqueren. Auch Japan sei in dem Zusammenhang ausdrücklich erwähnt.

Vor kurzem hat in Istanbul eine Konferenz der Außenminister Turkmenistans, Kasachstans, Georgiens, Aserbaidschans und der Türkei stattgefunden, auf der unter anderem die rechtlichen Grundzüge einer künftigen Pipeline diskutiert wurden. Dabei zeichnete sich eine Präferenz für die Pipeline Baku-Ceyhan ab. Hierfür, aber auch für die anderen denkbaren Pipeline-Verläufe, beispielsweise für die "nördliche" Pipeline oder auch für die Drushba-Pipeline, die von Rußland durch die Ukraine und Moldawien nach Westeuropa führt, müssen die gleichen rechtlichen Regeln gelten.

Es gibt eine weitere positive Entwicklung: Auf einer Konferenz im Rahmen der OSZE in Prag waren kürzlich neben der Russischen Föderation auch die Vereinigten Staaten vertreten. Von den Amerikanern war zu hören, daß die amerikanische Regierung die rechtlichen Regelungen des Energiechartavertrages mittragen will, auch wenn die USA dem Vertrag zum Teil aus innenpolitischen Gründen - zunächst nicht beitreten werden.

Mit dem Energiechartavertrag dürfte für eines der wichtigsten Probleme dieser Region ein Lösungsansatz gefunden sein, den es jetzt mit politischer Unterstützung zu beleben gilt. Es genügt nicht, den Vertrag zu ratifizieren und ihn damit formal zu nationalem Recht zu machen. Er muß vor allem von der Wirtschaft, aber auch von den beteiligten Regierungen mitgetragen und umgesetzt werden. In diesem Sinne möchte ich an die Vertreter sowohl der Wirtschaft als auch der Politik appellieren, sich dieses Instruments auch tatsächlich zu bedienen. Dann werden sich mögliche Konflikte leichter lösen lassen, und ein echter marktwirtschaftlicher Wettbewerb um die beste Route wird sich entwickeln können.

Yigitgüden

Auch für die Türkei sind Frieden und Stabilität in der kaspischen Region oberstes Ziel. Das gilt um so mehr, als wir in enger Nachbarschaft mit dieser Region leben und starke kulturelle und geschichtliche Beziehungen zu diesen Ländern haben. Außerdem haben wir in der Vergangenheit gut zusammengearbeitet, wie das auch gegenwärtig der Fall ist.

Was die europäische Politik angeht, hat sich besonders in der Jugoslawienkrise gezeigt, daß von den Europäern in Konfliktsituationen nicht sehr viel zu erwarten ist. Deshalb hält die Türkei nach wie vor das Engagement der Vereinigten Staaten in dieser Region für unverzichtbar - trotz der geographischen Entfernung. Ich denke, wir müssen mit unseren atlantischen Bündnispartnern hier nicht zuletzt im Rahmen der NATO eng zusammenarbeiten, wenn es darum geht, die Souveränität der Staaten im kaspischen Raum zu schützen. Das hätte beispielsweise bei der Besetzung von Nagornij-Karabach geschehen müssen, statt jahrelang auf Konferenzen nach einer friedlichen Lösung des Konflikts zu suchen, der durch rechtzeitiges entschiedenes Eingreifen vielleicht gar nicht entstanden wäre.

Wir sehen eine Chance für Frieden und Stabilität in der Region, wenn der Ölreichtum genutzt wird, um die marktwirtschaftliche und demokratische Entwicklung in diesen Ländern! zu fördern. Ohne Wohlstand und Demokratie wird es kaum zu einer friedlichen und stabilen Entwicklung kommen. Dafür ist es notwendig, die Energievorkommen mit Hilfe der internationalen Konsortien zu fördern, entsprechende Transportkapazitäten zu schaffen und Öl und Gas auf dem Weltmarkt zu den dort gültigen Marktpreisen zu verkaufen.

Natürlich hat die Türkei auch ein starkes Eigeninteresse an der Entwicklung dieser Region und an handlungsfähigen Handelspartnern. Wenn der Wohlstand der Bevölkerung steigt, nimmt der Handel zu, und wir können enger mit diesen Ländern zusammenarbeiten.

Auf der anderen Seite tue ich mich schwer, den hiesigen Akteuren Ratschläge zu erteilen, wie sie das aus dem Ölgeschäft eingenommene Geld verwenden sollten. Ich bin eher skeptisch, ob beispielsweise die Niederlande und Norwegen dabei als Vorbilder dienen können, die schon vor der Ölförderung zu den reichen Ländern gehörten und über entwickelte Industrien nicht nur im Ölsektor verfügten. Mitunter wird ein Entwicklungsland wie Malaysia als Beispiel herangezogen. Dort hat man aber von vornherein nicht nur aufs Öl gesetzt, sondern auch andere Industrien aufgebaut. Ich denke also, die hiesigen Länder müssen selbst intensiv darüber nachdenken, wie sie den Ölreichtum sinnvoll verwenden wollen.

Die Türkei unterhält gute wirtschaftliche Beziehungen zu allen Ländern in diesem Raum, ausgenommen zu denjenigen Staaten, die den internationalen Terrorismus unterstützen. Rußland ist einer unserer stärksten Wirtschaftspartner; um das Jahr 2010 wird die Türkei der größte Abnehmer für russisches Erdgas sein. Wir pflegen freundschaftliche Beziehungen zur Ukraine und kooperieren auch eng mit Georgien. Zur Zeit arbeiten türkische Teams an der Nutzung der dortigen Wasserkraft. So werden wir am Kurafluß mehrere Wasserkraftwerke bauen, um die in Georgien dringend benötigte elektrische Energie zu gewinnen.

Was die Pipelineprojekte angeht, so spricht einiges dafür, die Türkei dabei zu berücksichtigen. Zum einen ist die Türkei ein Stabilitätsfaktor in der Region. Wir sind ein Land mit einer funktionsfähigen pluralistischen Demokratie und einer entwickelten Marktwirtschaft mit entsprechenden marktwirtschaftlichen Institutionen. Bei der Liberalisierung des Energiesektors sind wir in mancher Hinsicht schon weiter als die Europäische Union. Ich denke auch an die Umweltgesetze, die Weltniveau haben. Außerdem verfügen wir über langjährige Erfahrungen mit dem Bau und Betrieb von internationalen Pipelines. Seit 1977 betreiben wir zwei Pipelines aus dem Irak, die in der Spitze 83 Millionen Tonnen pro Jahr beförderten. Ich denke, alle diese Tatbestände zeigen, daß die Türkei als wichtiger und geeigneter Partner im Pipeline-Geschäft eine Rolle spielen sollte.

Müller

Ich möchte einen Gedanken weiterentwickeln, der verschiedentlich angesprochen wurde. So erwähnte Herr Wittebrood, das 21. Jahrhundert werde ein Jahrhundert der Globalisierung und nicht der Balance-of-power-Politik sein. Herr Tedstrom baut auf eine Überwindung des Nullsummenspiels, bei dem der eine verliert, was der andere gewinnt. Herr Schütterle konstatiert "the rule of law", und Herr Erler meinte, bei dieser Region handele es sich um ein Pilotprojekt, wobei er dies auf die Friedenssicherung begrenzt, während ich eher an die Globalisierungsaspekte denke.

Ich meine, wir sollten die realen Fortschritte in der Politik nicht unterschätzen, die auf diesem Wege bereits stattgefunden haben. Ich erinnere daran, daß im Oktober 1994 der russische Außenminister Kosyrew, der durchaus westlich orientiert war, ein wütendes Memorandum an die Vereinten Nationen richtete, in dem er gegen den Abschluß des sogenannten Jahrhundertgeschäfts in Baku protestierte. Damals bestand Rußland darauf, das Kaspische Meer sei als gemeinsames Territorium zu verwalten.

Seitdem hat sich die Einstellung der russischen Politik grundlegend gewandelt. 1996 schlug Rußland auf einer Konferenz in Aschabad einen Kompromiß vor, dem vier der fünf Anrainer zustimmten, daß eine 45-Meilen-Küstenzone von den einzelnen Staaten verwaltet wird, während alles andere als gemeinsames Kondominium zu betrachten sei. Dagegen hat sich das kleine Aserbaidschan gewehrt, und heute sieht es so aus, als hätten sich Rußland und die anderen Anrainer - Iran einmal außen vor gelassen - auf die aserbaidshische Linie geeinigt, nämlich auf eine sektorale Aufteilung des Kaspischen Meeres. Dies scheint jedenfalls die beste Lösung zu sein, um eine friedliche Erschließung der Ressourcen zu ermöglichen. Auch Rußland hat inzwischen verstanden, daß sich die Spielregeln geändert haben, und läßt Firmen wie Lukoil und Rosneft relativ freie Hand.

Herr von Ploetz hat daraufhingewiesen, daß diejenigen die Entscheidung treffen müssen, die das Geld bereitstellen. Das ist schwer verständlich in einem Land, das siebzig Jahre zentraler Planwirtschaft hinter sich hat. Aber es scheint, daß die russische Regierung dies inzwischen weitgehend nachvollziehen kann.

Die amerikanische Seite hat sich, wie wir von Eugene Rumer gehört haben, dazu bekannt, die Unabhängigkeit aller Staaten der Region und zugleich den freien Wettbewerb zu unterstützen. Aber eine Weltmacht hat weitergehende Aufgaben und Verantwortlichkeiten, die zu durchaus widersprüchlichen Handlungen führen können. So will die amerikanische Politik auf der einen Seite den Iran unter allen Umständen isolieren. Gleichzeitig will man verhindern, daß Rußland bezüglich der Transportwege eine Monopolstellung erhält, und unterstützt deshalb massiv eine Streckenführung, die

möglicherweise zur Folge hat, daß ein neues Monopol entsteht, weil angesichts des amerikanischen Einwirkens andere Pipelines dann nicht mehr konkurrenzfähig sind.

Hier könnte der Europäischen Union eine wichtige Aufgabe zukommen, gewissermaßen als "Hüter des Rechts" aufzutreten und im Interesse gemeinsamer westlicher Werte politischen Druck zurückzuweisen. Angesichts der zunehmenden Globalisierungstendenzen sehe ich einen großen Bedarf für diese Aufgabe. Die Frage stellt sich indes, wieviel politischen Willen es braucht, darauf Einfluß nehmen zu können, daß in diesen Ländern Strukturen geschaffen werden, die Wohlstand, fairen Wettbewerb und eine Weltmarktanbindung unter möglichst ökonomischen Bedingungen ermöglichen. In diesem Sinne müßte die Europäische Union gewiß noch stärker Profil zeigen, als Herr Wittebrood dargestellt hat. Vor allem müßte sie sich auch politisch und nicht nur auf der Ebene der Kommission engagieren.

Timoshenko

Ich bin Abgeordnete des ukrainischen Parlaments und Vorsitzende der Organisation des vereinigten Energiesystems der Ukraine sowie Vorsitzende des Schattenministerkabinetts. Die Ukraine als ein postsowjetischer Staat versteht wahrscheinlich besser als andere Länder, wie wichtig die hier angesprochenen Fragen der Diversifizierung der Energielieferungen sind. Die Ukraine ist heute zu 80 Prozent bei der Gasversorgung und zu 90 Prozent bei der Ölversorgung auf Importe angewiesen.

Die Probleme in den postsowjetischen Ländern sind in etwa überall die gleichen. Zum einen fehlt es an Kapital, was spezifische geopolitische und geoökonomische Konsequenzen nach sich zieht. Zum anderen mangelt es an demokratischen Institutionen, die während der sowjetischen Zeit abhanden kamen und die jedes Land jetzt wieder neu schaffen muß. Das ist in der Tat eine wichtige Herausforderung, die gelöst werden muß.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß die Vereinigten Staaten und die Europäische Union aufrichtig bemüht sind, uns bei der Stärkung der Demokratie und der wirtschaftlichen Stabilität zu helfen. Aber diese Unterstützung ist wenig wirksam, solange es nur bei Absichtserklärungen bleibt.

In diesem Zusammenhang beschäftigt mich eine für den postsowjetischen Raum sehr aktuelle Frage. In der kaspischen Region gibt es, wie Herr Rahr sagte, mindestens vier große Player, und es ist auffällig, daß die meisten kaspischen Länder nicht dazu gehören. Wenn man im postsowjetischen Raum eine neue Struktur schaffen will, die von geostrategischer Bedeutung für die Welt ist, dann muß man sich darüber im klaren sein, daß der große Kuchen gerecht verteilt wird. Deshalb ist meine Frage: Wenn wir im postsowjetischen Raum eine wirkliche Demokratie schaffen wollen - und das wollen wir in der Tat; -, wie sollen dann die Interessen der Länder, die über die Ressourcen verfügen, mit denen der großen Gesellschaften, die die Investitionen tätigen, in Einklang gebracht werden? Das ist keine akademische Frage; denn alle Länder der Region sind gleichermaßen an Stabilität interessiert; aber solange wir nicht alle an dem Kuchen partizipieren, brauchen wir über Stabilität nicht zu sprechen.

Was die Entwicklung der Demokratie angeht, so möchte ich Sie an die ganz banale Tatsache erinnern, daß Demokratie Herrschaft des Volkes bedeutet, und die Macht des Volkes ist nur dort, wo das Volk seinen Reichtum hat. Hinzu kommt, daß die großen Investoren und die Großmächte die Entwicklung der Demokratie in dieser Region nachhaltig beeinflussen. Sie wissen, daß wir zur Zeit tiefgreifende politische und wirtschaftliche Krisen durchmachen. Ich frage mich, ob wir es hinnehmen müssen, daß in Anbetracht der noch ungenügend entwickelten Demokratie die politische Führung in ihrer antidemokratischen Politik von den Großinvestoren unterstützt wird.

Die Ukraine ist ein Teil Europas, und wir werden alles tun, uns dieser Tatsache würdig zu erweisen. Wenn wir gemeinsam etwas Positives erreichen wollen, müssen wir partnerschaftliche und ausgewogene Beziehungen aufbauen. Meine Hoffnung ist, daß das Gleichgewicht in der Welt nicht durch geopolitische und geowirtschaftliche Interessen zerstört wird.

Rumer

Ich denke nicht, daß die USA in dieser Region eine Politik des doppelten containment betreiben. Unsere Politik im kaspischen Raum war von Anfang an auf Zusammenarbeit und die Einbeziehung Rußlands ausgerichtet, und zwar auf eine möglichst konstruktive und kooperative Weise. Ich verrate sicher kein Geheimnis, wenn ich sage, daß die Frage des Konsortiums für die kaspische Pipeline, an dem amerikanische und russische Unternehmen beteiligt sind und an dem die russische Regierung und die russische Wirtschaft nachhaltig interessiert sind, auf höchster Ebene von der Clinton-Administration diskutiert wurde. Niemand hat jemals auch nur angedeutet, daß Rußland aus dem

kaspischen Raum ferngehalten werden sollte. Davon kann überhaupt keine Rede sein. Ich war an einer interdisziplinären Arbeitsgruppe, die sich mit der kaspischen Politik befaßt, beteiligt. Für uns war die Kernfrage, wie wir Rußland als einen konstruktiven wirtschaftlichen Mitspieler einbeziehen können.

Was den Iran angeht, so verfolgen wir in der Golfregion in der Tat eine Politik des "dual Containment". In den Vereinigten Staaten gab es eine sehr lebhaftige Debatte, ob es angesichts der Veränderungen im Iran klug wäre, diese Politik fortzusetzen. Unsere Außenministerin hat hier mit ihrer Rede vor der Asia Society neue Pflöcke eingeschlagen und den Boden bereitet, um einen konstruktiven Dialog mit dem Iran zu beginnen. Sie erklärte, daß dieser Dialog aber diejenige Frage mitbehandeln muß, die uns gegenwärtig am meisten am Herzen liegt, und das sind die Massenvernichtungswaffen im Iran. Diese Frage werden wir nicht einfach vom Tisch wischen.

Es gibt, wie hier gesagt wurde, durchaus Unterschiede zwischen den Vereinigten Staaten und Europa in ihrer Haltung gegenüber dem Iran, die aber mehr das "Wie" als das "Ob" betreffen. Doch im Hinblick auf die Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen stimmen wir völlig überein und arbeiten in der Hinsicht sehr eng zusammen.

Wenn ich Herrn Pain richtig verstanden habe, dann meinte er, allein schon der Besitz von Öl führe zu einem Desaster. Sicher, es gibt zahlreiche Länder, die über erhebliche Öl- und Gasvorkommen verfügen und die ihren Reichtum nicht gerade vernünftig genutzt haben. Andere Länder haben dies sehr wohl vermocht, Norwegen zum Beispiel. Natürlich behauptet niemand, daß die kaspische Region ein weiteres Norwegen werden kann. Aber es gibt durchaus ein Rezept, die Dinge richtig anzupacken, und eben dies versuchen wir mit unserem Engagement für die Länder dieser Region, nämlich sie dahin zu bringen, das Richtige zu tun. Ich denke, sie haben eine reelle Chance, und warum sollen wir ihnen nicht dabei helfen, diese zu realisieren.

Was die Frage betrifft, ob die kaspische Region jemals mit der Golfregion konkurrieren können, lautet die Antwort: nein; denn keiner kann mit der Golfregion konkurrieren. Das ist aber keine wirklich relevante Frage. Denn man kann nicht ernsthaft darüber reden, ob ein Ölproduzent auf einem anderen Markt wirklich konkurrenzfähig sein kann. Tatsache ist, daß viele Ölunternehmen an der Entwicklung der Energieressourcen im kaspischen Raum interessiert sind und meinen, diese Öl- und Gasvorkommen zu wichtigen Märkten verbringen zu können, und zwar so effizient und kostengünstig, daß sowohl sie selbst als auch die betreffenden Länder davon nachhaltig profitieren. Deshalb muß man sich auch die Märkte ansehen, die mit diesem Öl versorgt werden sollen, und dann liegt es bei den Unternehmen zu entscheiden, wie dies am effizientesten geschehen kann.

Was Section 907 angeht, so gibt es aus meiner Sicht Fortschritte. Ein Senatsausschuß ist damit befaßt, und es wurde ein Vorschlag erarbeitet, der von der Regierung unterstützt wird. Wir sind da ganz optimistisch; aber es bleibt noch viel zu tun.

Gasteyger

Es freut mich zu hören, Herr Rumer, daß es zwischen Ihrem Land und Rußland eine recht gute Zusammenarbeit gibt, auch bezüglich der Rolle Rußlands in dieser Region. Nun, das mag so sein. Aber diese Rolle wird sehr verschieden wahrgenommen, und leider sind Wahrnehmungen mitunter wichtiger als die Realität.

Mein Eindruck ist, daß die Vereinigten Staaten die Bedeutung der Geopolitik neu entdeckt haben. Ob das gut oder schlecht ist, weiß ich nicht. Ich vermag zwar nicht recht einzuschätzen, wie repräsentativ Herr Brzezinski für die Formulierung der amerikanischen Außenpolitik noch ist. Sein neuestes Buch erweckt jedenfalls den Eindruck, als gebe es eine Wiedererweckung der Vorstellung von Mackinders "heartland". Das mag durchaus positiv sein, und zwar in dem Sinne, daß es ein globales Engagement der Vereinigten Staaten in dieser Region signalisiert, sowohl ökonomisch als auch politisch. Man kann dieses neuerwachte Interesse aber auch so interpretieren, daß es sich hier um eine Offensive handelt, mit der bestimmte amerikanische Wirtschafts- und strategische Interessen im Sinne einer neuen Version von Eindämmung Rußlands verfolgt werden.

In dieser Hinsicht sollte man sehr klar zum Ausdruck bringen, daß der Begriff Globalisierung nicht nur harmlos und positiv zu verstehen ist, sondern auch als Teil einer geopolitischen Auseinandersetzung gesehen werden kann. Herr Rahr hat zu Recht daraufhingewiesen, daß Europäer und Amerikaner eine recht unterschiedliche Sichtweise von dieser Region haben. Die Vereinigten Staaten sehen sie in ihrer eigenständigen geopolitischen Bedeutung oder mögen sich fragen, welche Rolle sie in diesem Raum spielen wollen. Sie könnten auch darüber nachdenken, welche Rolle Rußland hier weiterhin spielen oder eben nicht spielen sollte. In jeder dieser drei Varianten brauchen Europäer und

Amerikaner nicht unbedingt übereinzustimmen, auch wenn ich mir das wünschen würde. Im Augenblick aber ist das nicht der Fall.

Mein dritter Punkt betrifft die Länder in der Region selbst. Sie können in diesem neuen "great game" als Pfandobjekte gesehen werden oder mögen es sogar selbst so empfinden. Um es offen zu sagen: Die Versuchung, sie so wahrzunehmen, ist durchaus vorhanden, und nicht alle Außenseiter können ihr widerstehen. Ob dies zutrifft oder nicht, hängt sicherlich stark vom künftigen Verhalten und der künftigen Politik dieser Länder gegenüber etwa der OSZE oder der NATO ab. Wenn ich das, was ich seitens der OSZE vernehme - und ähnliches gilt wohl auch für die NATO;-, richtig interpretiere, dann ist diesen Ländern bisher eine recht marginale Rolle zugeordnet, wie diese umgekehrt sich kaum sehr stark etwa für die OSZE zu engagieren scheinen. Beides mag durchaus berechtigt sein angesichts der Tatsache, daß es sich hier um "Neulinge" handelt. Es hat aber auch damit zu tun, wie diese sich selbst definieren und wohin sie zu gehören glauben.

Gehören sie zu Europa, und sehen sie sich selbst Europa zugehörig, oder meinen sie, daß sie zu Asien gehören - wie immer man Asien definiert;-, oder aber sehen sie sich als etwas Eigenständiges? Solange das nicht klar ist, dürfte es sehr schwer sein, eine Politik zu formulieren, die diese Länder enger an Europa bindet, oder sie eben als eigenständige Einheit zu behandeln. Ob sie wirkliche Partner sein werden, hängt vermutlich sowohl von ihrer inneren Entwicklung wie auch von ihrer außenpolitischen Orientierung ab. Letztlich werden auch ihre Rolle als Rohstofflieferant sowie ihre mögliche Brückenfunktion im Transitbereich (TRASECA wurde hier erwähnt) zu berücksichtigen sein. Ich würde allerdings die Bedeutung des Transits nicht überbewerten in dem Sinne, daß die Länder heute schon unentbehrlich für die transkontinentale Verbindung zwischen Europa und Asien sind.

Rumer

Ich möchte doch feststellen, daß Herr Brzezinski nicht die amerikanische Politik für die Region repräsentiert. Er hat ein sehr provokatives und interessantes Buch geschrieben. Darüber wird in den Vereinigten Staaten lebhaft debattiert, aber er spricht nicht für die amerikanische Regierung.

Gasteyger

Er ist nicht der Lehrmeister von Frau Albright?

Rumer

Er hat, wie es heißt, eine enge Beziehung zur Außenministerin, und sie mögen sogar über diese Fragen miteinander sprechen. Aber die Außenministerin hört auch auf andere Ratgeber bei diesem Thema. Außerdem hat sie ihr eigenes Beratungsgremium und wird von niemandem einseitig beeinflusst.

Allison

Die Diskussion über die Geopolitik hat sich vor allem auf Mächte außerhalb der Region konzentriert, obwohl Rußland und auch der Iran als regionale Mächte angesehen werden könnten. Ich möchte einige Anmerkungen zur Bedeutung der regionalen und subregionalen Zusammenarbeit im kaspischen, zentralasiatischen und kaukasischen Raum machen. Das ist aus verschiedenen Gründen wichtig.

Zunächst zur Abgrenzung des Kaspischen Meeres. Ich denke, wir sind uns einig, daß die Idee eines Kondominiums tot ist. Sehr viel wahrscheinlicher ist, daß jetzt eine sektorale Aufteilung realisiert wird. Selbst der Iran scheint seit Mai seine Haltung dahingehend verändert zu haben, eine solche Aufteilung zu akzeptieren, wenn die anderen Länder darauf bestehen, aber nur dann, wenn seine eigenen Interessen berücksichtigt werden, was die iranische Beteiligung angeht. Auch Rußland dürfte diesen Vorschlag letztlich akzeptieren. Selbstverständlich brauchen wir eine Kooperation auf bilateraler oder trilateraler Grundlage. Darüber kann man sicherlich noch jahrelang diskutieren, und damit können Völkerrechtsexperten zweifellos noch viel Geld verdienen. Fest steht jedoch, daß es kooperativ vor sich gehen muß.

Zweitens zur Frage des Konflikt-Managements. Ich bin ein wenig pessimistisch hinsichtlich einer baldigen Beilegung der Hauptkonflikte in der Region. Wir werden sicherlich davon ausgehen müssen, daß in dem Zeitrahmen, in dem Energieunternehmen denken, neue Konflikt- oder Krisenzentren in der Region entstehen werden. Insbesondere müssen wir den kaukasischen Raum als einen einheitlichen Sicherheitskomplex betrachten. Das heißt, was im nördlichen Kaukasus geschieht, kann auf den

südlichen Kaukasus überschnappen und umgekehrt. Das läßt sich nicht hermetisch voneinander abschotten.

In Aserbaidschan ist man sich sehr wohl darüber im klaren, daß Instabilität in Dagestan besorgniserregend ist, weil dies beispielsweise die Situation in Lesgien beeinflussen kann. Das gilt auch für Gebiete, durch die die Pipelines verlegt werden, etwa im Djhawahettia-Gebiet in Georgien, das bislang relativ ruhig war, was aber nicht immer so bleiben muß. Das kürzliche Wiederaufflammen von Kämpfen in Abchasien beweist, daß ruhende Konflikte beinahe über Nacht wieder ausbrechen können. All dies macht deutlich, daß ein kooperatives Vorgehen notwendig ist.

Ein anderer Grund, warum die regionale Zusammenarbeit so wichtig ist, beruht auf der Tatsache, was in bezug von Organisationen, Rahmenbedingungen und Strukturen vor sich geht, die sich in den letzten Jahren entwickelt haben und die eine sehr konstruktive Rolle spielen können. Ich sehe deren Ziele in vieler Hinsicht durchaus im Einklang mit denen der Europäischen Union und zum TRASECA-Projekt.

Erstens die zentralasiatischen GUS-Staaten, die eine Reihe von Gipfeltreffen durchgeführt haben. Im Januar hat man sich in Aschchabad insbesondere mit Energie- und Pipelinefragen beschäftigt. Dabei wurde vorgeschlagen, Pipelinerrouten um Rußland herumzuführen - zum Ärger von Ministerpräsident Tschernomyrdin. Aber die Sache wurde ernsthaft diskutiert. I

Zweitens die Economic Cooperation Organization (ECO), die ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der Infrastruktur der Region spielt. Dabei geht es sowohl um den Güterverkehr als auch um Energie. In dieser Organisation sind auch der Iran und andere asiatische Länder vertreten, die dabei konstruktiv mitarbeiten können.

Drittens die Turkstaaten, deren kürzliches Treffen bereits erwähnt wurde und bei denen ebenfalls die Transportinfrastruktur und die Energierouten auf der Tagesordnung stehen.

Viertens der Schwarzmeer-Kooperationsrat, der vor kurzem ein Gipfeltreffen veranstaltete, In dem Maße, wie das Schwarze Meer in der einen oder anderen Weise bei Energie und Handel eine Rolle spielt, muß der Schwarzmeer-Kooperationsrat ernst genommen werden.

Fünftens schließlich, was hier in Baku von einer gewissen Bedeutung ist, gibt es eine recht lockere Vereinigung von Georgien, Aserbaidschan, der Ukraine und Moldawien (GUAM). Gegenwärtig handelt es sich dabei mehr um eine Beratungsgruppe, die aber durchaus den Ehrgeiz hat, sich weiterzuentwickeln, und zwar sowohl im Hinblick auf eine koordinierende Rolle für die Energielieferungen - die Ukraine hat vor kurzem eine eigene Vision entwickelt, wie sie beim Transit zu einem Schlüsselstaat werden könnte - als auch in gewisser sicherheitspolitischer Hinsicht. So gibt es Vorschläge, eine Sicherheitskooperation ins Leben zu rufen, um auf diese Weise einen sicheren Energietransport aus der Region zu gewährleisten.

Ich meine also, wir sollten diese Organisationen in unsere Überlegungen einbeziehen und uns dieses Beziehungsnetz anschauen und nicht nur auf die Großmächte und ihre Interessenwahrnehmungen sehen.

Vydrin

Ich hatte in letzter Zeit häufiger Gelegenheit, an Konferenzen teilzunehmen, auf denen sich Fachleute äußerten, die sich professionell mit Erdöl- und Erdgasfragen beschäftigen und sich bei den damit zusammenhängenden politischen Problemen eher zu diplomatisch ausdrücken. Deshalb möchte ich hier auf ein Problem hinweisen, das ich als geopolitische oder geoökonomische Schere bezeichne. Während die objektiven Gegebenheiten ein Land zu einem mächtigen geostrategischen Mitspieler in einer Region machen, kann sich die politische und wirtschaftliche Elite dieses Landes als unfähig erweisen, die gegebenen Möglichkeiten entsprechend zu realisieren.

Ich will das am Beispiel meines Landes deutlich machen - aber das dürfte generell für alle Länder der GUS und insbesondere für die Länder dieser Region zutreffen. Die Geschichte hat der Ukraine starke Trümpfe in die Hand gegeben. Sie könnte in der transkaukasischen Region und der Region des Asowschen Meeres ein starker geopolitischer und geoökonomischer Mitspieler sein. Der erste Trumpf ist die geostrategische Lage. Die Experten wissen, wenn man eine Pipeline nach Supsa oder Poti legen und das Öl mit Tankern über den Südhafen nach Brody weiterleiten würde, lägen die Transportkosten für das kaspische Öl bei etwa 20 Dollar. Würde man das Öl von Noworossiysk mit Tankern durch die Meerengen transportieren, würden sich die Kosten auf 28 bis 29 Dollar erhöhen. Der zweite Trumpf der Ukraine ist die außerordentlich leistungsfähige erdölverarbeitende Industrie.

Und der dritte Trumpf ist der riesige ukrainische Markt. Das alles wäre für die Pipeline, die durch unser Territorium verlaufen soll, von hoher Bedeutung.

Wie steht es um die Fähigkeit der Ukraine, diese Trümpfe auszuspielen? In den vergangenen sechs Jahren haben wir uns in dieser Hinsicht aus einer Reihe von Gründen, die ich hier nicht ausführen kann, die aber politischer Natur waren, so gut wie nicht betätigt. Präsident Alijew ist es nun zu verdanken, daß wir jetzt auf diesem Felde mitspielen: Er hat die Ukraine im Juni dieses Jahres offiziell eingeladen, gemeinsam mit Aserbaidtschan, Georgien und der Türkei in einem Komitee mitzuarbeiten, das die Routenführung festlegen soll.

Ich teile die Wunschvorstellung von Herrn Pain, daß wir früher oder später zu einer Entideologisierung und Entpolitisierung des Erdölproblems kommen müßten. In den nächsten Jahren sehe ich jedoch noch keine Chance, die Politiker von den Verlockungen des Erdöls abzubringen. Wenn es uns aber nicht gelingt, die geopolitische und geoökonomische Schere zu entschärfen, besteht die Gefahr, daß sie jede Öl- und Gaspipeline durchschneidet.

Goulizade

In Rußland gibt es den Spruch: Man tanzt vom Ofen her, was bedeutet, daß man ein Problem vom Kern her erörtert. Sie haben mich gefragt, wie sich die Politik Aserbaidtschans gegenüber den Nachbarn - Rußland, Türkei, Georgien, Armenien - entwickeln wird. Das hängt mit geopolitischen Fragen, mit Fragen des Erdöls und der Transportwege zusammen.

Um mit dem Wesentlichen zu beginnen, will ich zunächst die Beziehungen zwischen Aserbaidtschan und Rußland ansprechen. In der sowjetischen Ära war Aserbaidtschan als sozialistische Sowjetrepublik ein Verbündeter Rußlands in einem gemeinsamen Staat, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Das galt über 70 Jahre lang genauso für Armenien. Unser Feind, das war der "Imperialismus", vertreten durch die USA, Großbritannien, die Türkei als NATO-Mitglied und auch durch den Iran des Schah-Regimes.

1991 hörte diese Politik, die 70 Jahre gültig war, mit einem Schlage auf, und es entstand eine qualitativ neue Situation. Aserbaidtschan begann, mit all diesen Staaten völlig neue Beziehungen zu entwickeln. So wurde unser Land ein enger Verbündeter der Türkei; beide Staaten haben die gleiche Sprache und eine Marktwirtschaft. Plötzlich waren wir auch Partner der Vereinigten Staaten von Amerika, die daran interessiert sind, daß wir unsere nationalen Interessen entwickeln können. Wir schließen wirtschaftliche Verträge miteinander, die für beide Seiten vorteilhaft sind. Wir sind jetzt auch Verbündete Großbritanniens und Westeuropas. An unseren Großprojekten sind die USA, Großbritannien, die Türkei, Deutschland, Italien, Belgien beteiligt.

Gleichzeitig baut Aserbaidtschan völlig neue Beziehungen zu Rußland auf. Während wir früher einem gemeinsamen Staat angehörten, müssen und wollen wir unsere Beziehungen nach Wiedererlangung unserer Unabhängigkeit auf eine ganz neue Grundlage stellen. Aber in Rußland dominieren nach wie vor die alten strategischen Doktrinen mit unveränderten strategischen Prioritäten, die eine Vorherrschaft behaupten wollen. Wenn man heute in Rußland den Mann auf der Straße fragen würde, was Aserbaidtschan ist, würde er antworten: ein Teil unseres Landes. Das heißt, man konnte sich dort bis heute nicht an den Gedanken gewöhnen, daß Aserbaidtschan ein völlig unabhängiger Staat ist, der freundschaftliche Beziehungen zu Rußland unterhält, der Rußland respektiert und achtet.

Aserbaidtschan ist also an sehr freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland interessiert. Das gilt nicht zuletzt für eine gedeihliche wirtschaftliche Zusammenarbeit. So wollen wir mit den führenden russischen Ölfirmen, beispielsweise mit Lukoil, Verträge schließen und auch andere russische Gesellschaften, etwa Transneft, einladen, die aus für uns unerfindlichen Gründen bislang noch nicht zu unseren Partnern geworden sind.

Auf der anderen Seite stellen wir in Rußland eine Tendenz zur Dominanz fest. Nachdem Aserbaidtschan 1991 unabhängig geworden war, begann Rußland plötzlich wieder von Militärbasen in unserem Land zu träumen und von gemeinsamen Außengrenzen der GUS, die es gemeinsam zu schützen gelte. Das ist natürlich fern jeder Realität, und auf ein derartiges Ansinnen konnte Aserbaidtschan als unabhängiger Staat unmöglich eingehen. Darauf antwortete Rußland mit einer Embargopolitik, indem es unsere Nordgrenzen blockierte und unseren Schiffen untersagte, russische Häfen anzulaufen. Gott sei Dank war dieser Zustand nicht von Dauer. Denn Aserbaidtschan mußte andere Wege suchen, was den nationalen russischen Interessen zuwiderlief. Mit "Rußland" meine ich nicht die frühere Sowjetunion, jenen monolithischen Staat mit einem monolithischen Politbüro und einem totalitären Einparteiensystem. Rußland ist jetzt genauso wie Aserbaidtschan in einem

Transformationsprozeß begriffen, in dem die demokratischen Kräfte tendenziell gestärkt werden, und der dort entstehende Kapitalismus ist an guten Beziehungen zu Aserbaidtschan interessiert.

Wir wollen auch gute Beziehungen zu Armenien herstellen, das 70 Jahre lang unser Verbündeter war. Auf der anderen Seite weist Armenien einige kritische Faktoren auf, beispielsweise wurde es zu einer Art russischem Aufmarschgebiet. Ich hoffe, ich beleidige meine russischen Freunde nicht, wenn ich ganz offen sage, daß die Geschichte des russischen Staates von Expansion geprägt war. Rußland hat sich durch die Eroberung immer neuer Gebiete ständig vergrößert: erst Sibirien, dann der Kaukasus, und zwar sowohl der Nordkaukasus als auch der Südkaukasus sowie Zentralasien. Als man versuchte, Afghanistan zu erobern, war der Höhepunkt bereits überschritten, was schließlich zum Zerfall des russisch-sowjetischen Imperiums führte.

Jetzt haben wir es mit einem ganz neuen Staat zu tun, auch wenn die alten Prioritäten teilweise immer noch gelten, die die Entwicklung der Demokratie stören und den russischen Eigeninteressen schaden. So heißt es von russischer Seite, man bemühe sich, den Konflikt um Nagornij-Karabach beizulegen und darauf als Ko-Vorsitzender der Minsker Gruppe hinzuwirken. Gleichzeitig liefert Rußland jedoch Waffen im Wert von mehr als einer Milliarde Dollar an Armenien, zum Beispiel Raketen vom Typ SS 300, die man im Westen unter dem Namen "Scud" kennt und die mit atomaren Sprengköpfen bestückt werden können.

Mit anderen Worten: Rußland ordnet sein Interesse an einer Zusammenarbeit mit Aserbaidtschan bestimmten militärischen Erwägungen unter, nach denen Armenien zum militärischen Verbündeten Rußlands wird. So hat Rußland im August vergangenen Jahres einen Militärpakt mit Armenien geschlossen, der in ganz Aserbaidtschan größtes Unbehagen ausgelöst hat. Denn zwanzig Prozent unseres Territoriums sind von Armenien besetzt. Infolge der militärischen Aggression sind über eine Million Menschen in unser Land geflohen mit entsprechend negativen Folgen für die Entwicklung unserer Demokratie und Marktwirtschaft.

Was wir also feststellen, ist, daß sich Armenien auf Rußland stützt und beide Länder militärische Verbündete sind. Dabei müßte Rußland als wichtigster GUS-Staat bestrebt sein, im Rahmen der GUS militärische Konflikte zu vermeiden. In dem russischen Verhalten zeigt sich also ein eklatanter Widerspruch - in einem Land, wo sowohl Ultrakonservative als auch Demokraten aktiv sind.

Dennoch bin ich durchaus optimistisch. Je mehr sich in Rußland Demokratie und Marktwirtschaft festigen, wird man sich auch der Tatsache bewußt werden, daß Aserbaidtschan der wichtigste Wirtschaftspartner in dieser Region ist. Ich hoffe, daß die russischen Politiker daraus die richtigen Schlußfolgerungen ziehen und eine positive Rolle in der Region spielen werden. Auch die Konflikte in Abchasien könnte Rußland positiv beeinflussen und damit generell die Situation im Transkaukasus stabilisieren.

Das dürfte auch für die Transportwege von großer Bedeutung sein, die für die Zukunft der Region und der Weltwirtschaft außerordentlich wichtig sind. So groß die Erdölvorkommen im Nahen Osten noch sein mögen, die Welt braucht alternative Energiequellen, und die Zahl der Länder, die Energie importieren, wächst. Energie bedeutet Leben. Deshalb werden der Kaukasus, Mittelasien und die kaspische Region eine immer wichtigere Rolle spielen. Meine Hoffnung ist, daß die wirtschaftlichen Interessen des Westens, der Russischen Föderation sowie Aserbaidtschans und der anderen Länder in der Region so weit übereinstimmen, daß hier Frieden, Stabilität und Wohlstand gefördert werden.

von Ploetz

Ich möchte die These in Frage stellen, daß die Länder dieser Region vor allem definieren müssen, wohin sie gehören: zu Asien, zu Europa oder wohin sonst. Ich sehe es mit Herrn Tedstrom als viel wichtiger an, ob es in dieser historischen Übergangsphase gelingt, die Teile zu einer Gemeinschaft zusammenzufügen. Akute und frühere Konflikte der Länder in der Region sind dabei ebenso zu überwinden wie angebliche oder wirkliche Interessengegensätze großer Mächte inner- und außerhalb der Region.

Mich erinnert diese Fragestellung an eine Frage, die der damalige amerikanische Präsident Truman am 3. April 1949 den in Washington versammelten NATO-Außenministern vorlegte: Was machen wir eigentlich mit unseren Feinden von gestern? Wie erzeugen wir Sicherheit in bezug auf Deutschland und Japan? Der damalige amerikanische Ansatz hat sich, die seitherige Entwicklung bestätigt es, als richtig erwiesen: "Am sichersten sind wir, wenn frühere Feinde zu stabilen Demokratien und prosperierenden Marktwirtschaften werden." Deutschland und Japan sind heute Teil einer

Wertegemeinschaft und verfolgen erfolgreich die Prinzipien der Demokratie, des Rechtsstaats und der Marktwirtschaft.

Ich denke, das ist auch in der seit 1989/90 andauernden Übergangsphase in dieser Region die überragende Herausforderung. Es geht also weniger um die Zuordnung zu einem Kontinent als um eine Systemwahl, vor allem bei Fragen der inneren Ordnung eines jeden Landes. Ich sehe nicht, daß wir von außen bestimmenden Einfluß auf diese Entscheidungen nehmen können. Sie müssen von den Verantwortlichen vor Ort getroffen werden. Wir sollten natürlich unsere Präferenzen deutlich zum Ausdruck bringen und deren Vorteile darlegen - was wir auch sehr eingehend tun, nicht zuletzt dadurch, daß wir in bestimmten Ländern investieren und in anderen nicht.

Die Europäische Union ist auch unter einem anderen Aspekt ein eindrucksvolles Anschauungsbeispiel: Sie ordnet das Miteinander großer und kleiner Mächte in neuer Weise, in einer Rechtsgemeinschaft, in der sich große und kleine Staaten dem für alle gleichermaßen geltenden Recht unterordnen. Hier wird erfolgreich demonstriert, daß eine internationale Ordnung auch nach anderen Prinzipien als denen der traditionellen Machtpolitik funktionieren kann. Überall - das gilt auch immer noch für die Europäische Union - kämpfen altes und neues Denken miteinander.

Wir haben eben von Herrn Goulizade gehört, wie er die Situation zwischen Rußland, Armenien und Aserbaidschan einschätzt. Gerade in bezug auf diese Fragen ist in der Region "neues Denken" nicht sehr verbreitet. Der Umgang Aserbaidschans mit seinen Energievorkommen erscheint mir insofern bemerkenswert: Die gezielte Bildung internationaler Konsortien, in denen amerikanische, russische, europäische - darunter auch deutsche - und andere Unternehmen beteiligt sind, fußt Interessen zusammen, statt sie gegeneinanderzustellen.

Das beantwortet allerdings nicht die Frage, ob Aserbaidschan und andere Länder der Region dann, wenn erst einmal Erdöl gefordert wird und Geld fließt, diesem Kurs treu bleiben, so wie es Norwegen beispielhaft getan hat - ich füge ausdrücklich hinzu, daß ich die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen nicht verkenne. Oder geht die Entwicklung in Richtung eines Worst-case-Szenarios, wie es sich etwa leider seit einiger Zeit in Nigeria ankündigt? Sie können davon ausgehen, daß wir für die von uns präferierte Option nachhaltig werben werden.

Unsere Gespräche haben deutlich werden lassen, daß unter den an dieser Region interessierten und in ihr einflußreichen Mächten zur Kernfrage weitgehender Konsens besteht: Die Konsolidierung der neuen Staaten der Region und die Entwicklung stabiler und gutnachbarlicher Beziehungen zwischen innen und mit den Staaten der Europäischen Union, den USA, Rußland und der Türkei liegen im jeweiligen Interesse.

Das ist eine vielversprechende Ausgangssituation. Allerdings muß man leider sogleich relativieren: Je näher sich ein Land geographisch an dieser Region befindet, desto schwieriger wird es, die gemeinsame Grundphilosophie in der Praxis umzusetzen. So hat Herr Pain darauf hingewiesen, daß es nicht nur den Transkaukasus, sondern auch den russischen südlichen Kaukasus gibt, wo sich die Dinge sehr komplex darstellen. Das widerspricht indes nicht der Grundthese, daß Stabilität im kaspischen Raum auch im wohlverstandenen nationalen Interesse Rußlands liegt.

Weitgehend offengeblieben ist die Frage, wie der Iran und China die Entwicklung einschätzen. Es ist sehr wichtig, ob diese beiden Mächte allmählich davon überzeugt werden können, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, sich in ein Weltsystem einzufügen, in dem bestimmte Regeln beachtet werden - angefangen bei denen der Welthandelsorganisation bis hin zur Energiecharta.

Wenn Herr Pain mit Hinweis auf längerfristige Überschußproduktion bei Erdgas und Erdöl und daher niedrige Energiepreise die Aussichten der kaspischen Region relativiert, bald erhebliche zusätzliche Fördermengen auf dem Weltmarkt absetzen zu können, hat er sicher gute Gründe. Aber ist es wirklich realistisch, von solchen Annahmen auszugehen? Wie immun ist etwa der Nahe Osten gegen krisenhafte Entwicklungen? Außerdem gibt es auch positive Szenarien, die eine steigende Ölnachfrage erwarten lassen. Warum betreibt China spätestens seit 1997 eine so offensive Energiepolitik, warum versucht es sich Schritt für Schritt zu einer Energie-Supermacht zu entwickeln mit einem Engagement, das dem der anderen großen Länder nicht nachsteht? China hat in den letzten Jahren die größten Auslandsinvestitionen in seiner Geschichte in Zentralasien im Energiebereich vorgenommen.

Fossile Energien sind eine endliche Größe. Nach Überwindung der derzeitigen Krisen wird die Nachfrage weltweit stark steigen. Es lohnt sich also in jedem Fall, die Energiequellen im kaspischen Raum zu erschließen und marktgängig zu machen.

Mein Fazit lautet: In dieser Region geht es nicht um ein Nullsummenspiel, nach dessen Regeln das herkömmliche "great game" und die traditionellen Vorstellungen von Geopolitik operieren. Wir befürworten ein Stabilitätskonzept, das - siehe die Nachkriegsentwicklung in Europa - eine Win-win-Situation erzeugt. Wenn alle Beteiligten in diese Richtung arbeiten, stehen die Chancen gar nicht so schlecht. Dann brauchen die Staaten des kaspischen Raumes auch nicht zu wählen, ob sie zu Asien oder Europa gehören wollen.

Meyer-Landrut

Wir kommen zum nächsten Themenkomplex: Die ökonomische Agenda der kaspischen Region - wirtschaftliche Akteure, kommerzielle Interessen und internationale Zusammenarbeit.

Adams

Ich bin kein Politiker und Diplomat, sondern komme aus der Ölindustrie und habe 1994 eine große Investitionsoffensive im Kaukasus geleitet, als die Unsicherheiten hier noch groß waren.

Unsere Diskussion behandelt die Energieentwicklung im kaspischen Raum. Aber lassen Sie mich zunächst einen Blick auf die Ölreserven werfen. Es wurde viel darüber spekuliert, wie groß die Reserven und die Förderung hier sind und wie das Öl zu den Märkten transportiert werden kann. Denn wenn man es nicht exportieren kann, ist es völlig nutzlos. Nun zu den Realitäten: Leider haben die Medien in den letzten Jahren das Ölpotential im kaspischen Raum erheblich übertrieben. Zahlen von bis zu 200 Milliarden Barrels wurden insbesondere von Washington genannt. Es hieß, dies sei mehr als beispielsweise Saudi-Arabien oder zweimal soviel wie Kuwait beziehungsweise von Kuwait und den Arabischen Emiraten zusammen. Die geologische Realität sieht ein wenig anders aus. Die Reserven sind wichtig, aber die Bedeutung der Region als Ölfördergebiet muß im globalen Kontext gesehen werden.

Der kaspische Raum ist im wesentlichen in zwei Ölbecken unterteilt; das südkaspische Becken, das Aserbaidschan und Turkmenistan einschließt, und das nordkaspische Becken, das teilweise Südrußland und Kasachstan umfaßt. Das südliche Becken wird bereits seit über 100 Jahren exploriert und entwickelt. Die geologischen Verhältnisse und Ölvorkommen sind genau untersucht worden. Derzeit sind im kaspischen Raum Reserven von 17,5 Milliarden Barrels nachgewiesen, genausoviel wie in der Nordsee. Die geologischen Daten lassen vermuten, daß im südkaspischen Raum weitere Vorkommen in der Größenordnung der Nordsee gefunden werden. Der Norden dagegen weist ganz andere geologische Bedingungen auf. Kasachstan verfügt über etwa 10 Milliarden Barrels sicher vorhandene Reserven, und man kann davon ausgehen, daß man weitere ein oder zwei Vorkommen von der Größe der Nordseeressourcen dort finden wird. Mit diesen 30-50 Milliarden Barrels ist der kaspische Raum ein im Weltmaßstab bedeutendes Ölfördergebiet, kann aber keineswegs mit den Reserven in der Golfregion im Nahen Osten verglichen werden.

Die immer wieder propagierten höheren Ölvorräte sind wohl eher politisch als geologisch begründet.

Obwohl die Reserven bedeutend sind, ist die zentrale Frage, wie sie für die Produktion genutzt werden können. Wenn Sie Aserbaidschan nehmen, dann verfügt dieses Land über Reserven, die ein Exportpotential von einer Dreiviertelmillion Barrels pro Tag hergeben. Mit den vielen neuen Kontrakten und angesichts der umfangreichen Investitionen, die bereits getätigt wurden, dürfte es nicht unrealistisch sein, daß in den nächsten zehn Jahren in der Spitze 1,5 bis 2 Millionen Barrels pro Tag gefordert werden könnten.

In Turkmenistan, wo die Ressourcen erheblich kleiner sind, liegt die derzeitige Kapazität bei 100.000 bis 150.000 Barrels pro Tag. Mit den nachgewiesenen Reserven kann dies bis auf 300.000 Barrels pro Tag hochgefahren werden, und mit weiteren erfolgreichen Explorationen könnte man bis 2010 auf eine halbe Million Barrels pro Tag kommen.

In Kasachstan, wo erhebliche Reserven vorhanden sind, erlaubt die Förderkapazität eine Million Barrels pro Tag, und wenn das dortige Explorationsprogramm erfolgreich ist, wovon wir ausgehen, dürfte wahrscheinlich bis 2010 eine Ausbeute von zwei bis zweieinhalb Millionen Barrels pro Tag möglich sein.

In den nächsten zehn Jahren dürften also aus dem kaspischen Becken insgesamt pro Tag etwa 3 bis 4,5 Millionen Barrels auf den Weltmarkt exportiert werden. Im Weltmaßstab gesehen macht das etwa drei bis fünf Prozent der gesamten Weltnachfrage aus. Das kaspische Becken kann also einen erheblichen Beitrag zur globalen Ölversorgung leisten, wird sich dabei aber eher auf benachbarte Nischenmärkte konzentrieren. Man braucht nicht viel Phantasie, um zu erkennen, daß die

Schwarzmeerregion ein wichtiger Abnehmer für kaspisches Rohöl sein wird, weil dorthin - ähnlich wie zum südlichen Mittelmeer - die Transportkosten niedrig sind.

Es wurde jedoch bereits gesagt, daß der Iran auf lange Sicht die billigste Exportmöglichkeit darstellt. Das halte ich für unwahrscheinlich. Aber kurzfristig könnte dies in der Tat höchst interessant sein; denn der interne Markt im Norden des Landes dürfte 300.000 bis 350.000 Barrels pro Tag aufnehmen können. Das heißt, der Iran könnte sein eigenes Rohöl aus den Häfen im Süden in den fernen Osten exportieren und so interne Transportkosten sparen. Ich komme später noch darauf zu sprechen, welche Optionen für den Export bestehen und welche Routen dafür vorzugsweise in Frage kommen.

Im Ergebnis heißt das für die Erschließung der kaspischen Energievorräte, daß die Reserven solide sind, das Produktionspotential gegeben ist und daß es Nischenmärkte gibt, die das Rohöl zu geringen Transportkosten aufnehmen können. Damit könnte einigen drastischen Auswirkungen der vorhergesagten sinkenden Ölpreise begegnet werden.

Als Kaufleute sehen wir im kaspischen Raum gute Investitionschancen. Für die Ölindustrie bieten sich realistische Möglichkeiten, das Öl zu wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen abzusetzen, wobei wir darauf hoffen, daß sich die ökonomischen Rahmendaten besser entwickeln werden, als gegenwärtig vorhergesagt wird. Wir gehen nicht davon aus, daß die Investitionen als Folge der unsicheren Ölpreissituation verringert werden. Das jedenfalls zeigt die Vielzahl an Verträgen, die gegenwärtig in Baku unterzeichnet werden.

Production Sharing Agreements planen für die nächsten dreißig Jahre und nicht für den nächsten Tag.

Wenn man über Ölkontrakte spricht, muß man auch über die geopolitische Strategie im Kaukasus sprechen. Blicken wir zurück auf die Zeit vor vier Jahren, als sich Aserbaidschan politisch und wirtschaftlich einer ungeheuren Herausforderung gegenüber sah. Der Präsident erkannte das und entwickelte sehr schnell eine Ölstrategie, die das Öl mit geopolitischen Zielsetzungen verband. Der AIOC als erste Konsortium, das hier gebildet wurde, war nicht nur in der Lage, die notwendige Technologie für das Chirag-Projekt zu liefern und die Finanzierung sicherzustellen, sondern er sorgte gleichzeitig dafür, daß fünf nationale Gesellschaften miteinbezogen wurden, um die hiesige Regierung zu unterstützen. Die Nummer eins war Amerika, Nummer zwei Großbritannien und so weiter einschließlich Norwegen, Rußland, die Türkei und Saudi-Arabien.

Innerhalb von weniger als 18 Monaten wurden im März 1996 vom AIOC Exportverträge mit Rußland und Georgien unterzeichnet, um das AIOC-Öl auf den Markt zu bringen. Diesen Exportverträgen folgten weitere Production Sharing Agreements. So war es für die Pipelines wichtig, daß Rußland als erstes und Georgien als zweites unterschrieb, denn beide Verträge wurden benötigt, um sowohl die wirtschaftlichen als auch die geopolitischen Risiken auszubalancieren und operative Flexibilität zu erlangen. Nach den mir vorliegenden Statistiken sind bis heute 13 weitere Verträge mit 13 Ländern abgeschlossen worden, hinter denen 28 Firmen mit einem Investitionsvolumen von 38 Milliarden Dollar stehen.

Es ist interessant, daß durch diese Verträge heute in Baku praktisch jedes europäische Land vertreten ist, wobei die Grundbedingungen bisher unverändert geblieben sind. Der erste Investor ist immer Amerika, während Rußland an zweiter Stelle folgte, was auch die Interessenlage in den Verträgen widerspiegelt. Die Ränge drei, vier und fünf wechselten zwischen London, Paris und Bonn je nach der politischen Lage und dem Stand der Verhandlungen um Berg-Karabach zum betreffenden Zeitpunkt.

Die Regierung von Aserbaidschan hat durch die konsequente Handhabung dieser Verträge viel erreicht. Alle Verträge bauen auf einer kommerziellen Grundlage auf und sind darauf ausgerichtet, die Interessen aller Vertragspartner auszutarieren, um eine lange Laufzeit zu garantieren. Sie haben vollen Rechtsstatus; denn sie wurden vom Parlament ratifiziert und haben die erforderlichen Instanzen durchlaufen und damit Gesetzeskraft nach aserbaidschanischem Recht erlangt. Die Verträge haben Vertrauen geschaffen. Auf diese Weise wurden alle Bedingungen für eine erfolgreiche Ölstrategie im Rahmen der geopolitischen Zielsetzung erreicht. Die Tatsache, daß wir heute hier sind und diese Konferenz in Baku abhalten, zeigt den enormen Erfolg, den Aserbaidschan innerhalb dieser kurzen Zeit erzielt hat.

Dennoch arbeiten wir nach wie vor in einer Region, die erhebliche politische und wirtschaftliche Risiken birgt. Hätte man die Situation vor vier Jahren analysiert, würde wohl jeder hier am Tisch vorhergesagt haben, daß eine neue Wirtschaftsentwicklung in Baku nicht vonstatten gehen wird. In der Hinsicht hat sich das gesamte Risikoprofil verändert, und es lohnt sich in der Tat, darüber nachzudenken, wie die verschiedenen neuen Risikofaktoren die Weiterentwicklung der Region beeinflussen werden. Was wir in der Hinsicht heute wahrnehmen, ist ein Geist regionaler

Zusammenarbeit sowie wesentliche politische Veränderungen, die gegenwärtig in Moskau, in Ankara und in Teheran stattfinden und die vermuten lassen, daß sich die jetzigen positiven Trends fortsetzen werden. Es hat gegenwärtig nicht den Anschein, daß dieser Prozeß in der Region ernsthaft gefährdet werden könnte. Es mag zeitlich und örtlich begrenzte Störungen geben, aber ausgehend von dem, was hier vor sich geht, können wir wohl nachhaltig auf zukünftige Stabilität vertrauen.

Was das unternehmerische Risiko angeht: Welches sind die Hauptfaktoren, von denen abhängt, wie sich die neuen Ölinvestitionen entwickeln werden? Da ist zunächst das Explorationsrisiko, über das meist nicht gesprochen wird. Wir haben es mit einem Gebiet zu tun, in dem die Exploration gerade erst begonnen hat. Da wird es Erfolge und Mißerfolge geben. Deshalb setzen wir eine Bandbreite von zwei bis viereinhalb Millionen Barrels pro Tag als potentielle Fördermenge für 2010 an; aber zwei Millionen Barrels sind gesichert.

Das zweite ist das Entwicklungsrisiko, an das Politiker meist auch nicht denken, wovon aber die Investitionen abhängen. Das sind Fragen wie: Reicht die Infrastruktur in einer Region, die über keinen Zugang zum Meer verfügt, aus, um das erforderliche Investitionstempo zu gewährleisten? Man braucht Off-shore-Ölplattformen, Werften und die ganze für die Ölindustrie notwendige Infrastruktur. Infrastrukturmaßnahmen und Exploration müssen im gleichen Tempo vorangetrieben werden, sonst kann es sein, daß die Dinge langsamer vorangehen.

Dann zu dem höchst emotionalen Thema des regionalen Ölexportes und des nationalen Zugriffs auf die Exportkapazitäten. Ich habe über den Ölpreis und über die Notwendigkeit gesprochen, strikt ökonomische Rahmenbedingungen zu gewährleisten. Dabei sind die Transportkosten ein wesentlicher Faktor für jedwede Entscheidung, welche Exportoption den Vorrang hat. Das ist in erster Linie eine ökonomische Entscheidung, die beim Öl von der verfügbaren Kapazität, das Öl zeitgleich zu transportieren, abhängt. Die Transportkosten werden in den Kapitaleinsatz eingerechnet, und normalerweise wird zugunsten der preisgünstigsten Variante entschieden.

In den letzten drei Jahren ist eine Modellrechnung der zukünftigen Entwicklung erstellt worden, die verschiedene Lösungswege beinhaltet. Für das erste Öl des AIOC haben wir bereits eine multiple Lösung vorgesehen, nämlich zunächst eine nördliche Pipeline und dann eine westliche Pipeline zum Schwarzen Meer. Der Schienentransport von Baku nach Batumi funktioniert sehr gut - 100 000 Barrels Öl aus dem Osten des kaspischen Raumes gehen täglich in diese Richtung. Das Transportsystem des Caspian Pipeline Consortium (CPC) entwickelt sich für die umfangreichen Exporte aus Kasachstan nach Noworossijsk und wird in der Zukunft eine zentrale Rolle spielen. Auch der Iran erscheint auf der Bildfläche, je mehr er aus der Isolation herauskommt. Es sind bereits einige swap-agreements abgeschlossen worden. Meine Gesellschaft hat eine derartige Vereinbarung getroffen, um turkmenisches Rohöl zum Hafen von Neka zu befördern, und von dort gibt es eine Pipeline zu den Teheraner Ölraffinerien, um so den Export von iranischem Öl nach Osten zu ermöglichen. Es gibt also eine Reihe derartiger Optionen, die sich auch kurzfristig realisieren lassen.

Auf längere Sicht bestehen sogar größere Wahlmöglichkeiten. Es wird eine nördliche Hauptroute über das CPC-System geben sowie eine Zentralroute durch Georgien, und wahrscheinlich wird es als Teil einer regionalen Lösung eine Route nach Ceyhan geben. Das Tempo, in dem das alles geschieht und die zeitliche Abstimmung spielen dabei eine entscheidende Rolle. Für jeden Investor ist das in erster Linie eine Frage der Kosten zusammen mit den politischen Gegebenheiten und dem Verhalten der Regierung.

Das wirtschaftliche Risiko zügelt sicherlich den Enthusiasmus des Investors. Die Gesellschaften, die hier tätig sind, haben inzwischen festgestellt, daß es sie teurer kommt, als sie ursprünglich gedacht hatten. Unser Freund aus Georgien wird das bestätigen. Die westliche Pipeline des AIOC beispielsweise hat beinahe doppelt soviel gekostet, als veranschlagt worden war, aufgrund der Unsicherheiten und Unvorhersehbarkeiten über den Zustand der alten sowjetischen Infrastruktur in dieser Region.

Schließlich der Ölpreis selbst. Natürlich arbeiten wir in einem globalen Umfeld, und die kaspische Region muß mit anderen internationalen Optionen für ausländische Investoren um Kapital konkurrieren. Aber der kaspische Raum profitiert von seinen potentiellen Nischenmärkten in der Region. Kaspisches Öl wird zum Schwarzen Meer und zum südlichen Mittelmeer zu niedrigen Transportkosten verbracht, die damit die Lieferungen aus dem Nahen Osten nach Fernost verdrängen.

Wenn man sich vor dem historischen Hintergrund mit der Region auseinandersetzt, erkennt man die gleichen regionalen Einflüsse, das Hin und Her der regionalen Spieler, die stets hier vor Ort waren.

Die Türkei wird immer einflußreich sein; Rußland spielt eine tragende Rolle, und auch der Iran ist ein wichtiger Faktor. Aber es ist jetzt doch ein bemerkenswerter Wandel eingetreten, nämlich von der bisherigen Konfrontation zur regionalen Kooperation. Das entspricht den wirtschaftlichen Realitäten. Rußland befindet sich in einer schwierigen Übergangsphase, die sich nicht wesentlich von der anderer früherer Imperien unterscheidet, und es ist in dieser Phase überwiegend mit sich selbst beschäftigt. Rußland wird jedoch in Aserbaidschan ein hochwichtiger Mitspieler sein, und Aserbaidschan ein wichtiger Partner für Rußland. Was also das regionale Umfeld angeht, meine ich, daß sowohl historische als auch aktuelle geopolitische Gründe höchst ermutigend für die zukünftige Stabilität der Region sind.

Aber zu den regionalen geopolitischen Risiken gehören ernsthafte Probleme und lokale Kriege, die als typische Begleiterscheinungen beim Niedergang eines Imperiums zu sehen sind. Nagornij-Karabach, Tschetschenien und Abchasien müssen als Elemente des Risikoprofils ernst genommen, aber in einem größeren Zusammenhang gesehen werden. Wer hätte vor einem Jahr geglaubt, daß es in Tschetschenien ein funktionierendes Pipelinesystem geben würde, durch das aserbaidschanisches Rohöl nach Noworossijsk transportiert wird. Das geht heute störungsfrei vonstatten.

Ähnlich verhält es sich mit Nagornij-Karabach. Herr Goulizade kennt sich bestens mit diesem Problem aus, so daß ich darüber nicht allzuviel spekulieren will. Doch wenn wir uns die Entwicklung des Karabach-Problems vergegenwärtigen, dann ist dies ein Konflikt, der sich durch die aserbaidschanische Geschichte seit 200 Jahren oder länger immer wiederholt. Er war einer der Hauptgründe dafür, daß 1921 die erste Republik gescheitert ist. Die Begleitumstände sind dieses Mal zwar ganz andere, aber es gibt nach wie vor eine erhebliche Unsicherheit, was sich ereignen könnte und wie sich dies dann auswirken wird. Hoffentlich wird ein vernünftiges Verhalten aus wirtschaftlichem Eigeninteresse dazu beitragen, eine Lösung für die ganze Region voranzubringen.

Lassen Sie mich abschließend einen Punkt erwähnen, der über lange Zeit die Presse nachhaltig beschäftigt hat. Als das AIOC-Projekt im kaspischen Raum begann und auch die anderen Off-shore-Projekte folgten, wurde darüber spekuliert, daß die ungelösten territorialen Grenzfragen im Off-shore-Bereich ein Haupthindernis sein könnten. Aber Präsident Alijew hat bei einem früheren Treffen mit dem AIOC geäußert, daß das Problem in drei, vier Jahren vom Tisch sei und eine vernünftige Lösung sich ergeben würde. Diese Vorhersage hat sich bestätigt. Von einer Zeit scharfer diplomatischer Konfrontation, ob es ein Kondominium oder eine sektorale Aufteilung des Kaspischen Meeres geben sollte, hat sich inzwischen ein genereller Konsens für die sektorale Aufteilung ergeben. Das Problem ist jedoch noch nicht ganz gelöst und wird Auswirkungen auf das Tempo weiterer Investitionen haben; denn westliche Kreditgeber betrachten Ansprüche und Ölrechte als zentrale Grundlage für die Vergabe weiterer Gelder.

Aserbaidschan hat in den letzten vier Jahren - seit vor sechs Jahren die zweite Republik entstand - eine bemerkenswerte Entwicklung durchgemacht. Es hat international einen beachtlichen Status und Erfolge erreicht, die schwerlich wieder abbrechen werden. Nach Ansicht britischer Diplomaten sind in Baku die Flaggen tatsächlich dem Handel gefolgt, und mit Investitionen in Höhe von 30 bis 40 Milliarden Dollar gilt dieses Land als ein sehr ernsthafter Mitspieler in der Weltwirtschaft ebenso wie auf geopolitischem Gebiet. Öl hat sich als ein wirksamer Faktor erwiesen, die Unabhängigkeit der aserbaidschanischen Republik langfristig zu gewährleisten.

Meyer-Landrut

Ich denke, das war ein erhellender Beitrag eines Experten, der diese Region sehr genau von innen heraus kennt und sie zugleich mit einem Blick von außen wahrnimmt.

Haseldonckx

Terry Adams hat die Situation des kaspischen Raumes mit seinen Reserven und Potentialen für die Zukunft eingehend geschildert. Er hat damit auch grundsätzlich die Frage beantwortet, warum ein deutsches Ölunternehmen in Aserbaidschan tätig ist. Für uns ist die treibende Kraft das hier vorhandene Explorationspotential.

Ich möchte allerdings daraufhinweisen, daß sich die Zahlen, die genannt wurden, nicht auf nachgewiesene Reserven - nach westlichem Standard definiert - beziehen. Mit anderen Worten: Es gibt ein großes exploratorisches Risiko bei den Arbeiten und den Investitionen, die wir noch vor uns haben. Dessen ungeachtet ist aber ein erhebliches Potential vorhanden. Wir gehen davon aus, daß in den kommenden zwölf bis fünfzehn Jahren am Persischen Golf und am Kaspischen Meer ungefähr 70 Prozent der Weltölreserven konzentriert sind.

Entsprechend steht bei meinen Ausführungen der Ölsektor und weniger die Situation beim Gas im Vordergrund, wobei ich etwas genauer auf Aserbaidschan eingehen werde, um an einigen Beispielen aufzuzeigen, wie die Entwicklung in diesem Land in den nächsten Jahren vermutlich vor sich gehen und welche Konsequenzen das haben wird.

Zur Zeit gibt es vierzehn Verträge für den Off-shore-Bereich mit erheblichen Verpflichtungen in der Explorationsphase, die in sogenannten "Production Sharing Contracts" niedergelegt sind, wie sie in Aserbaidschan Standard sind. Die Verträge sehen vor, daß die Explorationsphase auf drei Jahre beschränkt ist. Mit anderen Worten: Die gesamte Industrie hat ein gewaltiges Arbeitsprogramm vor sich. Vierzehn Verträge bedeuten, daß auf jedem Prospekt in dieser Fläche während der nächsten drei Jahre Bohrungen abzuteufen sind.

Bei einem solchen dreijährigen "Production Sharing Contract" ist im Vorwege ein "Signature Bonus", eine Zahlung an die Regierung, fällig. Die Bohrungen erfolgen anschließend auf jedem der Prospekte, die eine Tiefe von etwa 4000 bis 6000 Metern haben. Dabei ist die staatliche Ölgesellschaft SOGAR gemäß den neuen Verträgen in der Risikophase, also während der Exploration, grundsätzlich mit 50 Prozent beteiligt, ohne daß sie sich finanziell engagiert. Die ausländischen Gesellschaften, die maximal 50 Prozent Beteiligung haben können, tragen während dieser Phase 100 Prozent des Risikokapitals.

Wird man fündig, beginnt die Entwicklungs- und Produktionsphase. Der Vertrag gewährt dafür einen Zeitraum von 20 Jahren, der um fünf Jahre erweitert werden kann. Abhängig vom Umfang der aufgefundenen Reserven zahlt man einen "Discovery Bonus" und, wenn die Förderung beginnt, einen "Production Bonus".

Nach dem "Production Sharing Contract" wird bei der Ölmenge unterschieden zwischen dem "Cost Recovery oil" - das ist die Ölmenge, die de facto zur Verfügung steht, um das investierte Risikokapital zu verdienen - und dem "Profit oil", das dann wiederum zwischen der Staatsgesellschaft und den ausländischen Unternehmen gegliedert wird.

Ein in Aserbaidschan wichtiges Detail ist, daß in diesen Verträgen ein sogenannter R-Faktor enthalten ist, der besagt: Wenn man mehr Reserven findet oder der Ölpreis höher als erwartet sein sollte, dann gehen die "Windfall profits" an den Staat und nicht an die Ölgesellschaften.

Offshore rechnen wir mit förderbaren Reserven in einer Größenordnung von 500 Millionen bis zu einer Milliarde Barrels pro Feld. Es ist dabei nicht auszuschließen - das ist eines der großen technischen Risiken; -, daß wir anstelle von Öl sehr viel Gas finden werden. Ob es sich um eine Öl- oder um eine Gasprovinz handelt, ist wegen fehlender Exploration bis heute nicht endgültig geklärt.

Wenn man von einem 500-Millionen-Barrel-Feld ausgeht, kann man mit Produktionsraten zwischen 120.000 und 150.000 Faß pro Tag rechnen. Hierbei müssen wir relativ tief bei einer Wassertiefe von bis zu 500 Metern - auf rund 4000 bis 5000 Meter hinuntergehen; ein Gasrisiko besteht aber auch bei höher liegenden Horizonten. Technisch bedeutet dies, daß wir nicht nur mit sogenannten "Jack-up"-Bohrgeräten arbeiten können, sondern auch schwimmende Bohrgeräte einsetzen müssen. Die Verfügbarkeit von Off-shore-Bohrgeräten ist in Aserbaidschan ein ernsthaftes Problem. Zur Zeit stehen für die vorgenannten vierzehn Verträge zwei Bohrgeräte zur Verfügung. Das eine oder andere Gerät wird überholt. Einige Gesellschaften haben sich zusammengetan und für einen begrenzten Zeitraum einen sogenannten "rig club" vereinbart, der im Ausland ein neues Bohrgerät bauen läßt. Die Kosten dafür belaufen sich auf etwa 180 Millionen Dollar. Die Bauzeit plus die Zeit, die erforderlich ist, um die Materialien über die russischen Kanäle ins Kaspische Meer zu bringen, beträgt etwa zwei bis zweieinhalb Jahre.

Hier liegt eines der Probleme, mit denen die Industrie zu kämpfen hat: Die Verträge sind unterschrieben, die Prospekte sind vorhanden, aber uns fehlt das Gerät, um diese Prospekte abzubohren. Deshalb gehe ich davon aus, daß die Entwicklungen, die für den Aufbau der Produktion zu erwarten sind, erheblich langsamer vonstatten gehen werden, als man es nach den üblichen technischen Arbeitsweisen annehmen könnte.

Eine Explorationsbohrung im Off-shore-Bereich kostet rund 20 Million Dollar. Die Vorlaufzeiten für diese Off-shore-Projekte, von der Vertragsunterschrift bis zur ersten Produktion, machen etwa fünf bis sechs Jahre aus. Es dauert insgesamt etwa zehn Jahre, um das gewünschte Produktionsplateau zu erreichen.

Wenn man die nachgewiesenen Ölreserven in Aserbaidschan zugrundelegt und hinzurechnet, was über die Exploration erwartet wird, und man ferner davon ausgeht, daß es keine Zeitverzögerung gibt,

das heißt, daß die Exploration auch fündig wird, dann ist damit zu rechnen, daß Aserbaidschan offshore durchaus in der Lage ist, bis etwa 2002/2004 bis zu 1,5 Millionen Faß Öl pro Tag zu fordern. Das setzt aber voraus, daß die technische Infrastruktur vorhanden ist. Auf in diesem Zusammenhang bestehende Probleme, insbesondere den Mangel an Bohrgeräten, Kran- und Pipelinebarges, habe ich bereits hingewiesen.

Gehen wir von solchen Vorlaufzeiten aus und unterstellen wir, daß wir fündig werden und die Lagerstätte 500 Millionen Barrels Reserven aufweist - bei 50 Prozent Beteiligung der staatlichen SOGAR und 30 Prozent Beteiligung für eine ausländische Gesellschaft;-, dann bedeutet dies, daß in den ersten rund zehn Jahren die internationale Ölgesellschaft in Vorleistung tritt und das Risikokapital während der Explorationszeit voll trägt. Das heißt, in dieser Zeit müssen wir mit einem erheblichen negativen Cash-flow rechnen. Da sich die Staatsgesellschaft für den Fall der Fündigkeit nachträglich an der Exploration finanziell beteiligt, hat auch sie in diesem Zeitraum einen negativen Cash-flow.

Unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten muß der Staat bei diesen "Production Sharing Contracts" somit im Hinterkopf behalten, daß er in den ersten Jahren bei dieser Art von Verträgen keine Gewinne macht. Es dauert zehn bis fünfzehn Jahre, bevor der Cash-flow sowohl für den Staat als auch für die internationalen Gesellschaften positiv wird. Durch die Einbeziehung des erwähnten R-Faktors erhöht sich der Cash-flow für den Staat nach fünfzehn Jahren allerdings drastisch. Bei höheren Ölpreisen und größeren Reserven hat das zur Konsequenz, daß der Staat bis zu 90 Prozent des Cash-flow für sich behält. Wichtig aber ist die Erkenntnis, daß die Staatsgesellschaft zunächst einmal eine lange Durststrecke zu überwinden hat.

Zugleich ist der Staat bei diesen Verträgen überproportional am Ölpreisrisiko beteiligt. Das heißt, die ausländische Gesellschaft hat die Priorität, um ihre Investitionen wieder einzuspielen. Je schlechter die Gewinnsituation infolge niedriger Ölpreise ist, desto später profitiert der Staat davon. Mit anderen Worten: Im Vergleich zu Konzessionsverträgen gehen die internationalen Gesellschaften hier ein geringeres Risiko als der betreffende Staat ein.

Wie steht es um die Exportmöglichkeiten? Die verschiedenen Optionen - nach Norden, nach Westen und nach Süden - wurden erwähnt. Natürlich sind wir außerordentlich daran interessiert, daß uns so viele Exportfazilitäten wie möglich zur Verfügung stehen, um die Exporte sicherzustellen. Aus diesem Grunde befürworten wir auch nicht, daß es nur eine Pipeline gibt - gleichgültig, wohin sie führt;-, sondern uns geht es um multiple Optionen. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang die Pipelines von Tengis nach Noworossijsk, von Baku nach Supsa und von Baku nach Noworossijsk. Auch die Swaps mit dem Iran wurden bereits genannt.

Wenn man alles zusammenrechnet und davon ausgeht, daß die Fördermengen nur allmählich gesteigert werden und nicht kurzfristig in einer großen Welle zu erwarten sind, muß man sich durchaus fragen, ob genügend Ölreserven nachgewiesen sind, um den Bau der Pipeline von Baku über die Türkei nach Ceyhan zu rechtfertigen, oder ob die angesprochenen Alternativen und deren Aufbaukapazitäten für die nächsten sieben oder acht Jahre nicht ausreichen, um die anfallende Ölmenge aus dem kaspischen Bereich zu exportieren.

Zu dieser Diskussion gehört auch der Themenbereich Bosphorus. Wenn man in Supsa oder Noworossijsk das Öl per Tanker befördert, besteht immer ein Umweltrisiko für den Bosphorus. Mittlerweile stehen auch da eine Reihe von Alternativen zur Diskussion. Die Rumänen beispielsweise überlegen zusammen mit einer italienischen Gesellschaft, ob man nicht mit einer Pipeline von Rumänien aus eine Verbindung zu den zentral- und westeuropäischen Pipelinesystemen schaffen sollte. Damit könnte der Bosphorus umgangen werden.

Die Diskussion um die Pipelines ist also noch lange nicht beendet. Wenn man aber eine Pipeline von Baku nach Ceyhan bauen will, müßte man bei den gegebenen Vorlaufzeiten schon im Laufe dieses Jahres zu einer Entscheidung kommen. Hier ist somit ein gewisser Zeitdruck gegeben. Bei unserem heutigen Wissensstand bin ich mir allerdings nicht sicher, ob wir für eine solche Entscheidung bereits genügend Daten haben.

Kurzfristig gesehen ist sicherlich der Weg über den Iran möglich, von Baku nach Täbris, eine Verbindung in das iranische Pipelinesystem zu den iranischen Raffinerien mit entsprechenden Swaps im Persischen Golf. Das sind Optionen, die heute technisch zur Verfügung stehen. Hier ist die Politik gefordert, um eine solche Möglichkeit zu eruieren.

Lassen Sie mich meine Ausführungen in drei Punkten zusammenfassen:

1. Es gibt sehr viel Potential, das exploratorisch noch nachgewiesen werden muß. Der kaspische Raum hat ohne Zweifel eine große und lange Zukunft vor sich. Ich gehe davon aus, daß die Entwicklung langsamer verlaufen wird, als es technisch möglich wäre. Das wird sich auf den Cash-flow, der im Land zur Verfügung steht, negativ auswirken.

2. Für ein langfristiges Funktionieren sind auf regionaler Basis verlässliche Rahmenbedingungen erforderlich. Das seitens der Industrie aufzubringende Kapital dürfte kein Hindernis sein. Aber die Politik muß verlässliche Rahmenbedingungen gewährleisten.

3. Während der nächsten zehn, fünfzehn Jahre müssen wir davon ausgehen, daß ein erheblicher Teil der Weltölvorkommen im Bereich des Persischen Golfs liegt. Wenn wir nicht erneut von dieser Region abhängig werden wollen, sind wir gut beraten, die Entwicklung der kaspischen Region gemeinsam sicherzustellen, damit alle Beteiligten gewinnen und die in dieser Region vorhandenen Reserven in unser aller Interesse erschlossen werden.

Meyer-Landrut

Die beiden Einführungsstatements von Herrn Adams und Herrn Haseldonckx haben sich sehr gut ergänzt. Vielleicht kann Herr Zazirny von Lukoil aus russischer Sicht noch einige Aspekte hinzufügen.

Zazirny

Ein wichtiger Punkt in dieser Diskussion ist die Frage, ob sich die Investitionen hier lohnen oder nicht. Lukoil ist bereits an vier Konsortien beteiligt. Wir haben schon mehr als zweihundert Millionen Dollar investiert. Die Frage, ob wir hier investieren sollen oder nicht, ist also für uns längst beantwortet. Es wurden zudem Verträge für zehn Konsortien unterzeichnet. Dabei geht es um Reserven von 500 bis 600 Millionen Tonnen. Die geologischen Bedingungen sind bei uns sicher etwas schlechter, aber das sind technische Schwierigkeiten, mit denen wir fertig werden.

An dem Karabach-Konsortium sind wir mit etwa 35 Prozent beteiligt, also ein recht großer Anteil. Erdöl haben wir dort bislang nicht gefunden und auch Gas nicht so viel, daß man von einer wirtschaftlich lohnenden Entdeckung sprechen könnte. Das zeigen jedenfalls erste Probebohrungen. Aber wir werden weiter investieren; denn die Perspektiven für diese Region sind eindeutig positiv mit der Aussicht, neue Ölvorkommen zu entdecken. Wir werden weiter in die Tiefe gehen.

Wir wollten in Aserbaidschan eine Bohrung durchführen, aber hier gab es technische Schwierigkeiten. Deshalb haben wir nicht die erhofften Ergebnisse erzielt. Ich denke aber, mit Hilfe der neuesten Technologien werden wir auch hier weiterkommen. Wir arbeiten bereits mit einem ausländischen Partner, nämlich der Chinesischen Nationalen Ölgesellschaft (CNPC) zusammen.

Auch wenn die bislang erzielten Resultate nicht unseren Erwartungen entsprechen, setzen wir auf erfolgversprechende zukünftige Entwicklungen. Möglicherweise sind wir erst bei jeder sechsten Bohrung erfolgreich und nicht schon bei der ersten. Aber das ist kein Grund zur Panik. Wenn man nichts riskiert, gewinnt man auch nichts. Ich kann also potente Geldgeber nur ermuntern, hier zu investieren.

Meyer-Landrut

Natürlich ist die Situation nicht ganz einfach, wenn der Einsatz vor Ort sich nicht gleich in barer Münze auszahlt. Aber die grundsätzlichen Voraussetzungen sind offenbar nicht schlecht. Die Exploration kommt voran, und irgendwann wird auch das Geld in die Region fließen.

Morishita

Herr Goulizade hat zu Beginn gesagt, Japan sei für Aserbaidschan, was die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen angeht, eines der wichtigsten Länder. Itochu Oil Exploration Co., Ltd. ist an bedeutenden Explorationsprojekten in Aserbaidschan beteiligt, zum Beispiel an den Konsortien AIOC und NAOC. Der AIOC besteht, wie Sie wissen, aus zwölf Unternehmen aus acht Ländern. Unter der hervorragenden Leitung von Terry Adams, dem vormaligen Präsidenten des AIOC, hat das Konsortium seit seiner Gründung vor über vier Jahren sehr erfolgreich gearbeitet.

Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Aserbaidschan und Japan haben seit dem Japan-Besuch von Präsident Heydar Alijew im Februar dieses Jahres große Fortschritte gemacht. Präsident Alijew hat bei dieser Gelegenheit der japanischen Regierung und der japanischen Wirtschaft die Bedeutung Aserbaidschans für die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen unterstrichen. Mit

anderen Worten: Jedes der beiden Länder verfügt über etwas, das dem anderen fehlt. Während es in Aserbaidschan natürliche Ressourcen wie Öl und Gas gibt - die wir nicht haben;- , verfügt Japan über die finanziellen und technologischen Ressourcen. Aus diesem Grunde bin ich sicher, daß in unseren beiden Ländern ein erhebliches Potential besteht, um ihre wirtschaftlichen Beziehungen auszubauen.

Die Hauptrichtung unserer Zusammenarbeit liegt bei Ölexplorationsprojekten. Im Februar dieses Jahres hat zum Beispiel unsere Gesellschaft zusammen mit ICEP (Information Center for Petroleum Exploration and Production) eine Delegation aus Aserbaidschan nach Japan eingeladen, und zwar zu technischen und wirtschaftlichen Seminaren über die Ölindustrie in Aserbaidschan. Die Delegation hat den Teilnehmern klargemacht, daß man den Investitionen in die kaspische Ölexploration mehr Aufmerksamkeit schenken sollte.

In einem nächsten wichtigen Schritt soll die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf verschiedenen Feldern zwischen Japan und Aserbaidschan vertieft werden. Dazu sollte die Errichtung von Kraftwerken, die Modernisierung von Krankenhäusern, Programme in der Landwirtschaft und so weiter gehören. Diese Projekte werden finanziell im Rahmen der OECD und durch andere Förderungen seitens der japanischen Regierung unterstützt und dienen dem Ziel, die soziale Infrastruktur in Aserbaidschan zu verbessern.

Ich bin davon überzeugt, daß die vorerwähnten Maßnahmen für beide Länder von Vorteil sind

Erler

Die nüchterne und kenntnisreiche Bestandsaufnahme, wie wir sie hier von Herrn Adams und Herrn Haseldonckx gehört haben, unterscheidet sich doch sehr von den aufgeregten Spekulationen, die uns die Medien in der Regel vermitteln. Dennoch bleiben einige Fragen zur Politik und Strategie der internationalen Mineralölkonzerne in dieser Region.

Erst ins. Sind die offenbar recht beschränkten Gewinnerwartungen, von denen die Rede war, nicht zuletzt auch eine Botschaft an die Shareholder? Mit anderen Worten: Soll mit solchen Aktivitäten, wie sie hier vorgenommen werden, auch der Wert der eigenen Aktien gesteigert werden?

Zweitens. Will man sich bestimmte Vorkommen sichern, um in einer Region mit potentiellen Energieressourcen eine gewisse Kontrolle ausüben zu können? In welchem Zusammenhang steht dies mit anderen Ressourcen in der Welt? Das heißt, in welchen anderen erfolgsversprechenden Weltregionen sind Sie ebenfalls aktiv?

Drittens. Geht es bei den Aktivitäten der Mineralölgesellschaften möglicherweise auch darum - wie wir das vom Schicksal der Industrien in den neuen deutschen Bundesländern kennen;- , eine Förderung in der kaspischen Region zu regulieren, um auf diese Weise ein Überangebot zu verhindern? Kann es sein, daß man Konsortien bildet, die nicht unbedingt das Ziel verfolgen, zusätzliche Ressourcen auf einen zur Zeit eher an einem Überangebot leidenden Weltmarkt zu bringen?

Viertens. Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Pipelines fehlte ein Hinweis, welche Nachfrage überhaupt zu erwarten ist. Es ist ja nicht nur eine technische Frage, ob man die Outlets aus dieser Region in Richtung Westen oder in Richtung Süden organisiert, sondern dabei geht es auch um die Entwicklung der Nachfrage. Wo erwarten Sie künftig auf dem Weltmarkt weitere Nachfrage - im europäischen Raum, den man über das Mittelmeer bedienen kann, oder eher im asiatischen Raum?

Fünftens hätte ich mir zum Iran deutlichere Worte gewünscht. Ich habe Sie so verstanden, Herr Haseldonckx, daß aus technischen wie aus ökonomischen Gründen für die Mineralölgesellschaften die Nutzung des iranischen Pipelinesystems am günstigsten wäre, weil es bereits vorhanden ist und weil es leistungsfähige Raffineriekapazitäten etwa im Raum Täbris gibt. Außerdem stellen die Swap-Möglichkeiten eine sehr kostensparende Alternative dar, und schließlich bietet die Umleitung des iranischen Pipelinesystems für größere Ressourcen auch Exportchancen auf die asiatischen Märkte. Wenn diese Beschreibung zutrifft, hätten wir die Situation, daß die aus der Sicht der Ölgesellschaften ökonomisch attraktivste Möglichkeit politisch blockiert ist.

Haga

Ich stimme Herrn Adams voll zu, was er über die beeindruckende Leistung Aserbaidschans in den letzten zwei Jahren gesagt hat. Etwas erstaunt bin ich indes, daß sich in Ihrer Risikoliste kein Hinweis auf innere Unruhen und Schwierigkeiten findet.

Mein Eindruck ist, daß die Ölindustrie in Aserbaidschan in einer Art Nische arbeitet mit einigen wenigen Akteuren. Was dagegen nicht geschieht, ist eine generelle Entwicklung der Industrie, die der Bevölkerung insgesamt zugute käme. Vielleicht ist diese Erwartung noch ein wenig zu früh. Aber dessen ungeachtet haben wir es hier mit einem armen Land zu tun, dessen ökonomische Indikatoren momentan positiv sind, während einige soziale Indikatoren in eine falsche Richtung deuten. Dies wiederum muß im Zusammenhang gesehen werden mit der Tatsache, daß die Institutionen hier nicht gerade demokratisch sind. Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, könnte sich eine Situation ergeben, in der soziale Unruhen die Folge wären.

Ich frage mich manchmal, ob das Ölgeschäft für Norwegen wirklich ein solcher Segen gewesen ist. Es wäre für mich natürlich problematisch, das in Frage zu stellen. Wenn wir jedoch über das erfolgreiche norwegische Modell sprechen, dann liegt dieser Erfolg wohl nicht zuletzt darin, daß wir in der Lage waren, den Reichtum aus dem Ölgeschäft umzuverteilen. Eben deshalb bin ich ein wenig besorgt, wenn ich mir einige Entwicklungen in dieser Region anschau.

Von daher wende ich mich an die Unternehmensvertreter hier. Im gegenwärtigen Entwicklungsstadium, in dem sich Aserbaidschan befindet, stellen die Ölgesellschaften mit ihren umfangreichen Investitionen zweifellos einen Machtfaktor dar. Meine Frage ist: Welchen Beitrag können die Unternehmen leisten, damit in diesem Land ein stabiles soziales Umfeld entsteht? Welche sozialen Verpflichtungen sind die Unternehmen zu übernehmen bereit? Könnte es zu ihrem Unternehmensprofil gehören, eine deutliche soziale Verantwortung zu zeigen? Und sind sie willens, die hiesige Regierung zu drängen, politische Maßnahmen zu ergreifen, die ein klares soziales Profil aufweisen?

Wittebrood

Ob das Öl Segen oder Fluch bedeutet, mag man bei Ländern wie Großbritannien, Holland oder! Norwegen diskutieren. Ich meine, das Öl kann durchaus ein Segen sein, wenn die Bedingungen für Exploration, Förderung und Transport in Ordnung sind und es entsprechende gesetzliche Bestimmungen gibt. Deshalb versucht die Europäische Union, in Aserbaidschan und in Kasachstan geeignete rechtliche Standards einzuführen, damit der Energie- oder Ölmarkt entsprechend funktioniert.

Ich halte es beispielsweise für wichtig, kommerzielle und rechtliche Gegebenheiten strikt zu trennen, was in den hiesigen Ländern keineswegs geschieht. Vielmehr liegt hier alles in denselben Händen, und das begünstigt weder die Marktverhältnisse noch sichert es die notwendige Transparenz. Dabei denke ich etwa an die Korruption.

Das Öl wird also dann ein Segen sein, wenn die richtigen Rahmenbedingungen vorhanden sind. In dem Zusammenhang möchte ich Herrn Adams und Herrn Goulizade fragen, wie es denn um das Investitionsklima in Aserbaidschan steht. Man mag einen Vertrag abschließen und auch die Unterschrift von Präsident Alijew haben, aber letztlich geht es darum, daß man sich mit Regierungs-, Kontroll- und Exekutivbehörden auseinandersetzen muß, die den Unternehmen häufig täglich die Tür einlaufen. Über solche Behinderungen 'klagen die privaten Unternehmen in Aserbaidschan. Und in den Ländern Zentralasiens und im Südkaukasus wird die Situation nicht viel anders sein. Das heißt, die rechtlichen Rahmenbedingungen sind für eine moderne Wirtschaft außerordentlich wichtig. Deshalb meine Frage: Welche Erfahrungen machen Sie hier im Alltag, nachdem ein Vertrag unterschrieben ist und Sie vor Ort aktiv werden?

Noch eine Bemerkung zur Frage der Diversifizierung, die für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung wichtig ist. Wenn ich richtig informiert bin, besteht in der Tat ein Risiko, wenn man sich zu sehr auf einen Sektor konzentriert, was zu Lasten der nationalen Währung geht und den Handel und die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt. Die Folge könnte zum Beispiel sein, daß es billiger ist, Agrarprodukte etwa aus der Türkei zu beziehen' als sie vor Ort zu produzieren. Damit wird aber ein Teufelskreis in Gang gesetzt, der schließlich die Abhängigkeit vom Energiesektor zum Schaden der anderen Sektoren verstärkt, so daß man um so verwundbarer bei Veränderungen auf dem Weltölmarkt wird. Für ein Land wie Aserbaidschan ist die Diversifizierung deshalb lebensnotwendig. Das gilt entsprechend für die zentralasiatischen und kaukasischen Länder genauso, wenn es darum geht, eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu gewährleisten.

Schließlich zur ökologischen Frage, die den kaspischen Raum in besonderer Weise betrifft, weniger die Ölplattformen als vielmehr die transkaspische Pipeline, die auf dem Meeresboden verläuft und die beispielsweise durch Erdbeben oder durch menschliche Verursacher ein großes Risiko darstellen kann. Das kann zum einen enorme Umweltschäden zur Folge haben, zum anderen wären aber auch

Reparaturen sehr schwierig. Ich frage mich, ob das eine reale Befürchtung ist oder ob das gezielt politisch ins Feld geführt wird, und zwar von Gruppierungen, die nicht an der transkaspischen Pipeline beteiligt sind.

Schütterle

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion bestand die strategische Aufgabe des Westens darin, den Nachfolgestaaten bei der Entwicklung ihrer nationalen Souveränität und bei der Einführung einer marktwirtschaftlichen Ordnung zu helfen. Die Erfahrung des Westens zeigt, daß eine funktionierende marktwirtschaftliche Ordnung transparente rechtliche Rahmenbedingungen, klare Gewaltenteilung und Funktionstrennung zwischen Markt und Politik voraussetzt.

Die aserbaidjanische Regierung bemüht sich gegenwärtig erfolgreich, ausländische Investoren ins Land zu holen, um die Energievorkommen zu nutzen. Das geschieht mit Hilfe von Einzelverträgen, die Gesetzeskraft erhalten. Auf diese Weise lassen sich aber unmöglich alle Fragen und Probleme regeln, so daß, wie Herr Wittebrood sagte, anschließend detaillierte Verwaltungsregeln zur Ausführung notwendig sind. Ich halte es jedoch für wesentlich effizienter, hier eine allgemeine gesetzliche Grundlage zu schaffen, die auf jeden künftigen Einzelfall anzuwenden ist, und zwar ohne Ansehen der Größe eines Investors.

Die Energieressourcen eines Landes werden oft benutzt, um dessen Position im internationalen Konzert der Mächte hervorzuheben. Bei ihrer Nutzung sollte es aber immer primär darum gehen, die Grundbedürfnisse der Volkswirtschaft und der Bevölkerung zu befriedigen. Wenn etwa in Georgien der Strombezug im Winter immer noch auf sechs Stunden beschränkt ist, zeigt dies wirtschaftliche Instabilität und wohl auch soziale Friktionen an. Mittels einer Pipeline als Devisenbringer kann man sicher nicht alle Probleme mit einem Schlag lösen. Herr Vydrin hat deshalb zu Recht daraufhingewiesen, daß Georgien unbedingt die eigene Energieversorgung durch die Nutzung etwa der Wasserkraft ausbauen muß.

Man sollte das nationale Energiepotential nicht nur durch große Ölgesellschaften international vermarkten lassen, sondern auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen, um eine wettbewerbsorientierte Marktwirtschaft aufzubauen, in der dann auch Investitionen in andere Bereiche der Energieversorgung fließen und der eigenen Bevölkerung zugute kommen.

Stürmer

Wenn wir über den kaspischen Raum sprechen, sollten wir in der Tat mit den Ölpreisen beginnen; denn ein Markt wird durch Preise reguliert und geprägt. Wir haben gegenwärtig eine Preisbaisse, von der niemand weiß, wie lange sie dauern wird. Wenn sie länger andauert, ist dies vermutlich äußerst belastend, weil wir dadurch, besonders der Westen, animiert werden, weiterhin kräftig Öl zu verschwenden, während es gleichzeitig immer weniger lohnt, die geringfügigen Ölvorkommen, über die wir im Westen verfügen, zu nutzen. Das' heißt, die Nachfrage nach Öl aus sicheren Gebieten nimmt ab, während unsere Abhängigkeit von Öllieferungen aus unsicheren Gebieten immer größer wird. Das wird seit langem von der Internationalen Energieagentur vorhergesagt. Durch die gegenwärtige Preisentwicklung wird dieser Prozeß noch beschleunigt. Das ist aber eine ungesunde Entwicklung, zumal wir dadurch immer mehr von einer Region abhängig werden, die geradezu der Inbegriff fehlender Stabilität und hoher Risiken ist.

Diese Risiken kann man am Leiden des nahöstlichen Friedensprozesses genauso ablesen wie an der starken militärischen Präsenz der Amerikaner. Man muß sich nur die Hearings im amerikanischen Kongreß anhören, um diese Dinge etwas ernster einzuschätzen, als das in Deutschland geschieht, wo man grundsätzlich eine Abneigung dagegen hat, schlechte Nachrichten, insbesondere solche geopolitischer Art, zur Kenntnis zu nehmen. Man hofft vielmehr, daß durch rechtzeitiges Beschwichtigen und die Gewährung von Entwicklungshilfe alles zurechtgebogen wird.

Im Nahen Osten lassen sich die Probleme aber nicht mehr kleinreden. Eine Intifada in Israel könnte jederzeit wieder ausbrechen, und sie würde dieses Mal sicherlich andere Formen annehmen als das letzte Mal. Das würde sich zweifellos auf das gesamte politische Umfeld auswirken. Oder denken Sie an ein Land wie Bahrein, dessen Stabilität nicht eben groß ist, das aber die Basis für die amerikanischen Streitkräfte im Nahen Osten bietet. Die Saudis sind so unsicher, daß sie es nicht mehr wagen, diejenige Kraft, die sie stabilisiert, nämlich die Amerikaner, im eigenen Lande auch nur vorzuzeigen.

Das alles sind Symptome, die man in die Sicherheitsgleichungen einbeziehen muß. Von daher ist aber ein niedriger Ölpreis das falsche Signal. Doch darauf können offenbar weder die OPEC, noch die Europäische Union oder einige aufgeklärte Regierungen Einfluß nehmen.

Wir sollten uns klarmachen, daß das, was sich in dieser Region tut und was für die Weiterentwicklung der Länder äußerst wichtig ist, uns möglicherweise in eine Falle führt, wenn der Ölpreis nicht steigt, wofür ich gegenwärtig keinen rechten Grund zu erkennen vermag. Ich denke im Gegenteil, der zu niedrige Ölpreis kann sich noch lange halten. Die Folge wird sein, daß wir statt des norwegischen Öls immer mehr aus dieser unsicheren Region beziehen.

von Ploetz

Nur einige Anmerkungen: Die Diskussion trennt, was den Energietransport angeht, nicht klar genug zwischen Öl und Gas; hier gelten jeweils unterschiedliche Bedingungen.

Herrn Stürmers Klage, wir hätten nur eine Gutwetter-, aber keine Schlechtwetterstrategie, ist nur teilweise berechtigt. Wir ziehen durchaus Krisenszenarien ins Kalkül, derzeit etwa im Kosovo. Herr Yigitgüden meinte dazu, die Türkei würde es begrüßen, wenn dort die NATO eingreifen und eine polizeilich-militärische Ordnungsfunktion ausüben würde. Über ein entsprechendes UN-Mandat wird gegenwärtig diskutiert. China ist dagegen, Rußland lehnt jedes Vorgehen ohne UN-Mandat ab. Mit derartigen Vorbehalten müssen wir auch bei anderen Szenarien rechnen. Aber ich folge Herrn Stürmer insoweit, als die derzeitige Phase des Übergangs der internationalen Ordnung Defizite an Handlungsfähigkeit der internationalen Staatengemeinschaft erkennen läßt, was ihre Instrumente zur Krisenverhütung und -bewältigung angeht.

Im kaspischen Raum konzentrieren wir uns im Augenblick vornehmlich auf Neutralisierung möglicher großer strategischer Risiken. Unsere Politik gegenüber Rußland richtet sich auf die Wahrung und Festigung eines kooperativen gutnachbarlichen Verhältnisses und einer strategischen Partnerschaft, durch die der militärische Faktor als gewichtiges Element in unseren Beziehungen so weit wie möglich ausgeschaltet wird. Ist diese Rußland-Strategie erfolgreich, wird es die strategische Lage in der kaspischen Region maßgeblich stabilisieren helfen. Was aber, darauf zielt Herrn Stürmers Frage, wenn Rückschläge auf dem schwierigen Weg zu diesem Ziel erfolgen? Für solche Fälle brauchen wir eine Art strategische Rückversicherung als Ergänzung einer Politik, die unsere Interessen umfassend wahren soll. Damit ist zwar die völlige Verhütung von Krisen und Konflikten in der kaspischen Region nicht gewährleistet, die Weichen sind aber klar in Richtung Krisenverhütung gestellt.

Ich erinnere an die Charta der KSZE für das neue Europa, die Pariser "Hausordnung im europäischen Haus". Aserbaidschan und die anderen Staaten der Region sind Mitglieder der KSZE, heute heißt sie OSZE. Ihre Mechanismen bewähren sich im Bereich der sogenannten "soft security" besser, als die Öffentlichkeit wahrnimmt. Allerdings nimmt ihre Wirksamkeit in dem Maß ab, wie eine Krise in militärischen Kategorien eskaliert. Die weitere Entwicklung etwa in der Kosovo-Krise wird uns hoffentlich voranbringen in dem Sinn, daß die konfliktverhütende oder -begrenzende Handlungsfähigkeit der internationalen Staatengemeinschaft - jedenfalls auf dem europäischen Kontinent - nachhaltig gestärkt wird, bei vollem Respekt vor den Prinzipien und Zielen der Vereinten Nationen.

Müller

Herr von Ploetz sagt zu Recht, daß wir beim strategischen Denken ohne Worst-case-Szenarien nicht auskommen. Das gilt sicher auch für diese Region. Was die weltweite Energieversorgung angeht, so ist in den letzten zwanzig Jahren sehr viel getan worden, um die Versorgungssicherheit zu verbessern. Dabei hat sich zweifellos die sinkende Nachfrage positiv im Sinne der Preisreduzierung ausgewirkt. Vor allem ist es aber gelungen, den internationalen Ölmarkt tatsächlich zu globalisieren. Das heißt, über den Zugang zum Öl entscheiden nicht mehr irgendwelche Einflußzonen, sondern heute kann jeder Öl kaufen, beispielsweise in Rotterdam, wenn er den gängigen Weltmarktpreis bezahlt. Das hat zur Versorgungssicherheit entscheidend beigetragen.

Unter diesem Aspekt muß es uns auch im kaspischen Raum vor allem darum gehen, daß diese Region in den Weltölmarkt unter wirtschaftlichen Kriterien integriert wird. Frau Haga hat besonders daraufhingewiesen, daß die innere Entwicklung dieser Länder viele Risikofaktoren enthält. Deshalb sollten wir dazu beitragen, daß sich hier marktgerechte Bedingungen entwickeln. Dazu gehört vor allem die Schaffung eines Rechtsrahmens, der Investoren und Käufern Rechtssicherheit garantiert.

Dies ist in der Tat eine genuin politische Aufgabe. In dem Zusammenhang möchte ich Herrn Goulizade fragen, wie Aserbaidschan beispielsweise die Bemühungen der Europäischen Union, beim Aufbau rechtsstaatlicher Verhältnisse zu helfen, aufnimmt, die ja auch die hiesigen Entscheidungsträger binden würden.

Ich denke, dies wäre der richtige Weg; denn die andere Alternative, die Herr Stürmer erwähnt, die weltweite Versorgungssicherheit durch amerikanische Militärpräsenz zu gewährleisten, wie das etwa in der Golf-Region geschieht, führt sicher in die falsche Richtung.

Rahr

Herr von Ploetz hat die Unterschiede bei Öl und Gas angesprochen, und in der Tat herrschen in der kaspischen Region beim Gas sowohl politisch wie auch wirtschaftlich ganz andere Bedingungen als beim Öl. So ist Rußlands Position auf dem Gasmarkt in der Region viel stärker als auf dem Ölmarkt. Das betrifft insbesondere das Gastransportsystem, das von Rußland weit mehr dominiert wird als die Ölpipelines. Turkmenistan exportiert zwar auch Gas, wird aber von Rußland derart isoliert, daß die Amerikaner im letzten Jahr ihr stillschweigendes Einverständnis zum Bau einer Gaspipeline von Turkmenistan über den Iran gegeben haben, um Aschchabad den Weltmarkt zu öffnen.

Auf dem hiesigen Gasmarkt hat die russische Gazprom zweifellos die vorherrschende Stellung inne; und hat selbst mit China mehrere Verträge über eine Zusammenarbeit abgeschlossen. Es gibt darüber hinaus Pläne, in den nächsten Jahren den türkischen Markt zu beliefern und von dort aus den Nahen Osten einschließlich Israel mit Gas zu versorgen. Dabei ist die Rede von einer Gaspipeline, die über Georgien nach Armenien und von dort weiter in die Türkei führt. Das heißt, auch Armenien wäre hier involviert, ein für Aserbaidschan politisch höchst brisantes Thema.

Wenn man, wie Herr Haseldonckx sagte, im aserbaidischen oder im kasachischen Sektor mehr auf Gas als auf Öl stößt, worin liegt der Unterschied? Die technischen Bedingungen einschließlich des Transportes sind beim Gas sicher andere als beim Öl. Was mich hier jedoch in erster Linie interessiert, sind die politischen Implikationen für die Region, wenn mehr Gas als Öl gefunden wird und damit Rußland an Einfluß gewinnt. Würde das die amerikanische Position hier schwächen, oder welche andere strategische Konstellation würde sich dann ergeben?

Ich möchte auch nicht unerwähnt lassen, daß im Bereich des Aralsees Öl- und Gasfunde registriert wurden. Dort sind westliche Gesellschaften bisher nicht aktiv geworden, sondern chinesische und japanische Firmen bewerben sich da um Explorationsrechte.

Yigitgüden

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß die Türkei im Energiebereich zunehmend ein interessanter Partner geworden ist. So wächst unser Bedarf an elektrischer Energie derzeit jährlich um zehn Prozent, eine der weltweit höchsten Zuwachsraten. Ähnlich verhält es sich beim Rohöl- und Erdgasverbrauch. In den vergangenen Jahren lag unser Rohölbedarf bei 30 Millionen Tonnen, der bis zum Jahre 2010 auf über 50 Millionen Tonnen ansteigen wird. Und beim Erdgas erwarten wir Anfang des nächsten Jahrhunderts geradezu eine Nachfrageexplosion. Der heutige Verbrauch von jährlich 10 Milliarden Kubikmetern wird sich bis zum Jahre 2010 auf etwa 53 Milliarden Kubikmeter erhöhen.

Wichtig ist der Hinweis, daß die Verbraucher in der Türkei zu marktüblichen Preisen kaufen. Das macht die Türkei für Energielieferanten besonders interessant. Wir befinden uns da in einer strategisch wichtigen Position, was besonders im Hinblick auf künftige Pipeline-Projekte von hohem Interesse ist. Hinzu kommt die einzigartige Situation mit dem Tiefseehafen Ceyhan, der, wie ich bereits erwähnt habe, für die beiden anderen internationalen Pipelines aus dem Irak mit 83 Millionen Tonnen von hoher Bedeutung ist und vor allem für Großraumtanker an 365 Tagen im Jahr zur Verfügung steht. Das verleiht diesem Tiefseehafen eine außerordentlich wichtige Position, wie der Präsident von Lukoil vor kurzem in New York bestätigt hat.

Bezüglich der Pipelines haben wir sowohl Erdöl wie auch Erdgas berücksichtigt. Wenn man beides zusammen verlegt, hat das ökonomische Vorteile beim Bau und beim Betrieb. Bei der Vorbereitung der Rohöl-Pipeline Baku-Ceyhan ging es nun vor allem um den sicheren, zuverlässigen und umweltverträglichen Transport einer bestimmten Rohölmenge von Baku bis nach Ceyhan an der Mittelmeerküste. Diesen Anforderungen haben wir in jeglicher Hinsicht Rechnung getragen.

Auf der Grundlage der vielfältigen Kriterien wurden unterschiedliche Routen diskutiert. Die nunmehr gewählte Route ist etwa 1700 Kilometer lang, und die in Aussicht genommene Pipeline ist für eine Million Barrels ausgelegt. Der Start würde im Jahre 2003 erfolgen und zunächst mit 200.000 Barrels

pro Tag beginnen, die bis zum Jahre 2008 auf eine Million Barrels pro Tag gesteigert werden sollen. Wir haben uns natürlich auch um die wirtschaftlich effektivste Lösung für die Investitionen und den Betrieb bemüht. Deshalb sind die kalkulierten Betriebskosten in unserem Konzept auch entschieden niedriger, als sie vom Konsortium angegeben werden. Ein wichtiger Faktor ist des weiteren, daß wir uns beim Pipelinebau an den Standards orientieren, wie sie in Nordamerika und in anderen Teilen der Welt gelten. Insofern entsprechen auch die kalkulierten Preise denen für internationale Projekte im allgemeinen.

Auch Gaspipelines werden in der Türkei gebaut. Gerade gestern haben wir eine 1200 Kilometer lange Gaspipeline in Auftrag gegeben. Für das Baku-Ceyhan-Projekt kalkulieren wir einen Preis, der durchaus konkurrenzfähig sein dürfte, obwohl wir in dieser Region einem starken Konkurrenzdruck ausgesetzt sind. Aber letztendlich sind es die Unternehmen und die ölproduzierenden Länder, die darüber entscheiden müssen, in unserem Falle also Aserbaidschan und Kasachstan.

Erler

Herr Yigitgüden, die Zahlen, die Sie für die Türkei im Öl- und Gasbereich nennen, übersteigen selbst die optimistische Annahme Ihres nationalen Verbrauchs, die bereits sehr hoch ist. Beabsichtigt die Türkei, sich neue Märkte per Transit zu erschließen, beispielsweise auf dem Balkan?

Yigitgüden

Beim Gas liegen wir, was die festabgeschlossenen Verträge angeht, immer noch unter den erwarteten Verbrauchsschätzungen. Für das Jahr 2010 haben wir bisher 45 Milliarden Kubikmeter Gas unter Vertrag, während der erwartete Verbrauch bei 53 Milliarden Kubikmetern liegt. Wir gehen davon aus, daß die geographische Lage der Türkei vielen Ländern bei der Diversifizierung ihrer Öl- und Gasbezüge helfen kann. Das gilt sowohl für europäische als auch für bestimmte Länder im Nahen Osten.

Rumer

Mindestens einige der Gas-Kontrakte, die von der Türkei unterzeichnet wurden, sind wohl eher Absichtserklärungen als Verträge. Da bestehen vielleicht Unklarheiten, Herr Yigitgüden.

Herr Rahr hat die Bedeutung von Gazprom im kaspischen Raum erwähnt. Gazprom befindet sich in einer recht schwierigen Situation, weil die russische Regierung das Unternehmen weiterhin als den größten Steuerzahler sieht. Das ist insofern ein Problem, als Gazprom sicher Schwierigkeiten haben wird, das notwendige Kapital für solch ambitionöse Investitionen, wie das Pipeline-Projekt unter dem Schwarzen Meer, aufzubringen.

Dennoch hat Gazprom im kaspischen Raum und auch im Kaukasus verschiedene Möglichkeiten, sich an Projekte anzuhängen, die derzeit als Teil des eurasischen Transportsystems in der Planung sind. Das betrifft auch die Pipeline von Turkmenistan nach Baku, die dann durch die kaspische Region in die Türkei fortgeführt wird. Eine Reihe von Unternehmen, insbesondere Technikfirmen, haben ihr Interesse angemeldet - ich nenne nur Bechtel und Enron. Gazprom könnte möglicherweise seine vorhandenen Netzwerke in Südrußland mit der Pipeline verbinden, die den Kaukasus durchquert und mit relativ geringem Aufwand den türkischen Markt erreicht.

Mir ist schon klar, daß die politischen Bedingungen nicht gerade günstig für das Projekt der kaspischen und transkaukasischen Pipeline sind. Aber es gibt bereits Pipelines, die quer durch Aserbaidschan und Armenien verlaufen und fast bis zur türkischen Grenze gehen. Es wäre also durchaus möglich, eine Gaspipeline zu bauen oder vorhandene Netze zu erneuern. Es gibt sicher auch Möglichkeiten zur regionalen Zusammenarbeit, um das Gas aus dem kaspischen Raum zu den sehr vielversprechenden Märkten in der Türkei zu leiten, und zwar mit relativ geringen Investitionen für eine neue Pipeline von vielleicht 200 bis 300 Kilometern Länge.

Gasteyger

Herr Stürmer ist offensichtlich besorgt über den niedrigen Ölpreis, der, wie er meinte, noch weiter sinken könnte. Das mag auf absehbare Zeit tatsächlich der Fall sein. Wir kennen die Gründe: relativ milde Winter und die Asienkrise, generell: eine merkliche Verlangsamung des Wirtschaftswachstums. Einige der Länder dort gehören zu den Hauptabnehmern von Öl. All dies wirkt sich natürlich auf den Ölpreis aus.

Wir sollten uns aber auch die andere Seite der Medaille ansehen. Es gibt nämlich auch vielerlei Anzeichen für eine steigende Ölnachfrage. Einige wurden bereits erwähnt; die mittelosteuropäischen Länder könnte man hinzufügen. Auch in Rußland wird in absehbarer Zeit der Öl- und Gasverbrauch wieder ansteigen. China wurde ebenfalls genannt, und wir sollten Indien nicht vergessen. Es gibt also eine ganze Reihe weiterer Länder, die als Konsumenten auf dem Markt erscheinen und in Zukunft sicherlich wichtige Verbraucher sein werden. Ein Land, das nicht als Verbraucher, aber als mögliches Transitland sehr wichtig werden könnte, ist Afghanistan. Das mag im Augenblick eine weit entfernte Perspektive sein. Dieses Land verfügt aber über eine hier wichtige geographische Lage für zumindest eine oder zwei Ölleitungen Richtung Indischen Ozean.

Eine der wichtigsten Veränderungen nach dem Ende des kalten Krieges ist zweifellos, daß das Öl nicht mehr als Waffe eingesetzt werden kann. Herr Müller hat daraufhingewiesen, daß heute praktisch jedem der Zugang zum Öl offen steht. Von daher ist es höchst unwahrscheinlich, daß Öl in einem Konfliktfall wiederum als Waffe dienen könnte. Das hat natürlich erhebliche Konsequenzen für eine Organisation wie die OPEC, die 1973 genau dies getan hat. Ich erwähne das nicht nur, weil sich die OPEC im sichtbaren Niedergang befindet. Falls sie nicht überhaupt verschwindet, wird sie zumindest als internationaler Akteur an Bedeutung verlieren. Ich habe Vertreter der OPEC gefragt, ob sie Aserbaidschan, Turkmenistan und Kasachstan gern als Mitglieder in ihren Reihen sähen. Die nicht überraschende Antwort lautete: nein, danke. Die Gründe sind klar: Die Aufteilung der Quoten unter die Mitglieder würde noch schwieriger und die ohnehin zerbrechlichen Strukturen noch komplizierter.

Eine Frage an Herrn Yigitgüden zum Verlauf der von ihm angesprochenen Pipeline: Würde diese in der Nähe kurdisch kontrollierter Gebiete verlaufen? In dem Falle würde das von Herrn Naumkin angesprochene Sicherheitsproblem akut. Was wir heute feststellen, ist die große Verwundbarkeit von Öltransporten und weniger die Verfügbarkeit von Öl. Da die Pipelines durch mehrere Länder verlaufen, sind sie besonders anfällig für Angriffe, vor allem dort, wo interne mehr als internationale Konflikte zu befürchten sind.

Yigitgüden

Man hat in der Türkei vier Routen untersucht. Eine der Trassen verlief ganz im Süden parallel zur irakischen und syrischen Grenze. Sie wurde aber nicht ausgewählt. Die Route, für die man sich entschieden hat, verläuft 350 Kilometer nördlich.

Ich möchte jedoch hinzufügen: Selbst zu der Zeit, als sich die terroristischen Aktionen auf dem Höhepunkt befanden, Ende der 80-er /Anfang der 90-er Jahre - dieses Problem ist heute gelöst;- , wurden die Öltransporte über die internationalen Pipelines nicht unterbrochen. Wir waren in der Lage, diese Pipelines zu akzeptablen Prämien zu versichern, und die türkischen Versicherungen konnten ihre Risiken im Ausland rückversichern.

Effimoff

Die Ressourcen im Kaspischen Meer wurden hier mit 100 bis 200 Milliarden Barrels angegeben. Wie kommt man auf diese Zahlen? Nun, man nimmt eine Reihe Techniker, Geologen, Geophysiker, Ingenieure und versorgt sie mit allen verfügbaren Daten über eine Fundstelle. Daraus erstellen sie dann ein geologisches Modell. Anschließend stellen sie ihre statistischen Kalkulationen an oder ziehen Analogieschlüsse aus anderen Feldern. Auf diese Weise kommen sie auf eine Zahl oder auf eine Bandbreite von Werten. Diese Werte beruhen also allein auf einer Extrapolation der zur Zeit verfügbaren Daten, und das sind für den kaspischen Raum insgesamt allenfalls nur zehn oder fünfzehn Prozent. Die genauen Zahlen wird man erst kennen, wenn alle Bohrungen erfolgt sind und das letzte Barrel gefordert wurde. Dann aber interessiert sich wahrscheinlich niemand mehr für die ursprünglichen Berechnungen.

Man muß also zunächst eine Vorstellung vom möglichen Umfang der Ressourcen entwickeln. Das dient verschiedenen Zwecken. Zum einen kann man auf diese Weise die eine Fundstelle mit der anderen vergleichen. Hier wurde mehrfach die Nordsee als Vergleichsmaßstab für den kaspischen Raum herangezogen. Zweitens hilft dies bei der strategischen Planung. Für taktische Überlegungen ist dies alles wenig nützlich, weil man jedes Projekt für sich bewerten und dafür jeweils besondere Parameter verwenden muß.

Terry Adams hat gesagt, daß es im kaspischen Raum um zwei oder drei "Nordseen" gehen könnte. Es ist also kein zweiter Naher Osten; vielleicht ein zweiter Irak, wenn es sich um 150 Milliarden Barrels handelt; vielleicht sind es auch nur 70 Milliarden Barrels, was dem Vorkommen in der Nordsee

entspricht. Ich meine, man sollte - trotz der gegenwärtig schlechten Ölpreise - auch mit einem Nordseevolumen zufrieden sein.

Lassen Sie uns einige sehr grobe Annahmen bezüglich der Kosten machen, die bei einer solchen Größenordnung anfallen könnten. Die Ölindustrie hat im Laufe der Jahre statistische Daten über die Kosten gesammelt, die vom Fund bis zur Entwicklung des Ölvorkommens entstehen. Die Zahlen liegen bei 2,5 bis 6 Dollar pro Barrel. Zunächst muß man das Öl finden - und dabei gibt es viele spezifische Aspekte. Wenn man es dann gefunden hat, muß man es entwickeln. Es bedarf keiner höheren Mathematik, um drei Dollar mit 100 Milliarden Barrels zu multiplizieren, um auf 300 Milliarden Dollar Kapital zu kommen, das für die Entwicklung benötigt wird. Im Höchstfalle sind es sechs Dollar, womit man bei 200 Milliarden Barrels auf 1,2 Billionen Dollar kommen würde. Das sind ja keine kleinen Summen, und es braucht Zeit, um ein solches Kapital zusammenzubringen. Die kaspische Region wird also nicht in einem Schritt entwickelt werden können. Das braucht Zeit und wird entsprechend langsam vor sich gehen. Da wird jeder seine eigenen Erfahrungen machen und dann entscheiden, wie er vorangehen will. Ich denke jedenfalls, wir werden etwa eine Billion Dollar benötigen, um die Ressourcen hier zu entwickeln, und das sollten wir im Hinterkopf behalten.

Des weiteren sollten wir nicht vergessen, daß es im kaspischen Raum vermutlich etwas teurer werden wird als anderswo in der Welt, weil hier die Infrastruktur so unzureichend ist. Es gibt nur sehr wenige Ölplattformen, die brauchbar sind, und die Gebäude sind in schlechtem Zustand, teilweise unbrauchbar. Wenn man die Infrastruktur betrachtet, die in Baku vorhanden ist - und die ist sicher im kaspischen Raum die am höchsten entwickelte;- , dann muß man schon historische Maßstäbe anlegen. In den USA sagt man: "Baku was a one-company-town", nämlich SOGAR. Für dieses eine Unternehmen reichte die Infrastruktur aus. Entsprechend wurden die Projekte verlangsamt oder forciert, je nachdem, wieviel an Infrastruktur verfügbar war. Inzwischen sind 10 oder 14 Kontrakte unterschrieben worden. Bei den meisten handelt es sich um Explorationskontrakte, die mit einer einzigen Plattform auskommen müssen, die modernisiert wurde und die ständig benutzt wird. Ab Mitte September wird eine weitere Plattform zur Verfügung stehen, und in ein bis zwei Jahren wird ein Jack-up fertig sein, der aber heute erst auf dem Reißbrett steht; ein zweites derartiges Gerät befindet sich im Iran.

Neben diesen 10 oder 14 Kontrakten in Aserbaidschan gibt es eine Reihe weiterer Kontrakte mit Turkmenistan und Kasachstan. Wie es um das russische Gebiet steht, weiß ich nicht genau. Insgesamt ist das aber sehr viel für diese äußerst begrenzte Infrastruktur, und der Infrastrukturbedarf ist ungeheuer. Gegenwärtig befindet sich das kaspische Becken noch im Explorationsstadium und die Industrie hat von den 100 bis 200 Milliarden Barrels vielleicht 10 Prozent identifiziert. Wir haben also noch einen langen Weg vor uns.

Wenn man eine Ölquelle entdeckt hat, muß man sie entwickeln; man muß Plattformen, Pipelines, Verarbeitungs- und Versorgungseinrichtungen erstellen. All das belastet die Infrastruktur zusätzlich. Sie werden sagen: Ist das denn überhaupt möglich? Die Antwort lautet eindeutig: Ja! Das ist früher möglich gewesen, etwa in der Nordsee Ende der 60-er/ Anfang der 70-er Jahre. Aberdeen war ein kleines Fischerdorf und hat sich über Nacht in einen Ölhafen verwandelt. Das heißt, es ist möglich.

Warum war die Industrie dort dazu in der Lage? Ein Grund war, daß die Investoren keine Angst hatten, in der Nordsee zu investieren, vermutlich weil sie sich auf vertrautem Gelände bewegten und sich wie zu Hause fühlten. Was verschaffte darüber hinaus Sicherheit? Es gab eine funktionierende Rechtsordnung, Vertragssicherheit und all die anderen Dinge, die ein Investor braucht, um sich bei seiner Investition sicher zu sein. Deshalb floß das Geld. Alle Nordseeanrainer haben davon profitiert, auch wenn einige dieser Profite, wie wir gehört haben, nicht so gewinnträchtig waren, wie sie es hätten sein sollen; dennoch war dies außerordentlich positiv für die ganze Welt, nicht nur für Westeuropa.

Ein Wort zu den Erklärungen von Herrn Yigitgüden zu den Pipelines. Er hat sich hier für die Verbindung Baku-Ceyhan sehr stark gemacht, und er hat damit zahlreiche Kommentare wiederholt, die in letzter Zeit von offizieller Seite der Türkei abgegeben wurden. Die meisten Erklärungen beziehen sich auf eine Studie, die von der deutschen Pipelineunternehmung PLA für die türkische Herstellungsfirma BOTAS erstellt und die von der Weltbank unterstützt wurde. Das soll in der Tat eine sehr, sehr interessante Studie sein, über die in der Presse und in Diskussionen immer wieder berichtet wurde. Aber bisher hat niemand diese Studie einsehen können. Es heißt, sie sei noch in Vorbereitung und nicht ganz fertig, beziehungsweise sie sei zwar fertig, aber noch nicht freigegeben. Jedenfalls wird daraus zitiert, und eine der interessantesten Schlußfolgerungen, die von türkischer Seite gezogen werden, ist, daß die Schätzungen, die viele von uns angestellt haben, was die Verbindung Baku - Ceyhan kosten wird - nämlich irgend etwas zwischen 2,5 und 4 Milliarden Dollar;- , wahrscheinlich

entschieden zu hoch seien. Es wird der Eindruck erweckt, daß die Verbindung für nicht mehr als 1,7 Milliarden Dollar gebaut werden kann.

Diejenigen von uns, die bisher keinen Zugang zu dieser Studie haben, würden sie gern einsehen, um beurteilen zu können, ob die Zahlen wirklich vergleichbar sind oder ob man da Äpfel mit Birnen vergleicht. Es gibt einige vage Einladungen nach dem Motto: "Ihre Techniker sollten einmal mit unseren Technikern darüber sprechen." Aber leider hat noch niemand den vollständigen Bericht gesehen. Wenn die Türkei wirklich dazu steht, daß dieses Projekt nur 1,7 oder 2,5 Milliarden Dollar kostet, wären sicherlich alle Ölgesellschaften begeistert dabei und würden sich mit Pennzoil verbinden und BOTAS ermutigen oder wer immer sonst den Bau für diesen Betrag schaffen will - mit dem Vorbehalt, daß die Tarife auf der Grundlage von 1,7 beziehungsweise 2,5 und nicht von 2,5 bis 4 Milliarden Dollar gerechnet werden.

Ich hoffe, Herr von Ploetz hat recht, als er sagte, diejenigen, die zahlen, müßten auch entscheiden. Mitunter haben wir in der Industrie das Gefühl, von anderen Gruppierungen, politischen oder sonstigen Erwägungen, genötigt zu werden, bestimmte Dinge zu tun, die für sie vorteilhaft sind. Mein Eindruck ist, daß es immer sehr leicht ist, Dinge mit anderer Leute Geld zu machen.

Was hat die Bevölkerung in Aserbaidschan zu erwarten, wenn das Öl sprudelt? Die Erwartung richtet sich auf sofortigen Wohlstand und darauf, daß über Nacht alle Übel verschwinden - alle sozialen, Bildungs- und Gesundheitsprobleme gelöst werden. Die Leute wollen teure Zigarren rauchen und von morgens bis abends Whisky trinken oder was sie sonst für wichtig halten. Diese Erwartungen gab es von Anfang an. Als 1994 der Jahrhundertkontrakt unterzeichnet wurde, hieß es, jetzt werde es losgehen - aber nichts geschah. Als die erste Ölquelle bei Chirag angebohrt wurde, meinte man: jetzt - aber nichts geschah. Als das erste Öl im letzten November floß: immer noch nichts. Die ersten Tanker verließen Novorossisk: nichts geschah. Es besteht ein großes Mißverhältnis, wie schnell die Segnungen der Ölfunde kommen werden.

Damit will ich nicht sagen, daß überhaupt keine Verbesserungen eingetreten sind. Wenn Sie das heutige Baku mit der Situation vor ein paar Jahren vergleichen, als hier eine chaotische Regierung herrschte, ein heißer Krieg um Nagornij-Karabach im Gange war und etwa eine Million Menschen - ein Siebtel der Bevölkerung - vertrieben wurden, dann sind in der Tat erhebliche Verbesserungen in Baku zu verzeichnen. Aber in den ländlichen Gebieten haben sich diese Verbesserungen kaum ausgewirkt, und das dürfte ein Problem sein. Sicher steht Aserbaidschan vor der Herausforderung, wie es mit der gegenwärtigen Situation fertig wird, aber die eigentliche Herausforderung wird in fünf bis zehn Jahren auf das Land zukommen, wenn das sprichwörtlich große Geld zu fließen beginnt.

Einige Leute mögen sagen: Was für ein angenehmes Problem! Aber wie wir gehört haben, kann sich der Ölboom gut oder schlecht auswirken. Wenn der Geldschwall nicht entsprechend behandelt wird, besteht die Gefahr, daß sich hier ein zweites Nigeria entwickelt. Wenn man vernünftiger vorgeht, kann es zu einer Art Norwegen werden. Man darf aber nicht so lange warten, bis das Geld fließt, sondern man muß jetzt Vorkehrungen treffen und sich schon heute Gedanken darüber machen, was dann geschehen soll. Man muß ein Bankensystem einrichten, das in der Lage ist, mit solchen Geldmengen umzugehen. Man muß ein Rechtssystem schaffen, das die Auseinandersetzungen um den Reichtum regelt. Die Industrie muß so weit privatisiert werden, daß das Geld tatsächlich in der Wirtschaft zirkulieren kann. Was besonders schlimm wäre, ist, wenn sich das Geld auf einige wenige Gruppen konzentriert, während der Rest der Bevölkerung leer ausgeht. Um für Stabilität zu sorgen, muß das Geld gleichmäßiger verteilt werden.

Ich weiß, daß die Europäische Union mit der Regierung von Aserbaidschan nicht nur in Haushaltsfragen zusammenarbeitet, sondern sich auch bemüht, einige gesetzliche Grundlagen auszuarbeiten, die ihre Institutionen benötigen, damit sie mit dem Geld umgehen können; leider war die amerikanische Regierung in dieser Hinsicht etwas zurückhaltend, bedingt in erster Linie durch die Section 907. Da kann ich nur sagen: Schande über uns!

Was ich Ihnen hier dargelegt habe, ist die Perspektive eines Menschen, der hier lebt und diese Dinge mit eigenen Augen wahrnimmt. Ich unterhalte mich mit Leuten aus dem Präsidentenoffice, mit Ministern, mit Kellnern, Taxifahrern, Bauern und anderen. Ich denke, diese Erwartung kommenden Reichtums steckt noch in ihren Köpfen, aber allmählich verlieren sie den Glauben daran. Das macht mir ein wenig Angst, weniger, daß im Augenblick etwas passiert, als vielmehr dann, wenn der Reichtum kommt und die Menschen davon nichts haben.

Schütterle

Herr Effimoff hat zu Recht betont, daß Rechts- und Vertragssicherheit für alle Investoren ein außerordentlich wichtiger Punkt ist. Die Tatsache, daß die Prinzipien der freien Marktwirtschaft und im Energiebereich die diesem Prinzip entsprechenden Regeln des Energiechartavertrages zur Grundlage aller Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der Europäischen Union gemacht worden sind, ist ein deutlicher Hinweis darauf, daß alle beteiligten Regierungen sich dieser Grundforderung verpflichtet fühlen.

Zum Thema Transit: Dies ist in der Tat eine Frage, die nur multilateral angegangen werden kann. Dabei müssen sowohl die Interessen der Russischen Föderation als auch die der größten Investoren, darunter viele Gesellschaften aus den USA, berücksichtigt werden. Insoweit ist die Erklärung des G-8-Gipfels in Birmingham vom Mai dieses Jahres außerordentlich bedeutsam, denn darin haben sowohl die Russische Föderation als auch die USA einer internationalen Zusammenarbeit im Bereich des Transits auf der Grundlage des Energiechartavertrages zugestimmt. Ich denke, hier wurde ein zukunftsweisender Weg aufgezeigt.

Allerdings bleiben internationale Verträge, die von Regierungen abgeschlossen werden, so lange toter Buchstabe, wie sie nicht auch von der Wirtschaft angenommen werden. Ich rege deshalb an, daß sich die Wirtschaft Gedanken darüber macht, wie ein funktionierendes Rechtssystem in den 50 Partnerstaaten des Energiechartavertrages aussehen sollte. Davon dürfte eine erhebliche erzieherische Wirkung auch für die Gesetzgebung in den Übergangstaaten ausgehen, die sich intensiv um ausländische Investitionen bemühen.

Yigitgüden

Ich möchte kurz auf Herrn Effimoff antworten. Ich denke, da besteht ein Mißverständnis. Die aserbaidische Seite und das Konsortium haben uns immer wieder gebeten, keine Entscheidungen im Alleingang zu treffen. Sie betonten: Wir haben das Öl, und wir werden entscheiden, wo die Hauptpipeline verläuft. Wir sollten deren Besuch im Februar abwarten, bevor wir Zahlen und Details vorlegen; dann könnten die Verhandlungen beginnen. Nachdem dieser Termin verstrichen war, haben wir unsere Berechnungen und Überlegungen der aserbaidischen, der kasachischen und der US-amerikanischen Regierung präsentiert und auch in Moskau einem hochrangigen Regierungs- und Wirtschaftskreis vorgelegt. Außerdem haben wir unsere Studie auf fünf Konferenzen vorgestellt, immer mit den gleichen Zahlen für die erforderlichen Investitionen.

Sie haben natürlich recht, Herr Effimoff, wenn Sie sagen, es sei leicht, mit anderer Leute Geld Investitionen zu tätigen, und das ist ja in der Tat unsere Absicht. Wir sind dabei, den Energiemarkt in der Türkei zu liberalisieren, wo es bereits 15 private Großinvestitionen gibt: Zwei Gaskraftwerke werden in diesem Jahr fertig. Ein großes Wasserkraftwerk, das 2,5 Milliarden DM kostet, wird 1999 vollendet. Alle diese Projekte werden privat finanziert. Wir haben darüber hinaus Verträge für weitere fünf Kraftwerke mit insgesamt 5 200 Megawatt Leistung für etwa fünf Milliarden US-Dollar auf den Weg gebracht.

Wenn das Konsortium also nicht daran interessiert ist, hier verantwortlich einzusteigen, dann suchen wir eben nach anderen Möglichkeiten. Wir haben bereits Anfragen von Unternehmen erhalten, die die Baku-Ceyhan-Pipeline finanzieren und bauen wollen. Außerdem kann man keine sechsbändige Studie auf Konferenzen durchsprechen. Unsere Techniker haben sich zwei, drei Tage mit den Unternehmensvertretern zusammengesetzt und alle Fragen geklärt.

Auch

Herr Effimoff hat dankenswerterweise den Blick von den schwindelerregenden Prognosen wieder auf die Realitäten gelenkt. Auch mir geht es weniger um die Zeit, wenn die Petrodollars endlich fließen, sondern um die derzeitige Situation im Lande und die Stabilität in der Region als Bedingung für zukünftige Entwicklungen. Hier wurde bereits daraufhingewiesen, daß für Aserbaidschan eine diversifizierte Wirtschaftsentwicklung dringend erforderlich ist. Es wurde aber kaum etwas darüber gesagt, wie das zu erreichen ist. Wie steht es zum Beispiel um die angebliche Sogwirkung der Ölbranche? Es wurde erwähnt, es seien bereits 40 bis 60 Milliarden US-Dollar an Investitionen in das Land geflossen. Wo aber ist - außer in der Baubranche - tatsächlich eine reale Wirkung auf die nationale Wirtschaft zu verzeichnen?

Nimmt man die statistischen Angaben bis zum ersten Quartal 1998 zur Kenntnis, dann ist festzustellen, daß die nationale Wirtschaft im produktiven Bereich - etwa in der Leicht- oder Nahrungsmittelindustrie - am Boden liegt. Wenn dann behauptet wird, der Rückgang sei nunmehr gestoppt worden, kann man nur sagen: Bei einem gegebenen Stillstand ist ein weiterer Rückgang

kaum noch möglich. Außerhalb der Ölbranche kann ich jedenfalls ausländische Investitionen im produktiven Sektor bisher nur auf dem Papier erkennen. Und wenn man die Entstehung einer stabilen Wirtschaft einfordert, fragt sich doch, was die ausländischen Investoren eigentlich fernhält.

Ich bedaure, daß hier so wenige Vertreter von Aserbaidschan anwesend sind, die uns vielleicht Antworten auf wichtige Fragen hätten geben können. Wo sind zum Beispiel potentielle Partner ausländischen Kapitals, einheimische Trägerschichten eines realen Systemwechsels? Wo ist die Unternehmerschicht, die nicht nur vom Handel profitiert, sondern bereit ist, im Lande zu investieren, statt das Kapital ins Ausland zu verbringen? Nach inoffiziellen Berechnungen soll die Kapitalflucht allein in die Türkei bereits eine Milliarde Dollar ausmachen. Was will man von aserbaidisch-azerbaidschanischer Seite dagegen tun? Was geschieht, um im Lande fördernde Bedingungen für ein nationales Unternehmertum zu schaffen? Wie wir wissen, gibt es inzwischen eine Neuauflage des Regierungsprogramms zur Privatisierung. Aber es bleibt der Vorwurf der Opposition, daß die einzelnen Privatisierungsschritte undurchsichtig und monopolisiert bleiben.

Hier war mehrfach von den europäischen Werten die Rede, die auch in diese Region transferiert werden sollten. Darauf reagiert man hier mit der Bemerkung: Europa ist Europa, und im Kaukasus ist alles anders. Ich denke, bei solchen Fragen müßten die orientalischen Empfindlichkeiten stärker berücksichtigt werden. Vielleicht sollte man eher von einem Wertaustausch sprechen. Besonders von deutscher Seite könnte man intensiver darüber nachdenken, wie wir uns stärker in diesen Prozeß einbringen. Da wird von norwegischer, vor allem aber von amerikanischer und britischer Seite sehr viel mehr getan. Vielleicht sind unsere Strukturen zu inflexibel für die hiesigen Verhältnisse.

Was die Frage der Rechtssicherheit angeht, so gibt es in diesem Lande Gesetze in ausreichender Zahl - zumindest auf dem Papier. Aber es müssen Mechanismen gefunden werden, damit diese Gesetze in der Praxis zur Anwendung kommen und Rechtssicherheit entsteht. Hier wäre auch zu überlegen, ob der Beitritt eines Landes zu beziehungsweise sein Verbleib in bestimmten internationalen Organisationen nicht zuletzt davon abhängig gemacht werden sollte, ob dieses Land gewisse klar definierte Kriterien erfüllt. Das heißt, deklariertes Recht sollte nicht nur als Eintrittskarte dienen, sondern die Rechtspraxis Maßstab für die Mitarbeit in internationalen Organisationen sein. Auf diese Weise könnte man einen bestimmten Bereich gesellschaftlicher Transformation auch international begleiten. Die heutigen Möglichkeiten reichen jedenfalls bei weitem nicht aus.

Salingerei

Wenn wir über geopolitische Fragen in dieser Region nachdenken, sollten wir nicht vergessen, daß es zuallererst darum gehen muß, den rechtlichen Status des Kaspischen Meeres zu klären. Dazu gibt es bisher noch kein Abkommen, und es ist zu befürchten, daß sich dieser Prozeß noch lange hinziehen wird. Ein solches Abkommen würde sich auch auf die Trassenführung der Ölpipelines nach Europa und auf den Weltmarkt erheblich auswirken.

Es gibt aber bereits einige Fortschritte in letzter Zeit. Dazu gehört insbesondere ein vorläufiges Abkommen zwischen Rußland und Kasachstan, das in Astrachan geschlossen wurde und in dem Rußland letztlich einer Aufteilung des Kaspischen Meeres zugestimmt hat. Das gilt allerdings nur für den Meeresboden, während die Oberfläche des Meeres allgemein nutzbar sein soll.

Rußland hat also in gewisser Weise nachgegeben. Wenn man die russische Haltung analysiert, kann dies zwei Gründe haben: Entweder hat man auf dem russischen Territorium neue Ölressourcen festgestellt, oder die Russen betreiben hier ein neues strategisches Spiel, das den anderen noch nicht einsichtig ist. Die Kompromisse, die zwischen Turkmenistan, Aserbaidschan und Rußland erzielt wurden, könnten indes dazu führen, daß bis zum Ende dieses Jahres ein Abkommen über den Rechtsstatus des Kaspischen Meeres zustande kommt.

Allein der Iran will in diesem Punkt nicht nachgeben und beharrt auf seiner eigensinnigen Position. Das dürfte zum einen wirtschaftliche Gründe haben; denn auf iranischem Gebiet gibt es nur geringe Ölvorkommen. Der Hauptgrund liegt aber wohl darin, daß der Iran nicht bereit ist, in der kaspischen Region den Einfluß des Westens wachsen zu lassen. Das richtet sich natürlich vor allem gegen Amerika, das man hier fernhalten möchte.

Die Position Kasachstans bleibt jedenfalls unverändert. Wir vertreten den Standpunkt, daß dem Kaspischen Meer der Status eines Meeres zukommt. Denn in dem Falle werden die UN-Konventionen angewendet, die alle Fragen einschließend der Schifffahrt, des Festlandssockels und der Energieressourcen regeln. Kasachstan möchte alle Staaten Schritt für Schritt davon überzeugen, daß hier die UN-Konventionen gelten sollten. Damit könnten alle Divergenzen beseitigt werden.

Hier wurde viel über geopolitische Fragen gesprochen, während die ökologische Sicherheit bisher kein Thema war, eine Problematik, die weltweit zum Tragen kommt. Das heißt, bei der Nutzung der Ressourcen des Kaspischen Meeres sollten wir nicht vergessen, daß der Mensch aktiv in die Natur eingreift, deren Gesetzmäßigkeiten wir beachten müssen. Wir dürfen uns die Natur nicht einfach unterwerfen, sondern müssen ihre eigenen Bedingungen anerkennen, sonst besteht die Gefahr, daß der Mensch seinen eigenen Lebensraum zerstört. Ich würde es jedenfalls geradezu für ein Verbrechen halten, wenn man dem Tatbestand nicht Rechnung trägt, daß das Ökosystem des Kaspischen Meeres äußerst fragil ist. Seine Binnenlage aufgrund des fehlenden Zugangs zu den Weltmeeren führt dazu, daß die Selbstreinigungsprozesse hier sehr langsam vor sich gehen.

In dieser Hinsicht verhalten sich auch einige Ölgesellschaften, die sich an der Erschließung der Ölvorkommen im kaspischen Raum beteiligen, nicht gerade vorbildlich. Und die wissenschaftlichen Expertisen sollten sich bewußt sein, daß es kein Luxus ist, am Kaspischen Meer den ökologischen Faktoren Rechnung zu tragen. Anderenfalls droht eine Katastrophe, die die ganze Welt betrifft.

Das heißt, die Nutzung der Ressourcen des kaspischen Raumes ist für die Umwelt in jeder Hinsicht nachteilig. Wissenschaftler haben errechnet, daß sich die ökologischen Schäden auf 500 Milliarden Dollar pro Jahr belaufen können. So befinden sich beispielsweise 96 Prozent der Weltstörvorkommen im Kaspischen Meer, und die Störe sind hier vom Aussterben bedroht. Durch die Ölbohrungen verlieren viele seltene Fischarten, aber auch Vögel ihren Lebensraum, erkranken und mutieren. Das läßt sich etwa am Zander feststellen. Und im Uraldelta hat eine totale Fischverseuchung stattgefunden. An der Ostküste des Kaspischen Meeres haben die Menschen Angst zu baden, weil sie von Robben angegriffen werden. Das hat es früher nicht gegeben. Wir erklären das mit einer Störung des ökologischen Gleichgewichts in dieser Region.

Um dieses Problem zu lösen, kann man entweder von der Ölförderung ganz absehen - was ich begrüßen würde;- , oder man muß die ökologischen Erfordernisse stärker beachten. Natürlich weiß ich, daß es völlig utopisch ist, auf einen Verzicht der Förderung zu setzen. Das tun nur Leute, die sich ausschließlich um die ökologischen Probleme kümmern. Aber ich will nicht unerwähnt lassen, daß auf einer internationalen Konferenz, die vor kurzem unter Beteiligung Rußlands, Aserbaidschans und Kasachstans stattfand, von Wissenschaftlern nachgewiesen wurde, daß die Bohrungen im Kaspischen Meer künftig eine Katastrophe auslösen können. Es gibt inzwischen auch zahlreiche Bürgerbewegungen, die das Kaspische Meer als Naturraum verteidigen und keine weiteren Bohrungen mehr zulassen wollen, um eine ökologische Katastrophe zu verhindern. Auch in Kasachstan wächst die Zahl der Anhänger solcher Initiativen.

Da ich, wie gesagt, nicht daran glaube, daß die Ölförderung aufzuhalten ist, müßte die weitere Erschließung unter strengen ökologischen Auflagen erfolgen. Das heißt, alle Projekte müßten auf ihre Umweltschädlichkeit überprüft werden. Nun kann man einwenden, daß jedes Ölförderungsprojekt ohnehin auf ökologische Verträglichkeit geprüft wird, so daß mögliche Umweltschäden und wie man sie beheben kann, von vornherein analysiert werden. Diese sogenannten Umweltverträglichkeitsprüfungen werden bisher aber nur von Seiten der betroffenen Interessenten durchgeführt. Ich denke, dieses Verfahren müßte grundlegend verändert werden, indem unabhängige Fachleute diese Begutachtung durchführen, die nicht interessenmäßig in die Projekte involviert sind. Auch die Auswahl der Experten müßte seitens einer neutralen Instanz erfolgen. Schließlich sollte diese neutrale Stelle nicht durch Vereinbarung der am Projekt direkt Beteiligten ihre Tätigkeit durchführen, sondern dürfte erst tätig werden, wenn die Landesregierung beziehungsweise das zuständige Umweltministerium offiziell zugestimmt haben. Die staatlichen Repräsentanten dürfen aber nicht das Recht haben, die Umweltauflagen zu beeinflussen, die von den Fachleuten festgelegt wurden.

Es wurde darauf hingewiesen, daß die südlichen und westlichen Gebiete in Kasachstan überwiegend von kasachischsprachiger Bevölkerung bewohnt wird, während die russischsprachige Bevölkerung hauptsächlich im Norden wohnt. Daraus folgt, so heißt es, daß die Nutzung der vorhandenen Ressourcen ungleichmäßig verteilt wird, was sich zum Nachteil der russischen Seite auswirke. Es wurde jedoch von selten des kasachischen Staates gesetzlich festgelegt, daß die gesamten Einnahmen aus dem Ölgeschäft der ganzen Bevölkerung zugute kommen, unabhängig von Wohnort und nationaler Zugehörigkeit.

Was die Ölpipelines angeht, so sind die Trassenführungen weitgehend bekannt. Das eine ist die Trasse Westkasachstan-Samara nach Noworossijsk. Die zweite Variante verläuft durch den Iran, und sie dürfte vergleichsweise die ökonomisch interessantere sein. Bekanntlich sind aber die USA bisher gegen die iranische Alternative und üben in dieser Hinsicht Druck aus. Und Kasachstan kann es sich

nicht leisten, die Interessen einer Macht wie die USA zu ignorieren. Aber diese Thematik wird zweifellos in Zukunft relevant werden.

Abschließend möchte ich eine pessimistische und eine optimistische Einschätzung geben. Pessimistisch beurteile ich, daß die notwendigen Entscheidungen über den Rechtsstatus der kaspischen Region hinausgezögert werden. Es ist auch auf Seiten der kaspischen Anrainerstaaten wenig Bereitschaft erkennbar, sich auf Kompromisse einzulassen. Hinzu kommen die wachsenden Spannungen und die Instabilität in der Region, was zu einem endgültigen Zerfall der GUS und zu neuen lokalen Konflikten führen kann.

Optimistisch beurteile ich, daß über den Status der Region bis Ende 1998 entschieden sein soll und daß das Öl auf einer Route transportiert wird, die ökonomisch, ökologisch und politisch gesehen die Interessen der beteiligten Staaten, auch die Kasachstans, berücksichtigt.

Positiv wäre es sicher auch, wenn es zu engeren Kontakten zwischen den kaspischen Staaten kommen und man auf dieser Grundlage mit nationalen Organisationen zusammenarbeiten würde, die bei der Nutzung der Ressourcen insbesondere ökologische Gesichtspunkte berücksichtigen. An der gemeinsamen Nutzung der Öl- und Gasressourcen des Kaspischen Meeres sollten jedenfalls auch Länder beteiligt werden, die bisher noch nicht mit einbezogen sind, beispielsweise Deutschland. Es wäre gut, die bestehenden Widersprüche nicht noch weiter zu vertiefen, sondern statt dessen die Gemeinsamkeiten zwischen allen interessierten Staaten herauszufinden. Bei jeder Route zu den Weltmärkten gibt es neue Aspekte. Was verhindert werden müßte, ist, daß die kaspische Region sich zu einem Spannungsherd entwickelt, wie das beim Persischen Golf der Fall ist. Vielmehr sollten sich hier alle Beteiligten um friedliche und kompromißfähige Lösungen bemühen.

Goulizade

Zu Herrn Salimgerei möchte ich nur anmerken, daß Kasachstan ein Ölförderland ist und die Ölförderung dort vornehmlich an der Küste erfolgt. Aserbaidschan dagegen fördert Erdöl seit den 40er Jahren überwiegend offshore. Zu Zeiten der Sowjetunion wurde im Kaspischen Meer erheblicher Schaden angerichtet. Es gab große Verschmutzungen, weil die sowjetische Technologie nicht den Weltstandards entsprach. Mir ist allerdings nicht bekannt, daß der Stör und andere Edelfischarten - also die Kaviargewinnung - davon betroffen waren. Es gibt sie jedenfalls nach wie vor auf dem regionalen Markt und auf dem Weltmarkt.

1969 habe ich in Kuwait eine Ölplattform im Meer besichtigt, die mit westlicher Technologie errichtet worden war. Für mich als Sowjetmensch war es geradezu ein Schock festzustellen, daß die Leute dort im Tennisdreß herumliefen und unter der Plattform Fischschwärme vorbeischwammen. Die moderne Technologie ist also durchaus in der Lage, den ökologischen Erfordernissen gerecht zu werden. Auch eine Ölleitung, die das kasachische Öl durch das Kaspische Meer auf die Weltmärkte leitet, erfüllt diese Bedingungen und wurde nicht im Widerspruch zu den Umweltschutznormen stehen.

Natürlich geht es hier auch um politische Aspekte. Rußland ist gegen eine solche Trassenführung, denn diese würde das Territorium Rußlands aussparen, was den russischen Interessen zuwiderläuft. Man muß aber auch die Interessen der Länder der Region - Kasachstan, Turkmenistan und Aserbaidschan - berücksichtigen, wenn es darum geht, wie das Erdöl gefördert und transportiert wird und wie man daraus den größten Nutzen ziehen kann. Denn die vorgenannten Länder sind unabhängige Staaten, die sich in erster Linie von ihren nationalen Interessen leiten lassen müssen.

Haseldonckx

Herr Salimgerei, wir haben die gleiche Sorge wie Sie. Wir gehen kein Off-shore-Projekt an, bei dem nicht bereits im Vorfeld eine "environmental baseline and impact study" von unabhängigen Gutachtern erstellt wurde. Das ist heute Standard bei der internationalen Ölindustrie, und das wird auch im Kaspischen Meer sehr konsequent und unabhängig durchgeführt.

Pain

Die Beiträge der Vertreter der Erdölgesellschaften lassen sich wie folgt zusammenfassen: Wir haben den Eindruck, daß die Länder der kaspischen Region in der Lage sind, Abnehmer für ihr Öl zu finden. Außerdem sind wir der Ansicht, daß die von uns getätigten Investitionen nicht verloren sind. Wir gehen jedenfalls davon aus, daß wir eine Rendite von mindestens zehn Prozent erwirtschaften werden. Und was die Transportvarianten angeht, haben wir noch nicht endgültig durchgerechnet, welche die günstigste ist.

Das hört sich recht realistisch an, anders jedenfalls als die Erklärungen der Politiker, die sagen: Diesen oder jenen Transportweg halten wir aus politischen Gründen für erforderlich. Oder: Durch dieses oder jenes Land kann Öl aus Gründen politischer Unzuverlässigkeit nicht transportiert werden.

Zum Glück sind heute in der Wirtschaft die Erdölfirmen die Akteure und nicht die Staaten. Da mag die amerikanische Regierung noch so viele Erklärungen abgeben, welche Variante sie für die Entwicklung dieser Region bevorzugt, die verantwortlichen Firmenvertreter sagen: Wenn es kein direktes Verbot gibt, rechnen wir die günstigste Lösung aus. Ich denke, das ist der richtige Weg, der allen am besten gerecht wird. Die Unternehmen, denen es ums Geld geht, bestimmen letztlich ganz pragmatisch, wo sie ihre Investitionen vornehmen wollen. Deshalb habe ich vorhin betont, es sei von Vorteil, es mit Experten zu tun zu haben.

Herr Goulizade hat sich zur Politik und den Interessen Rußlands in dieser Region geäußert, und ich halte einige seiner Vermutungen und Schlußfolgerungen für ungerechtfertigt, etwa die Feststellung, das ganze russische Volk sei darauf aus, die Grenzen Rußlands auszuweiten und die Sowjetunion wiederherzustellen. Das entspricht keineswegs der Realität. Neuere Umfragen zeigen unmißverständlich, daß gerade umgekehrt ein Schuh daraus wird. Mehr als 80 Prozent der befragten Russen haben erklärt, daß sie unter keinen Umständen mit den Ländern Mittelasiens und mit Kasachstan in einem Staat leben wollen. Hier zeigt sich also im Gegenteil eine weitverbreitete isolationistische Tendenz. Man will möglichst hohe Barrieren gegen Migranten aufbauen. Da die Politiker auf die Wähler angewiesen sind, müssen sie solche Tendenzen auf die eine oder andere Weise berücksichtigen.

Des weiteren wurde Rußland nachgesagt, es verhalte sich ausgesprochen aggressiv und nehme Einfluß auf bestimmte Konflikte. Dazu kann ich nur sagen, daß Rußland heute kaum über entsprechende Möglichkeiten verfügt, sondern in die Konflikte eher hineingezogen wird, als daß es sie von sich aus beeinflussen könnte. Die Vorstellung, es gebe in Moskau einen Generalstab, der derartige Dinge plant und umsetzt, hat jedenfalls mit der heutigen Wirklichkeit sehr wenig zu tun. Vielmehr beweist die Tatsache, daß sich ein russisches Unternehmen, nämlich Lukoil, an den meisten der hiesigen Konsortien in der kaspischen Region beteiligt - Herr Zazirny hat darauf hingewiesen;- , daß sich Rußland absolut loyal gegenüber diesen Projekten verhält.

Ich freue mich, von Herrn Salimgerei zu hören, daß es in Kasachstan ein Gesetz gibt, dem zufolge die Einkünfte aus dem Ölgeschäft auf alle Bevölkerungsgruppen gleichmäßig verteilt werden. Auch in Rußland gibt es eine ganze Reihe von Gesetzen und Plänen, die darauf abzielen, Unterschiede im Lebensstandard in den verschiedenen Regionen auszugleichen und die Einkünfte möglichst gleichmäßig zu verteilen. Ungeachtet solcher Pläne und guten Absichten fließen jedoch die wesentlichen Einkünfte aus den Ressourcen in jene Regionen, in denen gefordert wird. Das ist leider nicht nur für Rußland kennzeichnend, sondern trifft wahrscheinlich für die meisten Länder zu, jedenfalls im postsowjetischen Raum, zumal dort das rechtliche Niveau erheblich niedriger ist als in anderen Ländern.

Noch ein Wort zu den möglichen Öltransporten durch Tschetschenien. Die Nordroute betrifft nicht nur dieses Gebiet. Die meisten Transportwege - Autostraßen, Eisenbahnlinien und so weiter - verlaufen außerhalb von Tschetschenien. So geht die Verbindung zwischen Aserbaidschan und Rußland über Dagestan und Stawropol, und entsprechend könnte auch eine Ölleitung gelegt werden. Aber auch der traditionelle Weg durch einen Teil von Tschetschenien ist durchaus möglich. So schwierig die Beziehungen zwischen Rußland und Tschetschenien auch sind und so problematisch die Situation in Tschetschenien sein mag, die bisherigen Absprachen bezüglich der Öltransporte durch Tschetschenien sind stets eingehalten worden. Wenn die diesbezüglichen Öltransporte zunehmen, der aufzuteilende Kuchen also größer wird, dann dürfte auch das Interesse der tschetschenischen Führung wachsen. Mich überzeugt jedenfalls nicht recht, wenn Herr Maschadow sagt' Tschetschenien habe weniger ein wirtschaftliches als ein politisches Interesse daran. Ganz sicher kann man davon ausgehen, daß Rußland und Tschetschenien absolut die gleichen Interessen verfolgen, was die Entwicklung verschiedener Varianten der Nordroute angeht. Das gilt auch für eine Überlandroute, die von Noworossijsk durch die Ukraine und weiter führt.

Naumkin

Herr Goulizade hat nach den Interessen Rußlands gefragt, und ich stimme mit ihm überein daß Aserbaidschan ein wichtiger und erfolgversprechender Partner Rußlands ist. Ich denke, das dürfte beiden Seiten bewußt sein. Rußland verfolgt jedenfalls nicht das Ziel, diese Region aus

wirtschaftlichen oder geopolitischen Gründen zu dominieren. Herr Pain hat (bereits zu Recht betont, das heutige Rußland neige eher zum Isolationismus als zur Dominanz.

Verständlicherweise haben Sicherheitsfragen in dieser Region für Rußland hohe Priorität. Man braucht sich ja nur die Situation im Nordkaukasus vor Augen zu führen. Es ist sicher kein Zufall, daß Herr Goulizade auf Pläne, in der Region Militärstützpunkte zu errichten, negativ reagiert. Die russische Politik wird - ob einem das gefällt oder nicht - heute in militärisch-politischer Hinsicht von drei Faktoren bestimmt: Erstens: Stationierung von Streitkräften in bestimmten Gebieten; zweitens: Grenzsicherung; denn die Grenzen zwischen Rußland und den meisten Staaten im Süden sind durchlässig, und drittens: friedensstiftende Maßnahmen. Wenn Rußland und Aserbaidschan heute Partner sein wollen, sollte man sich vielleicht nicht in erster Linie daran erinnern, wer auf welche Weise Expansion betrieben hat. Das trifft mehr oder weniger auf alle Staaten zu irgendeinem Zeitpunkt zu.

Wenn in dieser Region Erdöl gefordert und eine ganz neue Infrastruktur sowie ein neues Pipelinesystem geschaffen wird, dann hat die Frage, wie diese Strukturen und durch wen gegen mögliche Bedrohungen abgesichert werden können, hohe Priorität. Denken Sie daran, daß die Nonproliferation bestimmter Waffensysteme heute wieder ein aktuelles Thema ist, beispielsweise im Konflikt zwischen Indien und Pakistan. Und in der kaspischen Region gibt es verschiedene Konfliktherde, die entweder bereits akut oder vorhersehbar sind. Wie läßt sich die Sicherheit der zukünftigen Energieversorgung einschließlich der Transportwege hin zu den Weltmärkten also gewährleisten? Im Persischen Golf ist die Sicherheitsfrage nach wie vor ein schwieriges und umstrittenes Thema, obwohl man sich damit seit vielen Jahren befaßt. Immer wieder brechen Konflikte aus. Diese Frage ist also nicht nur von akademischem Interesse.

Herr Goulizade meinte, Armenien werde von Rußland stark unterstützt. Sie sollten aber in diesem Zusammenhang nicht die armenische Diaspora in den USA vergessen, die eine Million amerikanischer Staatsbürger ausmacht und die sehr radikale Auffassungen zu diesem Thema vertreten. Das können Sie Rußland nicht anlasten; denn die Stimmung unter den Amerikanern armenischer Abstammung kann Rußland kaum beeinflussen.

Herr Stürmer hat gefragt, wohin das Öl aus dieser Region fließen wird. Wenn der Ferne Osten und Asien zu den Hauptabnehmern für das kaspische Öl werden, dürften sich die geopolitischen Gegebenheiten dieser Region grundlegend verändern. Es gibt Prognosen, die davon ausgehen, daß China daran interessiert ist, die Energieförderung hier schnellstmöglich zu steigern. Vielleicht kann Herr Shi uns sagen, welche Pläne China in dieser Hinsicht hat. Inwieweit ist beispielsweise das Pipelineprojekt von Kasachstan nach Fernost realistisch und ökonomisch sinnvoll, und welchen Einfluß wird dies auf die hiesige politische Situation haben?

Gazprom hat schon bessere Zeiten erlebt, und die Krisen in Rußland tragen gewiß zur Verschlechterung der Situation bei. Es gibt Bestrebungen, Gazprom zu reformieren und aufzuteilen. Auch Sanktionen gegen das Unternehmen sind im Gespräch, weil Steuerschulden nicht bezahlt wurden. Um diese Frage gibt es in Rußland Auseinandersetzungen. Bei diesem Konflikt spielen offenbar interne wie externe Interessen eine Rolle.

Schließlich noch eine Bemerkung zur Ölleitung auf dem Grund des Kaspischen Meeres, mit der weitaus größere ökologische Gefahren verbunden sind als mit der Erdölförderung selbst, denn dieses Gebiet ist stark erdbebengefährdet. Die Gefahren liegen auf der Hand: Wenn eine solche Ölleitung leck wird, kann das zu einer Katastrophe führen. Ich denke, Herr Salimgeri hat zu Recht daraufhingewiesen. Ich bin mit vielen Kollegen der Auffassung, daß dieses Projekt gar nicht erforderlich ist, denn es gibt zahlreiche andere Varianten. Warum sollte also dieses ökologisch zweifelhafte Projekt forciert werden? Nicht nur Rußland, sondern auch viele andere Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres und, wie wir gehört haben, einflußreiche Gruppierungen in Kasachstan sind dagegen.

Abschließend will ich noch die Frage stellen, wie es um die zyklischen Schwankungen des Meeresspiegels beim Kaspischen Meer steht, die von Experten prognostiziert werden. Inwieweit hat das Auswirkungen auf die Ölförderung?

Meyer-Landrut

Ich würde Herrn Goulizade bitten, zu einigen Fragen Stellung zu nehmen, die hier aufgeworfen wurden. Das gilt insbesondere für die politischen und rechtlichen Faktoren, die Investitionen betreffen, aber auch für die politischen Bedingungen im Hinblick auf den Europarat, die Menschenrechte und so weiter, die von der aserbaidshischen Regierung verantwortet werden.

Goulizade

Was den aserbaidischen Staat angeht, ist es völlig klar, daß wir kein autoritäres Regime haben. Die Tatsache, daß wir einen starken und außerordentlich erfahrenen Präsidenten haben, ist jedenfalls keineswegs ein Kennzeichen von autoritärer Führung. Wir sind gerade im Präsidentschaftswahlkampf, und ich weiß, daß Sie Informationen nicht nur von offizieller Seite, sondern auch von der Opposition erhalten. Aserbaidschan ist wirklich ein demokratischer Staat. Wir haben eine demokratische Verfassung und ein Parlament, in dem viele Parteien vertreten sind. In Aserbaidschan sind mehr als 30 Parteien aktiv. Wir haben freie Medien mit über 500 Zeitungen, die mehrheitlich in der Hand der Opposition sind. Außerdem gibt es eine Vielzahl unabhängiger privater Fernsehstationen. All dies war völlig undenkbar, solange wir der Sowjetunion angehörten, nämlich vor 1991.

In den letzten Jahren haben wir in der Tat einen langen Weg zurückgelegt, um Demokratie und Stabilität in Aserbaidschan zu begründen. Die Erfolge sind unübersehbar. 1992 befanden wir uns in einer katastrophalen Lage. Es herrschte Anarchie, bewaffnete Gruppen bekämpften sich untereinander in unserem Land. Heute haben wir eine derart stabile Situation, daß die angesehensten Unternehmen aus der ganzen Welt nicht zögern, mit uns zusammenzuarbeiten und in Aserbaidschan profitable Geschäfte abzuschließen.

Natürlich kann man eine Demokratie nicht über Nacht schaffen, und das demokratische Niveau unterscheidet sich in Aserbaidschan sicher von dem in den Vereinigten Staaten, in Frankreich oder in Deutschland. Worauf es jedoch ankommt, ist, daß wir einen demokratischen und säkularen Staat aufbauen. Gewiß gibt es bei uns Korruption - wie anderswo auch. Das Ausmaß der Korruption ist auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion insgesamt recht hoch. Es gibt aber ebenso im Westen Korruption, auch wenn ich das nicht vergleichen will. Ich denke, die Verbesserungen, die wir in unserer Gesetzgebung und in unserer Gesellschaft erreicht haben, werden sich auch auf das vorgenannte Problem positiv auswirken. Die Ölgesellschaften und die anderen Unternehmen, die nach Aserbaidschan kommen, wissen, daß Staat und Regierung ihr Bestes tun, um für die Unternehmen bessere Bedingungen zu schaffen, damit sie hier tätig werden können.

Wie steht es um die Gewinne aus dem Ölgeschäft, nachdem Aserbaidschan seine vertraglichen Verpflichtungen erfüllt hat? Zunächst möchte ich darauf hinweisen, daß alle Verträge, die Aserbaidschan mit ausländischen Unternehmen abgeschlossen hat, vom Parlament verabschiedet wurden und Gesetzeskraft haben. Unser Präsident und unsere Regierung sind dabei, ein Sozialprogramm vorzubereiten. Uns ist sehr wohl bewußt, daß ein starker demokratischer Staat davon abhängt, daß Ungerechtigkeit und die Ungleichheit zwischen Reich und Arm vermindert werden. Wir gehen in diese Richtung. Wir arbeiten auch mit dem Europarat zusammen und werden Ende des Jahres in den Europarat aufgenommen. Wir passen unser System und die Gesetze den europäischen Standards an. Wir verstehen uns selbst als ein europäischer Staat.

Aber hier sollte nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. Ich habe hier beispielsweise keinerlei Kritik am Iran gehört. Alle sind für eine Kooperation mit dem Iran; alle wollen billiges Öl, das durch den Iran geleitet wird. Niemand fordert demokratische Fortschritte im Iran oder die Einhaltung der Menschenrechte. Niemand kümmert sich um die Haltung Irans, was die Unterstützung des Terrorismus oder die Schaffung von Nuklearwaffen angeht. Alle sehen nur auf die iranischen Ölrouten, die kostengünstig sind und Profite versprechen. Wenn sich Aserbaidschan genauso verhielte wie der Iran, würden Sie dann noch mit uns zusammenarbeiten, ungeachtet all dessen, was in Aserbaidschan geschieht?

Was die amerikanische Präsenz betrifft, sieht Aserbaidschan in den Vereinigten Staaten einen guten Partner, mit dem wir gleichberechtigt zusammenarbeiten. Wir erwarten nicht, daß die amerikanische Präsenz in unserer Region negative Folgen haben könnte. Unser armenischer Nachbar verfügt über russische Militärbasen. Wir sind allerdings nicht scharf darauf, die Amerikaner zu bitten, in Aserbaidschan militärische Stützpunkte zu errichten. Ganz im Gegenteil, wir sind gegen alle militärischen Stützpunkte, weil wir diese im ganzen Transkaukasus für überflüssig halten; denn russische Interessen sind hier nicht bedroht.

Die Vorstellung jedenfalls, die russischen Militärstützpunkte könnten für Frieden und Sicherheit in der Region sorgen oder die Ölpipelines absichern, ist völlig verfehlt. Ich denke, die militärische Präsenz irgendwelcher fremder Staaten wird die Spannungen und Schwierigkeiten nur erhöhen. Die Sicherheit der Öl- und Gaspipelines hängt entscheidend von der Stabilität in der Region ab, nicht von der Unterstützung durch irgendwelche militärischen Kräfte von außerhalb. Die Kleinen, davon bin ich überzeugt, sind eher imstande, sich zu einigen, wenn sich die Großen nicht einmischen.

von Ploetz

Was Terrorismus und Menschenrechte angeht, werden Sie sicher wissen, Herr Goulizade, daß Deutschland und die Europäische Union gerade eine recht schwierige Phase mit dem Iran hinter sich haben. Mir ist im übrigen nicht bekannt, daß der Iran Mitglied des Europarats werden will, der sich geradezu als Hort der Menschenrechte versteht. Aserbaidschan dagegen hat die Mitgliedschaft beantragt.

Was Armenien betrifft, wird Frau Haga sich an das erste Treffen des Nordatlantischen Kooperationsrates in Oslo erinnern, wo es eine harte Auseinandersetzung zum Konflikt in Nagornij-Karabach gab. Wir haben dazu sehr deutlich Position bezogen, die seitdem unverändert geblieben ist.

Goulizade

Vielen Dank für Ihre Erläuterung, Herr von Ploetz.

Adams

Unsere Diskussion hat ein außerordentlich weites Spektrum an Themen abgedeckt. Ich denke, wir haben einen Eindruck von der Komplexität und Verschiedenheit der Probleme erhalten, die hier auf den Tisch gekommen sind. Als jemand aus der Ölbranche bin ich natürlich sehr zufrieden und danke Ihnen für Ihr Mitgefühl hinsichtlich des niedrigen Ölpreises. Es muß sich schon um ein sehr seltenes Produkt handeln, wenn der Verbraucher meint, der Lieferant sei nicht teuer genug. Ich will dazu nur anmerken, das ist eine Sache der ölproduzierenden Länder und nicht der Unternehmen. Wir agieren auf einem freien Markt und müssen dem Rechnung tragen. Sie haben ja gesagt, Herr Pain, daß Pragmatismus uns in diese Richtung drängt.

Herr Erler, Sie haben mich mit einer Bemerkung überrascht, die mich doch sehr an meine Mutter erinnerte, wenn ich mein Schulzeugnis nach Hause brachte. Sie meinten, wir hätten die Aussichten und die Ressourcen in der kaspischen Region sehr zurückhaltend bewertet. Wir hätten nur drei neue Nordseefunde aufgetan. Das sehen Sie falsch. Richtig ist, daß wir keinen zweiten Nahen Osten gefunden haben. Aber auf den Kontext kommt es an: Im Rahmen des globalen Angebots bedeutet ein Volumen von drei neuen Nordseefunden, die in den nächsten drei Jahrzehnten zu einem Zeitpunkt aufkommen, wenn andere Quellen abnehmen, daß der kaspische Raum zu einem überaus wichtigen Mitspieler wird, wenn auch kein Naher Osten.

Darin wurde hier verschiedentlich das Umweltrisiko angesprochen und Befürchtungen ausgedrückt, was sich im kaspischen Raum ereignen könnte. Das ist ein sehr emotionales Thema, das sich nicht auf die kaspische Region beschränkt, sondern Ausdruck eines neuen globalen Denkens im Westen und veränderter internationaler Verhaltensweisen ist. In Aserbaidschan haben wir ein Production Sharing Agreement, das diesem Punkt umfassend Rechnung trägt. Es verpflichtet jeden Investor gesetzlich, diesen Auflagen nachzukommen. Norwegen hat die Diskussionen um die Einführung der in der Nordsee üblichen Umweltstandards angeregt, die dann in die Abkommen eingegangen sind, und wir alle wissen, daß dieses Land den Umweltschutz sehr ernst nimmt. Aber auch die internationalen Investoren haben ihre Verantwortung für die Umwelt am Kaspischen Meer erkannt.

Obwohl es sicher überholt ist, haben Ölfirmen den Ruf, daß sie in ihrem sozialen und ökologischen Verhalten nicht sehr verantwortungsbewußt handeln. Ich denke aber, das hat sich in unserer Industrie in den letzten 20 Jahren erheblich verändert. Der internationale Ruf dieser Unternehmen, auch im kaspischen Raum, wirkt sich auf unsere Geschäfte überall auf der Welt aus. Wir nehmen unsere Verantwortung und Verpflichtungen in abgelegenen Gegenden nicht weniger ernst als anderswo und verhalten uns überall gleichermaßen ordentlich und korrekt, und zwar sowohl aus einsichtigen geschäftlichen wie aus politischen Gründen. Die Umwelt ist also ein sehr wichtiges Thema. Doch Peter Schütterle hat zu Recht festgestellt, daß wir die Bedürfnisse der Bevölkerung in ihrer gegenwärtigen Entwicklung mit den Erfordernissen der Umwelt austarieren müssen, und da sollten wir praktisch und vernünftig vorgehen.

Frau Haga hat die Frage gestellt, ob ich nicht die sozialen Risiken verkannt habe. Das ist ein außerordentlich wichtiger Punkt, der auf der Tagesordnung an erster Stelle steht, seit das erste Konsortium in Aserbaidschan tätig ist. Wenn ausländische Unternehmen in ein Land kommen, gibt es eine gewisse Gratwanderung zwischen dem, was als Hilfe wahrgenommen und dem, was als politische Einmischung verstanden wird. Wir müssen da sehr vorsichtig sein; das ist ein heikler Balanceakt.

Wir haben einen Production Sharing Contract, in dem unsere Verpflichtungen sehr genau festgeschrieben sind. Wir tragen zum Steueraufkommen bei und investieren erhebliche Mittel in die neue Infrastruktur des Landes. Eine Plattform ist gerade für circa 200 Millionen Dollar aufgerüstet worden, und gleichzeitig haben wir beim AIOC-Projekt etwa 250 Millionen Dollar in die Infrastruktur investiert. Aber nicht nur die Infrastruktur, auch Arbeitsplätze wurden geschaffen, und das Ganze hat Multiplikatoreffekte. Wenn Sie sich Baku heute anschauen, werden Sie feststellen, was es inzwischen an neuer sozialer Infrastruktur, an Hotels, an Dienstleistungen und so weiter gibt. Als wir vor vier Jahren hierherkamen, war Baku eine sehr ruhige Stadt, in der nicht viel los war - jetzt boomt die Stadt.

Goulizade

Die Bevölkerung hat ihren materiellen Lebensstandard erhöht.

Adams

Was wir beim AIOC sehr schnell erkannt hatten, war, daß es sich hier nicht um eine eindimensionale Investition handelt. Wir sind ein Wirtschaftsunternehmen. und wir tätigen unsere Investitionen nach den Regeln des Production Sharing Agreements. Aber wir haben eng mit einigen aserbaidischen Ministern und auch mit SOGAR zusammengearbeitet, so daß sämtliche ausländischen Ölkonsortien sich jetzt in einem sogenannten Koordinationsrat zusammengefunden haben, der bei einer unabhängigen Beratungsfirma eine Studie in Auftrag gegeben hat, um herauszufinden, welche neuen Investitionen erforderlich sind, um die vorhandene Infrastruktur auf internationale Standards zu bringen. Da ist vieles so altersschwach, daß sich eine neue Investition überhaupt nicht rechnet, während sich ein Ausbau in anderen Fällen durchaus lohnt, um angemessene internationale Standards zu erreichen. Nachdem wir den Stand der Infrastruktur ermittelt hatten, haben wir getrennt untersuchen lassen, welche Möglichkeiten für nachhaltig wirksame Investitionen unter dem Gesichtspunkt der künftigen Nachfrage in der kaspischen Region bestehen.

Was die Studie ferner leistete, war eine Untersuchung, wie erfolgreich verschiedene Vorgehensweisen anderer Regierungen funktioniert haben, um neue Entwicklungen zu fördern, auf Investitionsbedürfnisse einzugehen, die Infrastruktur zu verbessern und Arbeitsplätze zu schaffen. Wir haben uns dabei Norwegen, Aberdeen, Abu Dhabi, Dubai und Malaysia angesehen und aus all dem Schlüsse für unser weiteres Vorgehen gezogen. Dank dieser Initiative haben wir jetzt den Punkt erreicht, wo Aserbaidschan bereit ist, Dritte zu Investitionen in ihre Infrastruktur aufzufordern. Das war eine gemeinsame Initiative von Regierung und Industrie, und wir haben in sehr kurzer Zeit viel geleistet.

Noch ein Wort zu Herrn Wittebroods Ausführungen zum Thema Vertragssicherheit. Ich denke, was zu dem enormen Erfolg von Aserbaidschan entscheidend beigetragen hat, war die Erkenntnis, daß die Regierung alles tun würde, um ausländische Investitionen gemäß den bestehenden Abkommen zu schützen. Warum ist es in Rußland und anderen Regionen so langsam vorangegangen, und warum hat es hier so schnell geklappt? Die Regierung hat sehr schnell erkannt, daß bestimmte Bedingungen erfüllt werden mußten, um zum Erfolg zu kommen. Zum einen mußten die Verträge wirtschaftlich vernünftig sein. Es durften keine einseitigen, sondern mußten solide Verträge sein, und sie mußten langfristig Bestand haben, so daß keine Seite zu Nachverhandlungen Veranlassung sah. Keine Seite darf sich wirtschaftlich benachteiligt fühlen.

Der zweite Punkt war, daß die Verträge durch den parlamentarischen Ratifizierungsprozeß Gesetzeskraft erlangten. Die Kontrakte legen die Verpflichtungen beider Seiten sehr genau fest, so daß eine wirklich vertrauensvolle Geschäftsgrundlage besteht.

Dann wurde das Thema Korruption angesprochen. Für den AIOC kann ich wahrheitsgemäß sagen: Dieses sehr große Konsortium ist für dieses Land strategisch äußerst wichtig. Aber es hat mehrere amerikanische Investoren und einen großen britischen Investor, die an die amerikanischen Antikorruptionsgesetze gebunden sind. In den drei Jahren unserer Tätigkeit vor Ort hat sich der AIOC strikt daran gehalten, und es gab keinerlei Korruption.

Sicher, was die Gesellschaft insgesamt angeht und in anderen vielleicht anfälligeren Bereichen, gibt es natürlich Korruption. Als der AIOC nach Baku kam, war das eine unserer größten Befürchtungen als zukünftiger Investor. Mir wurde aber sehr bald klargemacht, daß die Korruption auf niedrigem Niveau keine Korruption im westlichen Verständnis ist, sondern Menschen versuchen zu ergattern, was sie können, um mit ihrer Familie unter äußerst schwierigen Bedingungen überleben zu können. Wenn man ein wirtschaftliches Umfeld schafft, in dem das so nicht mehr notwendig ist, wird es auch keine Korruption mehr geben.

Insgesamt meine ich, kann man das, was im Kaukasus gesehen ist und noch geschieht, sehr positiv einschätzen. Die Präsidenten von Aserbaidschan und Georgien haben die Region politisch und geopolitisch wieder ins Gleichgewicht gebracht. Wir haben außerdem regionale Veränderungen erlebt, die jetzt von Konfrontation hin zu Kooperation führen.

Aber auch hier müssen wir die Dinge im Zusammenhang sehen. Das erste Öl floß im vergangenen November, und das war eher von symbolischer Bedeutung. Es handelt sich dabei nur um ein sehr kleines Projekt, wenn man den Maßstab der internationalen Ölindustrie anlegt; doch für die aserbaidische Politik und für die ganze Region hatte dieses Projekt eine äußerst wichtige Vorreiterrolle. Aber es ist erst neun Monate her, daß das Öl floß. Dennoch bin ich sicher, es wird sich zeigen, daß das pragmatische Verhalten nicht nur der Ölleute, sondern auch der Politiker den Weg der Kaukasusregion in eine positive Zukunft weist.

Haseldonckx

Herr Erler, Sie haben gefragt, inwieweit wir hier eine Strategie verfolgen, um die Ressourcen zu kontrollieren; ob wir uns möglicherweise nur beteiligen, um in einem zweiten Schritt die Ölförderung zu verhindern oder zumindest zu verzögern. Ein Ölunternehmen geht aber nicht nach Aserbaidschan in der Erwartung, damit kurzfristig den Aktienpreis eines Gesellschafters in die Höhe zu bringen. Wir sind vielmehr interessiert, uns an den weltweit verfügbaren Öl- und Gasreserven zu beteiligen.

Im Grunde genommen suchen wir heute den - ich möchte es einmal so ausdrücken - "weißen Elefanten". Das relativ leicht zu findende Öl in der Nordsee ist weitestgehend gefunden. Es gibt zwar noch größere Ölpotentiale offshore in Mittel- und Nordnorwegen. Aber die norwegische Regierung hat entschieden, diese für die Industrie zur Zeit noch nicht freizugeben. Wir sind weltweit auf der Suche, um die Zukunft auch unseres Unternehmens zu sichern. Dazu brauchen wir im Rahmen der "Economy of scale" große Reserven als Basis, und die sehen wir in dieser Region. Deshalb wollen wir uns hier längerfristig engagieren.

Ich habe vorhin die Achse Kaspisches Meer - Persischer Golf angesprochen. Die dort vorhandenen Ölreserven repräsentieren innerhalb von zehn, fünfzehn Jahren etwa 70 Prozent der Weltreserven. Das heißt, wenn man als Ölunternehmen erfolgreich sein will, muß man in einer Region, die über größere Reserven verfügt, mit vertreten sein.

Die Förderung der Reserven wird durch "Production Sharing Contracts" und sogenannte "Joint Operating Agreements" abgesichert, also Vereinbarungen, die in einem Konsortium getroffen werden. Wir zahlen viel Geld, um an solchen Projekten beteiligt zu sein. Wir gehen darüber hinaus bestimmte Verpflichtungen ein. Bei der Off-shore-Förderung in Aserbaidschan heißt das konkret, daß sich ein Konsortium mit rund 100 Millionen Dollar Risikokapital in drei Jahren engagiert. Niemand nimmt eine solche Summe in die Hand, um anschließend die Förderung ruhen zu lassen. Jeder versucht, dies so schnell wie möglich in ein Projekt umzusetzen, um das Risikokapital wiederzugewinnen.

Wir gehen davon aus, daß die britische Nordseeförderung ihren Höhepunkt überschritten hat. In Norwegen wird das noch einige Jahre anhalten. Aber längerfristig betrachtet wird sich die Produktion von "easy oil" allmählich auf natürliche Weise verringern. Auch wenn es kurzfristig keine Nachfrage nach Öl aus dem Kaspischen Meer gibt, wird sich die Situation in zehn Jahren verändern, weil man dann auf der Suche nach Alternativen für das Nordseeöl, für das nordafrikanische und das westafrikanische Öl ist.

Zu den Stichworten Pipelinegeschäft mit Iran, Exportrouten, Swaps in beschränkten Mengen: Das ist kurzfristig rein wirtschaftlich gedacht eine durchaus vernünftige Option, die aber von politischen Voraussetzungen abhängt. Diese Fragen müssen zwischen Industrie und Politik diskutiert werden.

Frau Haga hat soziale Probleme angesprochen. Ich war vielleicht zu diplomatisch, als ich sagte, in den ersten Jahren werde der hiesige Staat wohl nicht davon profitieren - wenn überhaupt. Was ich befürchte, ist, daß in der Bevölkerung große Erwartungen bestehen, sie werde an dem Ölreichtum partizipieren. Angesichts der vertraglichen Vereinbarungen und der notwendigen Vorlaufzeiten bei den Projekten gehe ich davon aus, daß in den nächsten Jahren nicht sehr viel für die Bevölkerung abfällt. Es ist eine große Aufgabe für die hiesige Politik, dies der Bevölkerung klarzumachen.

Die Frage nach unserer sozialen Kompetenz will ich mit einigen Beispielen beantworten. Wenn wir irgendwo tätig werden, betrachten wir dies als ein langfristiges Engagement. Wir sind keine Händler, die kurzfristig kalkulieren, sondern wir gehen im Up-stream-Geschäft von mindestens 20 bis 25 Jahren aus. Anders gehen wir solche Engagements gar nicht ein.

Von daher versuchen wir, Strukturen und Organisationen aufzubauen und weitgehend mit einheimischem Personal zu besetzen. Damit ist dann auch ein schneller Technologietransfer verbunden. Um zwei Beispiele zu nennen: Von den 1400 Mitarbeitern, die wir in Ägypten beschäftigen, stammen lediglich 24 Experten aus dem Ausland. In unserer Joint-venture-Gesellschaft in Syrien mit 2500 Mitarbeitern, die noch im Aufbau begriffen ist, kommen nur 200 Fachleute aus dem Ausland. Das heißt, wir versuchen den Technologietransfer und die Ausbildung von Einheimischen zu forcieren, um derartige Projekte möglichst rasch in lokale Verantwortung zu überführen. Das ist auch der Grund, weshalb wir in Deutschland Mitarbeiter von SOGAR in den neuesten Technologien schulen.

Entsprechend versuchen wir, die lokale Zulieferindustrie mit ins Boot zu nehmen, und wir betreiben bei deutschen Unternehmen aktiv Werbung für die Länder, in denen wir tätig sind. Wenn beispielsweise Minister aus Aserbaidschan nach Deutschland kommen, vermitteln wir Kontakte auch zu anderen Industrien.

Was die Korruption angeht, stimme ich Herrn Adams voll zu. In unserem Unternehmen gibt es einen Kodex: Wenn wir jemand dabei erwischen, wird er sofort entlassen. Durch solche Machenschaften begibt man sich in Abhängigkeiten und wird erpreßbar. Schon aus diesem Grunde nehmen wir davon Abstand.

Was wir tun, ist, dort zu helfen, wo es der hiesigen Gesellschaft insgesamt nutzt und nicht nur einzelnen zum Vorteil gereicht. So renovieren wir beispielsweise in Baku auf unsere Kosten ein altes Gebäude, um dort ein aserbaidisch-deutsches Begegnungszentrum einzurichten. Auf diese Weise nehmen wir unsere soziale Verpflichtung wahr, die der hiesigen Gemeinschaft insgesamt zugute kommt.

Herr von Ploetz hat die Unterschiede beim Öl- und Gastransport erwähnt. Beim Gasgeschäft brauchen Sie in jedem Fall eine Pipeline und nach Möglichkeit einen nahe gelegenen Markt. Das Öl dagegen kann man, wenn es in einem Exportpunkt ankommt, mit Tankern um die ganze Welt transportieren. Das ist beim Gas kaum möglich. Deshalb hat für uns das Ölgeschäft in Aserbaidschan Priorität. Es gibt gewaltige Erdgasreserven in Rußland in Turkmenistan und im Iran. Dabei handelt es sich um On-shore-Reserven, deren Nutzung sehr viel geringere Kosten erfordert als die Off-shore-Reserven in dieser Region, deren Ausbeutung sich auf absehbare Zeit nicht lohnen dürfte. Von daher ist die Exploration von Gas mit erheblichem Risiko behaftet. Das heißt, wenn man hier Off-shore-Gasreserven fände, würde man sie wahrscheinlich zehn, fünfzehn Jahre liegen lassen.

Die Herren Müller, Gasteyer und Stürmer haben das Thema Globalisierung und die weltweite Verfügbarkeit von Öl angesprochen und gefragt, ob die OPEC noch eine Rolle spielt. Läßt sich also das Öl nicht mehr als Waffe einsetzen? In einigen Ländern haben die Ölförderraten in der Tat ihren Höhepunkt überschritten, und sie können praktisch nur noch für den Eigenverbrauch produzieren. Länder wie Ägypten, Syrien, Nigeria, Gabun oder Indonesien werden im Laufe der nächsten fünf Jahre ihre Ölförderraten so weit herunterfahren, daß nicht mehr sehr viel exportiert werden kann, es sei denn, man ist dort in der Lage, sich im Inland kurzfristig auf Gas umzustellen.

Ich habe durchaus die Sorge, daß längerfristig - sagen wir in zehn Jahren - die OPEC in der Region um den Persischen Golf wieder die Rolle spielen könnte, wie das zu Beginn der 70-er Jahre der Fall war. Deshalb wird die Ölindustrie sehen müssen, wie sie an neue große Ölquellen herankommt, um weiterhin die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Diese Bemühungen sind in der Industrie klar erkennbar. Beim Gas haben wir eine ganz andere Situation. Hier bieten sich für Westeuropa und auch für Nordamerika vielfältige Alternativen.

Hinsichtlich einer Pipeline auf dem Boden des Kaspischen Meeres wurde zu Recht die Frage gestellt, warum diese unsicherer sein soll als eine Pipeline, die von einer Plattform aus hundert Kilometer vor der Küste nach Baku führt. Es gibt heute genügend technische Vorkehrungen, um eine Pipeline auch unter Umweltschutzgesichtspunkten sicher zu betreiben. Ich würde aber den Transport über Land, wo immer er möglich ist, in jedem Falle vorziehen. Ich denke, auch im kaspischen Bereich gibt es solche Alternativen. Hier wird die Politik mitzureden haben. Meiner Meinung nach gibt es für eine Pipeline von Turkmenistan, die unter dem Kaspischen Meer nach Baku führt, durchaus Alternativen, sowohl über Rußland als auch über den Iran.

Mein Fazit ist: Die Off-shore-Produktion von Öl steckt im kaspischen Bereich noch in den Kinderschuhen; auch die politische Entwicklung steht erst am Anfang. Von daher halte ich den Versuch, hier Vertreter der Industrie und der Politik an einen Tisch zu bringen, für außerordentlich wichtig und möchte der Körber-Stiftung dafür Dank sagen.

Shi

Seit dem Zerfall der Sowjetunion betreiben die Staaten Zentralasiens und Transkaukasiens eine pluralistische Außenpolitik, indem sie sich auf verschiedene Staaten hinorientieren, um freundschaftliche Beziehungen zu ihnen zu unterhalten. Gleichzeitig versuchen sie, ein politisches Gleichgewicht zwischen den verschiedenen internationalen Kräften zu bewahren, um eine günstige internationale Lage für die wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen.

Erstens. Die politische Situation in dieser Region ist nach dem Ende des kalten Krieges und den dadurch ausgelösten gewaltigen geopolitischen Veränderungen nicht zuletzt durch die aggressive Haltung der USA und eine eher defensive Politik Rußlands gekennzeichnet. Jedenfalls ist eine Einmischung der USA - zumindest bestimmter Kreise - in die Angelegenheiten Zentralasiens und der kaspischen Region festzustellen, wobei sich die Amerikaner auf ihre große Wirtschaftsmacht verlassen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die USA mit dieser Politik, beispielsweise beim Kampf um die Energieressourcen der Region oder auch um die riesigen Erdölreserven in Kasachstan, außerordentlich erfolgreich sind.

Mit Unterstützung von Aserbaidschan haben die USA eine Reihe von multilateralen Verträgen zur Erdölförderung in der kaspischen Region unterzeichnet. Bis Juli 1997 hat Aserbaidschan zehn große Verträge mit ausländischen Gesellschaften mit einem Investitionsvolumen von insgesamt circa 30 Milliarden US-Dollar abgeschlossen, davon sieben mit den USA. Darunter sind drei multilaterale Verträge mit Investitionsanteilen der amerikanischen Gesellschaften von 40, 30 und 55 Prozent. Bei den übrigen bilateralen Verträgen zwischen den USA und Aserbaidschan entfallen auf die USA 50 Prozent des Gesamtvolumens. Rußland dagegen hat nur vier der vorgenannten großen Verträge mitunterzeichnet. Die russischen Investitionsanteile betragen dabei 10, 32 und 10 Prozent, während der vierte Vertrag ein unbedeutendes Volumen hat. Das zeigt, daß die USA beim Kampf um die Energiequellen die Oberhand gewinnen und ihren Einfluß unaufhörlich ausweiten.

Aufgrund ihrer wirtschaftlichen und politischen Schwäche sind die Möglichkeiten der russischen Beteiligung an der regionalen Zusammenarbeit sehr begrenzt. Statt dessen stimmen die Interessen von Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan und Georgien mit denen der USA, der Türkei und anderen westlichen Ländern bei der Erdöl- und Erdgasgewinnung, beim Transport und auf anderen Gebieten immer mehr überein, während der Einfluß Rußlands in dieser seiner traditionellen Region sich abschwächt.

Zweitens. Was den Ausgleich der Interessen und die Zusammenarbeit mit den Wettbewerbern angeht, so gibt es zwischen den verschiedenen Großmächten und den regionalen Machtzentren ernsthafte und komplizierte Widersprüche, zum Beispiel bezüglich der Festlegung des Status der kaspischen Region, der Schaffung eines internationalen Finanzblocks und des Baues der Ölpipelines. Auf der anderen Seite wird versucht, die Konflikte politisch zu regeln und die notwendigen Kompromisse zu suchen. Um die regionale Stabilität zu bewahren, werden auch die geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen Rußlands von den USA, der Türkei, Aserbaidschan sowie anderen Ländern in wichtigen Fragen berücksichtigt.

Rußland hat inzwischen auf eine harte Vorgehensweise verzichtet und wurde von Aserbaidschan bewußt bei den ersten drei Erdöllieferverträgen mit ins Boot geholt. Auf der anderen Seite mußte Aserbaidschan aus Angst vor einem Druck seitens der USA auf die weitere Zusammenarbeit mit dem Iran verzichten. Hinsichtlich der gegenwärtig so wichtigen Frage der Pipelineführung haben sowohl Aserbaidschan als auch die Türkei der Trassenführung Baku-Grosny-Noworossiysk zugestimmt, um Rußland entgegenzukommen.

Drittens. Geopolitische Tendenzen zur Multipolarität. Nach dem Zerfall der Sowjetunion verursacht das entstandene "Machtvakuum" in Zentralasien und in der transkaukasischen Region Interessenauseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Machtzentren. Bisher übt hier jedoch noch kein Land eine Dominanz aus. Trotz des zunehmenden strategischen Interesses seitens der USA muß nach wie vor der Widerstand von Rußland und dem Iran in Rechnung gestellt werden. Rußland nutzt dabei seine historisch gewachsenen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Beziehungen und übt immer noch einen beträchtlichen Einfluß in der Region aus. Die Türkei ist eines der Länder, die vom kalten Krieg profitiert haben und ihren Einfluß in dieser Region ständig erweitern. Die vorteilhafte geopolitische Lage der Türkei wird die Verhandlungen über die zukünftige Pipelineführung wesentlich beeinflussen. Vor- und Nachteile, Abhängigkeit und Widerstand - all das schafft ein relatives Machtgleichgewicht in der Region.

China mißt den Beziehungen zu den Staaten Zentralasiens und Transkaukasiens, die nach ihrer Unabhängigkeit eine neue internationale Rolle spielen, große Bedeutung bei. Sie sind zu guten Nachbarn für uns geworden. Dabei gibt es diese Beziehungen seit alters. Ich erinnere nur an die weltbekannten Seidenstraßen, die uns einst miteinander verbunden haben. Heute stehen China und die zentralasiatischen und transkaukasischen Länder vor der gleichen Aufgabe, nämlich die eigene Wirtschaft zu entwickeln und zu modernisieren, um den Wohlstand des Landes und seiner Bevölkerung zu heben und den Staat zu einem international einflußreichen Mitspieler zu machen. Um dieses Ziel zu erreichen, sind wir auf eine dauerhaft stabile internationale Lage angewiesen. Wir möchten gutnachbarliche Beziehungen aufbauen und eine gleichberechtigte Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen und Vorteil entwickeln.

Bei unseren außenpolitischen Beziehungen lassen wir uns von vier Hauptmomenten leiten: Erstens friedliche Koexistenz und gute Nachbarschaft, an denen alle Länder gemeinsam interessiert sind. China ist nicht auf ein Übergewicht aus und will die Länder Mittelasiens und des Transkaukasus nicht dominieren. Die Entwicklung Chinas zu einem prosperierenden Staat löst kein Hegemoniestreben aus. China verfolgt keine Politik der Stärke, sondern legt Wert auf gleichberechtigte gutnachbarliche Beziehungen. Diese Politik ist unveränderbar, was auch immer geschehen mag.

Zweitens geht es China um eine Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen, um den allgemeinen Wohlstand zu fördern. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit nimmt einen wichtigen Platz in unserer Politik gegenüber unseren Nachbarn ein. China hält sich dabei strikt an die Prinzipien der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens, ohne irgendwelche politischen Bedingungen für diese Zusammenarbeit zu stellen. Darum sind wir gegenüber den Ländern Mittelasiens und Transkaukasiens stets bemüht, die Kooperationsbereiche auszuweiten und das Niveau anzuheben.

Drittens sind wir der Auffassung, daß man die Entscheidung der Völker in den einzelnen Ländern achten muß. Das heißt, man darf sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischen. Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß die Länder Zentralasiens und Transkaukasiens in jeder Hinsicht in der Lage sind, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und für ihr eigenes Wohl zu sorgen.

Der vierte Punkt betrifft die Respektierung der Unabhängigkeit und der Souveränität sowie die Förderung der nationalen Stabilität. Wir wünschen von ganzem Herzen, daß Mittelasiens und Transkaukasien dauerhaften Frieden und Stabilität bewahren können. Wir unterstützen alle Bemühungen, die Unabhängigkeit und Souveränität zu schützen und Frieden und Stabilität in dieser Region sowie Freundschaft und Zusammenarbeit der betreffenden Länder untereinander zu fördern.

Die Entwicklung unserer Beziehungen mit den Ländern Zentralasiens und Transkaukasiens soll auch nicht zum Nachteil Dritter geschehen. Diese Länder sollen gutnachbarlich miteinander leben können und auch zu den übrigen Staaten der Welt freundschaftliche Beziehungen entwickeln, nicht zuletzt zu den anderen Staaten der GUS. Denn die Länder dieser Region können sich nur entwickeln, wenn Frieden und Stabilität herrschen, und zwar überall auf der Welt. Umgekehrt setzt Frieden auch Stabilität und Wohlstand in diesen Ländern voraus.

Nach Erringen der Unabhängigkeit haben sich die Beziehungen der Länder Zentralasiens und Transkaukasiens zu China positiv entwickelt. So gehört China zum einen mit zu den ersten Ländern, die die Unabhängigkeit dieser Staaten anerkannt und diplomatische Beziehungen aufgenommen haben. China hat Vereinbarungen über die Entwicklung der bilateralen Beziehungen geschlossen sowie eine Reihe weiterer Verträge über die Zusammenarbeit auf anderen Gebieten unterzeichnet. Auf diese Weise wurde die rechtliche Grundlage für die Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen geschaffen. Die Staatsoberhäupter haben sich verschiedentlich gegenseitig besucht. Der Vorsitzende der Volksrepublik China Jiang Zemin, Ministerpräsident Li Pen und andere Politiker waren in diesen Ländern mehrfach auf Staatsbesuch.

Die positive Entwicklung der Beziehungen zwischen China und diesen Ländern zeigt sich zweitens besonders deutlich in der Wirtschaft und beim Handel. So betrug das Handelsvolumen Chinas mit den fünf Ländern Zentralasiens 1992 470 Millionen US-Dollar und hat sich 1996 bereits auf etwa eine Milliarde US-Dollar mehr als verdoppelt. Die Zusammenarbeit im Energiebereich ist ein neuer Schwerpunkt in der wirtschaftlichen Kooperation.

Hinzu kommt drittens, daß die Grenzprobleme gelöst und das gegenseitige Vertrauen im Bereich der Sicherheit gestärkt werden konnte. China, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Rußland haben ein Abkommen über militärische Fragen im grenznahen Bereich und über die Abrüstung in den Grenzregionen unterzeichnet. China, Kasachstan und Kirgistan haben alle Grenzfragen erfolgreich

bewältigt, so daß die Grenzen zwischen China und seinen Nachbarstaaten jetzt dem Frieden, der Freundschaft und der gegenseitigen Sicherheit dienen.

Die Regierungen dieser Länder haben mehrfach erklärt, daß sie nur die Volksrepublik China als einzige gesetzliche Regierung Chinas anerkennen und keine offiziellen Beziehungen zu Taiwan unterhalten. Alle Beteiligten lehnen jede Form nationaler Abspaltung ab.

Viertens schließlich gibt es bei nationalen Fragen zunehmend gemeinsame Positionen und gegenseitige Unterstützung. Die internationale Entwicklung hat die Bedeutung insbesondere der Staaten Zentralasiens und Transkaukasiens erheblich gesteigert. In vielen wichtigen internationalen Fragen stimmen sie aufgrund ihrer Geschichte und gegenwärtigen Entwicklung mit den Positionen Chinas überein, wenn es beispielsweise um Menschenrechte oder darum geht, Frieden und Stabilität in der Region zu bewahren. Die gegenseitige Unterstützung bei der Lösung internationaler Probleme und bei der Entwicklung der Zusammenarbeit ist in den beiderseitigen Beziehungen zu einem sehr wichtigen Faktor geworden.

Die Beziehungen zwischen China und den genannten Ländern entwickeln sich also auf einer sehr soliden Grundlage, was im übrigen bereits in die Zeit der weltweiten großen Umwälzungen zurückreicht und der veränderten internationalen Situation Rechnung trägt. Beide Seiten müssen die geschlossenen Abkommen einhalten und ihre Beziehungen im positiven Sinne weiterentwickeln. Dafür sind wir ständig um neue Mechanismen bemüht, die den erfolgreichen Ausbau der Zusammenarbeit unterstützen können. Die Chancen dafür stehen gegenwärtig sehr gut.

Die geographischen Bedingungen wirken sich zudem vorteilhaft im Sinne einer starken gegenseitigen wirtschaftlichen Ergänzung und gleichzeitiger Wahrung der eigenen Identität aus. China hat sich bereits wirtschaftlich positiv entwickelt, und die Länder dieser Region sind sehr daran interessiert, die Zusammenarbeit mit uns auszubauen. Mit wachsenden gegenseitigen Kontakten und der Vertiefung der Kommunikation sowie der Stärkung der Zusammenarbeit entwickeln sich die Beziehungen zwischen China und den Staaten Zentralasiens und des Transkaukasus immer positiver.

Tashmukhamedova

Die Region Kaukasus und Kaspisches Meer steht im Zentrum der Aufmerksamkeit Rußlands, der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, der Türkei, Japans, Chinas, Deutschlands, Frankreichs, Dänemarks, Belgiens, Israels und weiterer Länder. Auch in Usbekistan sehen wir diese Region im globalen Kontext einer sich herausbildenden neuen Weltordnung und in Interdependenz mit geostrategischen Perspektiven der zentralasiatischen Staaten.

Wo ist der Platz Usbekistans in diesem Reigen? Usbekistan verfügt über erhebliche Energieressourcen. Die entdeckten Gasreserven betragen etwa zwei Billionen Kubikmeter; bei der Kohle sind es über zwei Milliarden Tonnen. Das ist mehr, als im Land selbst benötigt wird, so daß genügend für den Export zur Verfügung steht. Heute ist dies eines der gewinnbringendsten Investitionsfelder.

Eine wichtige Rolle in der Geopolitik des Kaukasus und der kaspischen Region spielen auch die circa 13 Milliarden Tonnen Erdöl und 6 Milliarden Kubikmeter Erdgas, was allerdings nicht mehr als fünf bis zehn Prozent der Weltreserven dieser Rohstoffe ausmacht. Beim Erdöl könnten die Länder dieser und der zentralasiatischen Region in Zukunft durchaus zu den größten Lieferanten auf dem Weltmarkt und vor allem auf den europäischen Märkten avancieren.

In unserem Institut für strategische und internationale Studien, das beim Präsidenten der Republik Usbekistan angesiedelt ist, werden auch Fragen der weltweiten Pipelines und Transportwege für die Kooperation und die Integration Usbekistans in die internationale Gemeinschaft diskutiert. Die Experten gehen davon aus, daß Usbekistan noch über riesige Vorkommen an Erdöl und Gas verfügt. Etwa 60 Prozent des Territoriums kommen für eine Förderung in Frage.

Fünf wichtige Erdöl- und Gasgebiete sind hierbei hervorzuheben: das Ustjurgskij-, das Bucharo-Chirinskij-, das Süd-West-Gissarskij-, das Surchandarjinskij- und schließlich das Ferganskij-Gebiet. Die Erdöl- und Gasvorkommen werden mit mehr als einer Billion US-Dollar bewertet. Die entdeckten Erdgasressourcen werden die Bedürfnisse der Republik noch mehr als 35 Jahre lang und die Erdölressourcen mehr als 30 Jahre lang decken. Die Republik Usbekistan ist an einer gleichberechtigten Integration in die vorhandenen Pipelinesysteme interessiert. Die Entwicklung unseres Landes hängt weitgehend vom Ausbau der Transportwege ab, die weltweite Wirtschaftskontakte, insbesondere zu den hochentwickelten Ländern ermöglichen.

Die gewachsene geopolitische Bedeutung dieser Region und die Entwicklung der neuen unabhängigen Staaten ist für Usbekistan natürlich von großem Interesse, nicht zuletzt im Kontext der Globalisierung. Usbekistan ist bestrebt, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Handelsbeziehungen auszuweiten, die Verkehrsverbindungen zu entwickeln und die humanen und demokratischen Bedingungen in unserem Land auf ein höheres Niveau zu bringen. Darin sehen wir die wichtigsten Voraussetzungen für eine stabile Entwicklung der kaukasischen und kaspischen Region sowie der Region Mittelasiens und der angrenzenden Regionen.

Dabei kommt der Wahl der Pipelinerouten natürlich ein ungeheures Gewicht zu. In diesem Zusammenhang gilt es besonders, das Projekt TRACECA (Transportkorridor "Europa-Asien-Kaukasus-Asien") zu realisieren. In diesem Rahmen investiert die EU erhebliche Mittel in die Entwicklung eines Ost-West-Transport-und-Handels-Korridors. Dieser hat seinen Ausgangspunkt in Mittelasien und verläuft durch das Kaspische Meer, über den Kaukasus und durch das Schwarze Meer nach Europa.

Am 18. Mai 1998 fand ein Gipfeltreffen zwischen den USA und den europäischen Staaten statt, das mit einer gemeinsamen Erklärung zu den Energieressourcen im kaspischen Raum abgeschlossen wurde, die unter anderem ein Programm für die Sicherung der Transportwege für die Öllieferungen beinhaltet. Dazu gehört auch die Modernisierung der bestehenden Transportnetze und die Schaffung neuer Öl- und Gasleitungen, die durch das Kaspische und das Schwarze Meer in Richtung Westen verlaufen. In dieser Erklärung heißt es, daß die Modernisierung der Infrastruktur in diesem Raum dringend erforderlich ist. Außerdem müsse die regionale Zusammenarbeit gestärkt und die Einhaltung der internationalen Standards im Energiebereich garantiert werden. Ausländische Investitionen sollen geschützt werden. Im Sinne einer ökonomisch sinnvollen Zusammenarbeit ist Usbekistan an Gastransporten und an der Nutzung der Verbindungswege für die Exporte und Importe von und nach Usbekistan besonders interessiert.

Nach Ansicht von Präsident Karimow ist nach der Eröffnung eines Teils der Straße Serachs - Mesched- Bender-Abbas deutlich geworden, daß die Staaten Zentralasiens damit einen realen Zugang zu den Häfen des Persischen Golfs gewonnen haben. Die Realisierung dieses Projekts zeigt, daß es Möglichkeiten praktischer Zusammenarbeit gibt. Usbekistan geht es dabei für den Transport seiner Energieressourcen um eine Rolle, die den wirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung trägt.

Von diesen Überlegungen lassen sich auch die Staaten des kaspischen Raumes leiten, wenn es um die Frage des rechtlichen Status des Kaspischen Meeres und um die künftigen Öl- und Gastransporte geht. Das ist jedenfalls die Position der Staaten dieser Region, auch von Aserbaidschan. Offensichtlich findet das ebenso die Unterstützung der Vereinigten Staaten von Amerika. Im April dieses Jahres hat ein Berater des US-Handelsministeriums Baku besucht und zum Ausdruck gebracht, daß die Effizienz des ost-westlichen Korridors vergrößert werden sollte. Die Leiter der außenpolitischen Behörden der betroffenen Staaten haben am 3. März 1998 in Istanbul ein gemeinsames Kommuniqué unterzeichnet, das die Notwendigkeit verschiedener Trassenführungen für die Ölpipelines unterstreicht.

Die Zusammenarbeit mit den Ländern dieser Region enthält für die USA auch eine strategische Komponente. Wie der vorerwähnte Berater der Vereinigten Staaten ausführte, verfolgen die USA hier eine Politik, die darauf abzielt, die Länder dieser Region in das euroatlantische und globale System einzubeziehen. Dabei ist auch der russische Faktor zu berücksichtigen, den man nicht ignorieren kann. Der amerikanische Berater unterstrich auf der Konferenz in Istanbul, daß die Vereinigten Staaten alle Transportrouten dahingehend bewerten, ob sie zur Stärkung der staatlichen Souveränität und der demokratischen Institutionen in den betreffenden Ländern dienen, ob sie ökonomisch zweckmäßig sind und zur Stabilität der weltweiten Strukturen beitragen, nicht zuletzt unter Berücksichtigung der Interessen der amerikanischen Firmen.

Das Projekt einer Route für den Gastransport aus Turkmenistan über den Iran und auch in die Türkei rief keine Kritik auf Seiten der USA hervor. Während eines offiziellen Besuchs turkmenischer Vertreter im April 1998 in den USA wurde eine Reihe von Dokumenten zwischen den USA und Turkmenistan unterzeichnet. Unter anderem ging es um eine finanzielle Hilfe für die Finanzierung einer technisch-ökonomischen Dokumentation, die dem Bau einer Gasleitung in die Türkei dienen soll. Des weiteren wurde ein Abkommen über eine strategische Allianz zwischen der turkmenischen Gesellschaft "Turkmenneft" und der amerikanischen Firma "Mobil-Monument" geschlossen sowie eine Vereinbarung mit der Ölgesellschaft "Exxon" über die Erforschung dieses Projekts getroffen. Das alles hat auch für die Republik Usbekistan positive Auswirkungen. Denn damit wird für das usbekische Gas kurzfristig ein Zugang zu den Weltmärkten geschaffen, das auf der gleichen Route wie das turkmenische Gas transportiert werden soll.

Die negativen Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten unterstreichen die überragende Bedeutung, die der wirtschaftlichen Effizienz sowohl bei der Förderung als auch hinsichtlich des Öltransports zukommt. Ungeachtet der Tatsache, daß jeder Trassenführung eine eigene Bedeutung zukommt, ist unbestritten, daß sich die verschiedenen Routen beim Zugang zum Weltmarkt gegenseitig ergänzen. Das heißt, die verschiedenen Trassenführungen sind auch im Hinblick auf ihre Interdependenz zu beurteilen.

Rußland und die USA sollten die Länder dieser Region ebenso in Fragen der Rüstungskontrolle unterstützen, damit die Gewinne aus den Energieressourcen nicht für die Finanzierung eines Wettrüstens verwendet werden. Diese Auffassung wird auch von Aserbaidschan nachhaltig unterstützt.

Wie die neue Weltordnung, die jetzt entsteht, letztlich aussehen wird, hängt weitgehend von der internationalen Kräfteverteilung an der Schwelle zum 21. Jahrhundert ab. Dazu können sowohl die Länder dieser Region als auch die anderen hier involvierten Staaten einen gewichtigen Beitrag leisten. Und der Wirtschaft kommt hierbei eine besonders wichtige Rolle zu.

Asimov

Wenn hier vom Südkaukasus - oder, wie es auch heißt, vom Transkaukasus - die Rede ist, denken wir dabei in erster Linie in geographischen oder in politischen Kategorien? Zumindest handelt es sich nicht um ein homogenes Gebilde. Die Gründe dafür liegen auf der Hand; denn es gibt beträchtliche Diskrepanzen zwischen den Staaten der Region, insbesondere im Bereich der Sicherheitspolitik und der politischen Orientierung.

Zwischen zwei dieser Länder besteht ein Militärbündnis, und zwischen zwei anderen gibt es kriegerische Auseinandersetzungen, während ein weiteres Land militärisch unter Druck gesetzt wird, das gleichsam als Werkzeug benutzt wird. Deshalb kann derzeit kaum von einem Gleichgewicht in dieser Region die Rede sein, die vielmehr ein starkes Machtungleichgewicht aufweist.

Aserbaidschan strebt ein Machtgleichgewicht an und möchte ein gleichberechtigter Partner und nicht nur eine Spielwiese sein. Herr Adams sagte zu Recht, wir sollten das alte "great game" vergessen, weil es der Vergangenheit angehört. Historisch gesehen ist das sicher richtig. Dennoch müssen wir feststellen, daß die alten Spielregeln nach wie vor in Kraft sind. Jedenfalls hat sich die Sicherheitsphilosophie nicht wesentlich verändert. Warum sonst sollten Polen, Ungarn oder die Tschechische Republik NATO-Mitglieder werden; andere Länder Zentral- und Osteuropas klopfen ebenfalls an diese Tür; und warum suchen Länder wie Aserbaidschan ebenfalls die Zusammenarbeit mit der NATO? Das heißt, es gelten nach wie vor die Regeln des alten Spiels, und es ist unsere Aufgabe, dies zu ändern.

Niemand will jene Mächte, die in dieser Region über Jahrhunderte präsent waren, herausdrängen, und wir kooperieren ja auch mit ihnen. Aber vornehmlich geht es uns in der Außenpolitik darum, die Regeln zu verändern. Aufgrund der vorerwähnten Machtungleichgewichte sehen sich die betroffenen Staaten veranlaßt, jeweils spezifische Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, was nach internationalem Recht jeder Staat ohne Druck von außen selbst bestimmen kann.

In der Region gibt es eine militärische Allianz, die sich gegen die NATO und gegen die Türkei richtet und - da Armenien daran beteiligt ist - auch gegen Aserbaidschan. Wozu sollten die militärischen Stützpunkte, Waffenlieferungen, Pläne und Operationen sonst gut sein? Und leider ist gegenwärtig nicht absehbar, daß sich daran kurzfristig etwas ändern wird.

Nach geltendem Völkerrecht können wir einem souveränen Staat nicht das Recht absprechen, von einem anderen Staat unterstützt zu werden. Aber für sensible Gebiete bieten sich eine Entmilitarisierung und der Verzicht auf ausländische militärische Präsenz durchaus an. Das gilt in besonderer Weise für Aserbaidschan und die ganze Region, was dem Frieden hier dienen würde. Mit anderen Worten, wir sehen jede ausländische militärische Präsenz hier negativ, als etwas, das die Entwicklung behindert und die Staaten in diesem Raum bedroht.

Grundsätzlich mag die Idee regionaler Zusammenarbeit eine gute Sache sein, zumindest in anderen Regionen. Aber angesichts der inhomogenen Situation und der vorhandenen Diskrepanzen wird man hier kaum von einer geeigneten regionalen Zusammenarbeit unter freien Staaten sprechen können. Wie können wir etwa mit einem Land zusammenarbeiten, das einen Teil unseres Territoriums besetzt hält? Wie können wir Pläne bezüglich Energieförderung und -transport entwickeln, wenn es keinerlei Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern gibt?

Auf der anderen Seite gibt es auch ein sehr gutes Beispiel für regionale Kooperation, wie sie in der GUAM-Gruppe stattfindet, in der sich Georgien, die Ukraine, Aserbaidschan und Moldawien zusammengesetzt haben, um auf verschiedenen Gebieten zusammenzuarbeiten unter Wahrung ihrer nationalen Interessen und ihrer Souveränität. Die Beachtung dieser Prinzipien erhöht den Zusammenhalt, der für die Zusammenarbeit in einer solchen regionalen Gruppierung notwendig ist.

Das heißt, es gibt derzeit zwei mögliche Wege. Der eine geht in Richtung einer regionalen Zusammenarbeit zwischen unabhängigen Staaten im südlichen Kaukasus, wobei alles verhindert wird, was einen Erfolg beeinträchtigen könnte. Die andere Möglichkeit wäre der Aufbau effizienter Modelle und Strukturen für die regionale Zusammenarbeit, was ich für die bessere Option hielte.

In der GUAM-Gruppe schließt die Zusammenarbeit die Sicherheitspolitik und auch Themen wie die Kooperation mit den bestehenden transatlantischen Sicherheits- und Integrationsstrukturen ein. Das betrifft auch den eurasischen Transportkorridor, an dem alle vier Länder liegen und die damit die gleichen positiven Erwartungen verbinden.

Die Kontakte in der GUAM-Gruppe verlaufen auf verschiedenen Ebenen, und auch auf höchster Ebene ist man sehr aktiv. So haben die Präsidenten sich bereits zweimal getroffen. Nach dem ersten Treffen veröffentlichte man ein gemeinsames Kommuniqué, in dem alle Möglichkeiten der Zusammenarbeit aufgezeigt wurden, und auch auf dem Gebiet der internationalen Sicherheit, der Erhaltung des Friedens arbeiten die vier Staaten eng zusammen, und sie planen, eine gemeinsame Friedenstruppe zu schaffen.

Natürlich sollten wir auch die Zusammenarbeit zwischen den vier Ländern im Energiebereich nicht vergessen. Wenn man den Blick ein wenig erweitert, stellt man fest, daß die zentralasiatische Gruppierung dabei ist, ihre Beziehungen zur anderen Seite des Kaspischen Meeres zu entwickeln. Mit der gemeinsamen Friedenstruppe macht es durchaus Sinn, die Zusammenarbeit zwischen diesen beiden regionalen Gruppierungen auch auf den eurasischen Transportkorridor auszuweiten und Fragen der Transportsicherheit mit einzubeziehen.

Ich erwähnte das fehlende Machtgleichgewicht und die daraus resultierenden Konsequenzen für die Region. Dabei müssen wir natürlich auch die russischen Interessen in der Region berücksichtigen. Auf der anderen Seite erwarten wir allerdings ebenso von der russischen Seite, daß sie ihre extreme Position aufgibt. Wir wollen die Russen nicht aus der Region herausdrängen, erwarten aber von Rußland, daß es die souveränen nationalen Interessen aller Staaten in der Region beachtet.

Einigen westlichen Experten scheint der Gedanke zuzusagen, daß sich auch Armenien von der russischen militärischen Präsenz befreien sollte. Ich bin ebenfalls der Ansicht, daß dies dem Frieden und der Stabilität in der Region dienlich wäre, und ich würde eine solche Entwicklung sehr begrüßen. Aber die armenische Politik gibt wenig Anlaß, meinen Glauben an diese Möglichkeit zu stärken.

Ich sprach davon, daß Polen, Ungarn und die Tschechische Republik unbedingt der NATO beitreten wollen. Aserbaidschan hat sich nie gegen die NATO-Erweiterung ausgesprochen, die wir für Europa sogar durchaus positiv beurteilen, die sich indirekt aber auch auf unsere Region auswirken würde.

Wie Sie wissen, ist Rußland entschieden gegen die NATO-Erweiterung. Ich weiß nicht genau, ob es sich dabei nur um eine politische Erklärung handelt oder ob man in der Erweiterung tatsächlich eine Bedrohung sieht. Hier in Baku hört man von russischer Seite immer wieder, daß Rußland im Falle der NATO-Erweiterung entsprechende Gegenmaßnahmen treffen werde, und ich frage mich, wie solche angemessenen Maßnahmen aussehen könnten. Ich wäre nicht überrascht, wenn die Antwort lautete, man werde versuchen, eine kollektive Sicherheitsvereinbarung als Gegengewicht zur NATO zu schaffen, der Aserbaidschan sicherlich beitreten müßte, auch wenn uns das überhaupt nicht zusagen würde.

Von daher meine ich, ist die NATO-Erweiterung auf der einen Seite durchaus positiv einzuschätzen, aber auf der anderen Seite wird sie sich indirekt auch auf unsere Region auswirken. Mit anderen Worten: Aserbaidschan befürchtet, von denjenigen einbezogen zu werden, die adäquate Gegenmaßnahmen ergreifen wollen.

Damit komme ich auf ein weiteres Thema zu sprechen, nämlich das kollektive Sicherheitssystem der GUS, dem der Geruch der Vergangenheit und des Warschauer Paktes stark anhaftet. Herr Pain sagte, das russische Volk verspüre den Drang, sich zu isolieren, und habe den starken Wunsch, sich auf die Russische Föderation zurückzuziehen und nichts sonst wahrzunehmen. Wenn das der Fall sein sollte, warum dann all diese Bemühungen, eine Staatengruppierung zu begründen, die eine starke Unterordnung unter extrem nationale Strukturen verlangt? Ich meine, den Interessen Rußlands

wäre ausreichend Genüge getan, wenn man kooperative Verbindungen zu den Nachbarländern aufbauen würde. Die einfachste Antwort lautet, das sei nur eine Frage der Mentalität, und wir sollten ein wenig abwarten, bis die russische Bevölkerung sich in dieser Hinsicht ändert. Ich weiß allerdings nicht, wie lange wir darauf warten sollen; denn ich denke, die gegenwärtige Situation erfordert ein schnelles Handeln der anderen Seite.

Ist die GUS-Struktur effizient? Ich würde das nicht verneinen angesichts der 3000 Dokumente, Papiere, Vereinbarungen, Verträge, Entscheidungen und so weiter, die von der GUS auf verschiedenen Ebenen unterschrieben, angenommen und verabschiedet wurden. Aber nur etwa 12 Prozent davon können als wirksam angesehen werden. Bereiche, in denen es sowieso keine Konflikte gab und die etwa die Veteranen der früheren Sowjetunion oder die sozialen Probleme der pensionierten Soldaten der sowjetischen Armee oder kulturelle Angelegenheiten und dergleichen betreffen. Und es ist natürlich sehr begrüßenswert, daß man sich bemüht, den Ländern zu helfen, die mit den sozialen Problemen von Menschen aus der früheren Sowjetunion konfrontiert sind.

Wenn es allerdings um Sicherheitsfragen, um Außenpolitik, um Wirtschaft, Freihandelszonen, Währungsunion und andere Initiativen innerhalb der GUS geht, dann stellen wir erhebliche Widersprüche zwischen den Ländern fest. Es gibt eine Gruppe von Staaten, die Moskau als Störenfriede ansieht. Dazu gehören die Ukraine, Georgien, Aserbaidschan, Usbekistan, Moldawien, mitunter auch Kasachstan und Turkmenistan. Alle diese Länder lehnen die nationalistischen Bestrebungen ab, die ihren Ursprung in Moskau haben. Ich denke, an dieser Situation in der GUS wird sich so lange nichts ändern, bis die betreffenden Staaten gemeinsam zu der Überzeugung gelangt sind, daß wir einen flexiblen Rahmen für die Zusammenarbeit brauchen - ohne jeden Versuch der Koordination und Unterordnung.

Das ist nicht vergleichbar mit der EU; denn diese Region ist weder geographisch noch politisch eine Einheit. Früher gehörte sie zur Sowjetunion, und es ist eben keine "Europäische Union". Von daher kann man die Erfahrungen der EU auch nicht auf diesen Raum übertragen, zumindest gegenwärtig nicht.

Herr Naumkin sprach sehr emotional davon, daß Rußland Aserbaidschan als einen freundschaftlichen und sehr wichtigen Partner ansieht. Ich freue mich über solche Aussagen, aber ich brauche überzeugende Argumente, um das zu glauben. Denn im Augenblick habe ich den Eindruck, daß dies keineswegs zutrifft. Warum liefert Rußland beispielsweise Waffen an Armenien? Wenn ich mir die tatsächliche Situation vor Augen führe, kann ich nur zu dem Ergebnis kommen, daß wir es hier mit einer recht merkwürdigen Partnerschaft zu tun haben. Es ist eine Art Haßliebe, die Rußland gegenüber Aserbaidschan hegt.

Herr Naumkin hat sich auch sehr interessant zu militärischen Überlegungen der Russischen Föderation innerhalb der früheren UdSSR geäußert. Das betrifft die Schaffung von Militärstützpunkten, die Kontrolle durch russische Streitkräfte der, wie sie es nennen, Außengrenzen der GUS und natürlich die friedenserhaltenden Maßnahmen, ein Terminus, der jetzt von so vielen mißbraucht wird als Feigenblatt für Aktivitäten, die kaum als friedenserhaltend bezeichnet werden können. Ich denke beispielsweise an die Situation in Abchasien oder in Tadschikistan und die politischen Konsequenzen und Implikationen, die wir mit den friedenserhaltenden Maßnahmen der GUS wahrnehmen. Oder was hat es mit Friedenserhaltung in Moldawien oder Transnistrien zu tun, wo die 14. Russische Armee eingesetzt ist und die Russische Föderation schon seit Jahren eine Vereinbarung über den Rückzug dieser Armee aus Moldawien ankündigt; aber sie ist immer noch dort.

Pain

Die vom stellvertretenden Außenminister Aserbaidschans geäußerten Wertungen der russischen Rolle in der GUS halte ich für recht illoyal; mich als russischen Staatsbürger treffen sie jedenfalls sehr, Herr Vorsitzender.

Asimov

Ihr Einwurf überrascht mich, Herr Pain; denn hier wurden doch bereits Sicherheitsfragen im Zusammenhang mit dem eurasischen Korridor diskutiert. Wir haben die regionale Zusammenarbeit angesprochen, und ich erwähnte eben die GUAM-Gruppe, der Moldawien angehört. Ich denke, wir führen hier eine offene Diskussion über Fragen von grundsätzlichem Interesse. Aber wenn Sie den offiziellen Standpunkt des aserbaidchanischen Staates hören wollen, dann können Sie davon ausgehen, daß Aserbaidschan gegen jede ausländische Militärpräsenz in den Ländern der früheren UdSSR ist.

Ich komme zurück auf die friedenserhaltenden Maßnahmen in der GUS. Ich würde sagen, fünf oder sechs GUS-Länder erkennen das Mandat der GUS für friedenserhaltende Maßnahmen nicht an. Daran wird sich auch nichts ändern, weil es derartige GUS-Maßnahmen nicht gibt. Es gibt den Aufmarsch russischer Truppen, die unter dem Logo GUS agieren. Die Situation in Georgien und anderen Ländern zeigt das sehr deutlich. Das ist die Realität, um die ich hier nicht herumrede.

Um dieser Politik und den Spielregeln, die in der Region zum Tragen kommen, entgegenzutreten, müssen wir natürlich an unsere eigenen Sicherheitsvorkehrungen denken. Aserbaidschan ist in der Tat Mitglied der europäischen und der transatlantischen Gemeinschaft; denn wir gehören der OSZE und der OECD an; wir sind auch am "Partnership-for-peace"-Programm beteiligt, und wir beteiligen uns an den entsprechenden Planungs- und Überprüfungsmaßnahmen zwischen der NATO und den Partnerländern.

Heißt das, daß wir uns in bezug auf die NATO gegen Rußland wenden? Keineswegs. Wir wären durchaus froh, wenn Rußland und die NATO mit den Ländern dieser Region zusammenarbeiten würden. Aber das ist ein anderes Thema. Doch dies ist auf jeden Fall eine wünschenswerte Option.

Wie steht es um die Sicherheit der Pipelines und der Ölfelder? Wer sorgt für die Sicherheit in der Region, sobald das Öl zu den Märkten fließt? Das ist natürlich von enormer strategischer Bedeutung, die von den beteiligten Staaten ernsthaft angegangen werden muß, und zwar nicht nur von den Produzenten- und den Transitländern, sondern auch von den Konsumentenländern. Sehen Sie darin bitte nicht die alte Holzhammerpolitik, die besagt: Wir nehmen Ihnen das Öl ab, also sorgen Sie gefälligst für die Sicherheit. Nein, hier müssen alle zusammenarbeiten angesichts der Spannungen und Sensibilitäten in der Region. Wenn wir die Sicherheit der Ölfelder und auch der Pipelines gewährleisten wollen, ist in der Tat die Zusammenarbeit zwischen Produzenten-, Transit- und Verbraucherländern unerlässlich. Es gibt in dieser Hinsicht verschiedene Optionen, an denen wir arbeiten. Ich füge hinzu, daß die Demilitarisierung des kaspischen Raumes die beste Option für die Sicherheit wäre. Aserbaidschan hat den anderen Küstenstaaten dies bereits vorgeschlagen.

Herr Gasteyer sagte zu Beginn, es bestehe eine große Kluft zwischen Möglichkeit und Wirklichkeit. Das mag so sein; aber sie ist sehr viel kleiner geworden, als es noch vor vier Jahren der Fall war. Deshalb sollten wir keineswegs zögern, diese ungeheuren Aufgaben anzugehen, die wir in Zukunft vor uns haben. Wir sollten damit unverzüglich beginnen. Dies ist ein komplizierter Prozeß, der komplexe Maßnahmen in unterschiedlicher Hinsicht erfordert.

Pain

Als 1992 in Aserbaidschan eine Volksfront regierte, hat Präsident Eltschibei die Mitgliedschaft Aserbaidschans in der GUS aufgegeben. Als Präsident Alijew 1993 gewählt wurde, war eine seiner ersten politischen Maßnahmen, Aserbaidschan wieder in die GUS zurückzubringen. Seitdem wird die GUS zwar immer wieder beschimpft, aber Präsident Alijew hat zu keiner Zeit angekündigt, daß Aserbaidschan die Absicht habe, die GUS wieder zu verlassen. Im Gegenteil, er nahm an den meisten Treffen teil und ist Mitglied des Rates der Staatspräsidenten. 1995 war er dabei, als der Beschluß gefaßt wurde, eine kollektive Friedenstruppe in Tadschikistan ins Leben zu rufen, und 1997 stimmte er dem Beschluß zu, friedenschaffende Maßnahmen in Abchasien durchzuführen. Alle diese Aktivitäten erfolgten also mit Zustimmung Aserbaidschans.

Aber der gemeinsame Beschluß der Staatspräsidenten für eine kollektive Friedenstruppe in Tadschikistan wurde nicht umgesetzt; denn außer Rußland wollte kein Staat seine Truppen schicken. Deshalb hatte auch kein Land außer Rußland Verluste zu beklagen, und nur in Rußland machte sich in der Bevölkerung Unzufriedenheit darüber breit. Auch gegenwärtig will kein Staat der GUS seine Truppen nach Abchasien schicken und die entsprechenden Unannehmlichkeiten auf sich nehmen.

Was die NATO angeht, so sind sämtliche Staaten der GUS an der "Partnership for peace" beteiligt. Rußland hat mit der NATO ein Abkommen über die Bedingungen einer Zusammenarbeit geschlossen, so daß die politischen Probleme mit der NATO weitgehend gelöst sind, obwohl Rußland nach wie vor gegen die NATO-Osterweiterung ist.

Innerhalb der GUS gibt es verschiedene Organisationen, unter anderem einen zentralasiatischen Bund, der aus Georgien, Aserbaidschan, der Ukraine und Moldawien besteht. Diese Staaten, die ein eigenes Bündnis geschaffen haben, wollen aber die GUS nicht verlassen. Was ich nicht verstehe, ist, warum einige Staaten innerhalb der GUS eigene Bündnisse eingehen, die anderen aber nicht.

Herr Asimov hat den Russen geraten, ihre Mentalität zu verändern. Ich würde derartige Ratschläge nicht gegenüber den Aserbaidschanern abgeben. Derartige Äußerungen halte ich selbst im kleinen

Kreise für unangemessen. Außerdem bin ich der Meinung, daß es auch in Aserbaidschan Menschen mit sehr unterschiedlichen politischen Standpunkten gibt, wobei die Bereitschaft, sich dazu öffentlich zu bekennen, sicher in den einzelnen Gesellschaften unterschiedlich entwickelt ist.

Wittebrood

Herr Asimov hat gesagt: Lassen Sie uns das Kind beim Namen nennen: Regionale Zusammenarbeit ist so lange nicht möglich, wie ein Teil meines Landes durch ein anderes Land besetzt ist. Ich würde umgekehrt argumentieren: Solange ein Teil Ihres Landes durch ein anderes Land besetzt ist, brauchen Sie die regionale Zusammenarbeit und die Suche nach einer umfassenden Lösung, um politische Stabilität zu erreichen.

Dabei mißt Aserbaidschan der regionalen Zusammenarbeit erhebliche Bedeutung bei. Es ist Mitglied in der Partnership of Cooperation Agreement (PCA), eine Einrichtung, die den politischen Dialog auf regionaler Ebene fordert. Es ist ein aktives Mitglied von TRASECA, bei der es um die Transportkorridore geht. Desgleichen ist es .aktives Mitglied von INOGATE bezüglich der Öl- und Gaspipelines. Aserbaidschan ist Mitglied der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation. Es beteiligt sich an unseren Initiativen in Sachen Drogen, Rechtsangelegenheiten sowie bei Umweltfragen. Nicht zuletzt hat Aserbaidschan das Zustandekommen eines Gipfeltreffens auf Präsidentenebene in Baku initiiert, um die bestehenden bilateralen Transportvereinbarungen zu multilateralen Vereinbarungen zu erweitern.

Wenn man all diese Initiativen zusammennimmt, die Aserbaidschan am stärksten mit unterstützt, dann denke ich, daß Präsident Alijew und Ministerpräsident Rasisade recht haben, wenn sie in der regionalen Zusammenarbeit das beste Vehikel sehen, um politische Stabilität zu schaffen.

Erler

Ich denke, jeder hier im Raum hat gespürt, daß es eine Spannung gibt zwischen dem, was Herr Asimov gesagt hat, und dem, was wir von Herrn Goulizade gehört haben. Ich finde, wir sollten Herrn Asimov dankbar dafür sein - unabhängig davon, ob er die regierungsamtliche Position wiedergegeben hat oder nicht;- , daß dadurch ein Stück der politischen Realität dieser Region sichtbar wurde und der Watteteppich des Wohllollens, der unsere Diskussion zunächst überdeckte, ein wenig zur Seite rückte.

Sie haben sich zu der Vereinigung GUAM geäußert. Im Kontext Ihres Beitrags konnte man Zweifel haben, ob die Kooperation dieser vier Länder ausschließlich positiv zu bewerten ist oder ob sie sich auch im Sinne einer antirussischen Allianz interpretieren ließe. Sollte dies zutreffen, müßte man nach Alternativen Ausschau halten; denn Allianzen, die vornehmlich auf einer negativen Zielsetzung beruhen, fordern Gegenmaßnahmen heraus. So gibt es eben auch Allianzen auf russischer Seite, etwa mit Armenien, mit dem Iran, zum Teil mit Turkmenistan. Und solche strategischen Allianzen können dieser Region nur schaden.

Wie steht es um eine Alternative? In diesem Zusammenhang möchte ich die OSZE ins Spiel bringen, eine Organisation, die in dieser Region bereits an vier Stellen nützliche Beiträge geleistet hat: in Tadschikistan, in Georgien, in Tschetschenien und auch in Nagornij-Karabach. Zwar ist keines dieser Probleme bisher gelöst, aber wenn es bei allen vier Konfliktfällen überhaupt zum Dialog gekommen ist, dann hat die OSZE dazu beigetragen.

Die OSZE genießt das Vertrauen und die Unterstützung sowohl der Vereinigten Staaten als auch der Russischen Föderation. Ihr gehören alle Staaten dieser Region an. Insgesamt hat sie 54 Mitgliedsländer. Auch in der NATO-Rußland-Akte ist - da knüpfe ich an Herrn Pain' an - eine Stärkung der Rolle der OSZE vereinbart worden. Es ist sicher bemerkenswert, daß gerade in letzter Zeit in dieser Region das Interesse an einer unterstützenden Rolle der OSZE gewachsen ist.

Der amtierende Vorsitzende der OSZE, der polnische Außenminister Geremek, hat im April dieses Jahres eine Reise durch die fünf zentralasiatischen Staaten unternommen. In allen diesen Ländern wurde ihm erklärt, daß eine stärkere Rolle der OSZE gewünscht sei. Bisher gibt es nur ein sehr bescheidenes Sekretariat in Taschkent, das sogenannte Central Asian Alliance Office, das von lediglich drei Personen besetzt ist. Die fünf Länder haben jetzt Interesse daran geäußert, jeweils eigene Regionalbüros der OSZE zu eröffnen. Weniger begeistert war man dort über die Rolle des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte, dessen Arbeit nicht so populär ist. Es hieß aber, die OSZE möge mehr für die ökonomische und ökologische Zusammenarbeit tun. Das gilt auch für die ökologische Hilfe in der kaspischen Region. Nun bin ich allerdings der Meinung, daß die Arbeit

der Menschenrechtsorganisation nicht vernachlässigt werden darf; andererseits sollte man aber auch die vorgenannten Anliegen ernst nehmen. Hier sehe ich eine große Aufgabe für Westeuropa, insbesondere für die Europäische Union.

Die Wirtschaft - auch die deutsche - führt immer wieder beredt Klage, man könnte in Aserbaidschan und in den Nachbarländern mehr tun, wenn es stärkere Tendenzen zu einem gemeinsamen Markt, auch einem gemeinsamen Verbrauchermarkt, gäbe, der immerhin 70 Millionen Menschen umfassen würde. Die Märkte der einzelnen Länder sind für sich genommen für Investitionen nicht attraktiv genug. Und die großen ökologischen Katastrophen, etwa am Aralsee, in Semipalatinsk - also dort, wo früher die sowjetischen Atomtests stattgefunden haben;- , aber auch die Umweltprobleme in der kaspischen Region können zweifellos nur in Kooperation und zum Teil nur mit internationaler Hilfe gelöst werden.

Von daher wäre es sicher eine Alternative zur Bildung gegeneinander gerichteter strategischer Allianzen, der OSZE in dieser Region mehr Gewicht zu geben, zumal sie auf einem Konsens über gemeinsame Werte und verbindliche Rechtsordnungen aufbaut.

In diesem Zusammenhang bedaure ich, daß der Beitrag von Herrn Schütterle, der uns eingehend über die Möglichkeiten der Energiecharta und des Energiecharta-Vertrages unterrichtet hat, bisher so wenig Resonanz gefunden hat. Denn dieses Instrument wirkt in der gleichen Richtung wie die OSZE. Alle Länder dieser Region sind daran beteiligt und haben entsprechende Verpflichtungen übernommen. Um noch einmal auf Herrn Asimov zurückzukommen: Wenn man über Pipeline- und Transitsicherheit bei Öl und Gas spricht, dann ist nicht nur eine militärische Antwort auf diese Herausforderung interessant, sondern da könnten vor allem die vielfältigen Möglichkeiten der Energiecharta und des Energiecharta-Vertrages, dem Ihr Land beigetreten ist, genutzt werden. Das ist sozusagen die demokratische Antwort, wenn es um Energiesicherheit geht. Ich bin davon überzeugt, daß die westeuropäischen Länder, die an einer Stärkung der Integrationsprozesse in dieser Region interessiert sind, eher auf die Energiecharta setzen werden als auf irgendwelche strategischen Allianzen.

Naumkin

Herr Erler hat betont, daß es zu einer breitangelegten regionalen Zusammenarbeit keine Alternative gibt und daß dies nicht von irgendwelchen politischen Interessen abhängt. Das kann ich nur unterstreichen.

Herr Asimov hat mich in verschiedenen Punkten angesprochen. Ich kann nur wiederholen, daß Aserbaidschan für Rußland ein sehr wichtiger Partner ist. Diese Einschätzung wird im übrigen sowohl von der politischen Führung als auch von der überwiegenden Mehrheit der öffentlichen Meinung in Rußland geteilt, obwohl es natürlich auch bei uns gewisse Gruppierungen gibt, die vielleicht anders darüber denken. Das kann in einer demokratischen Gesellschaft gar nicht anders sein. Auch in Rußland gibt es Gruppen, die gegen Aserbaidschan eingestellt sind - so wie es in den USA, in Frankreich und in anderen Ländern solche oppositionellen Gruppen gibt.

Rußland ist aber insgesamt an einem stabilen, prosperierenden und unabhängigen Aserbaidschan interessiert. Das entspricht der objektiven Interessenlage, die in den bilateralen Beziehungen, die Rußland zu Aserbaidschan unterhält, und in den abgeschlossenen Verträgen ihren Ausdruck findet. Selbstverständlich beruhen diese Beziehungen auf der Achtung der gegenseitigen Souveränität. Deshalb sollte man Rußland auch nicht ungerechtfertigt vorwerfen, Bündnisse einzugehen, die sich gegen Dritte richten. Wir haben bilaterale und multilaterale Beziehungen innerhalb der GUS, eine Organisation, die auch auf unserer Seite häufig stark kritisiert wird. Ich meine, kein Land wird zu einer Mitgliedschaft in der GUS gezwungen.

Wichtig ist, daß sich die bilateralen Beziehungen gegen niemanden richten. Auch die russisch-armenischen Beziehungen enthalten weder antitürkische noch antiamerikanische Elemente. Rußland ist insbesondere an guten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten interessiert. Das gleiche gilt für unsere Beziehungen zur Türkei. Wenn ich richtig informiert bin, beläuft sich der Wirtschaftsaustausch mit diesem Land inzwischen auf einen Betrag von umgerechnet 11 Milliarden Dollar. Die Türkei ist also für Rußland einer der wichtigsten Wirtschaftspartner, was die politischen Probleme, die es zwischen uns durchaus noch gibt, zweifellos überdeckt.

Dann zur Frage der Sicherheit, ein meiner Meinung nach eminent wichtiges Thema. Das betrifft nicht zuletzt die Sicherheit der Ölpipelines gerade auch in jenen Staaten, durch die diese Leitungen führen. Natürlich hat jedes Land das Recht, in bezug auf die eigene Sicherheit seinen Standpunkt zu

vertreten. Auch Rußland kann von niemandem das Recht abgesprochen werden, darüber nachzudenken, wie seine Sicherheit in dieser Region zu gewährleisten ist. Ich denke, wir sind niemandem darüber Rechenschaft schuldig, auf weiche Weise wir unsere Grenzen im Süden sichern wollen, solange dies völkerrechtlich anerkannten Grundsätzen entspricht.

Wenn beispielsweise Armenien zustimmt und sogar die Bitte äußert, daß sich geringfügige russische Streitkräfte auf seinem Territorium aufhalten, so ist das gewiß keine Tragödie und richtet sich nicht gegen Dritte. Entsprechend hat auch jeder andere Staat das Recht zu entscheiden, wie er seine Sicherheit gewährleisten will.

Wenn die Öl- und Gasstrukturen in dieser Region allerdings so beschaffen sind, daß daraus für Rußland eine Bedrohung entsteht, wird Rußland dem selbstverständlich zu begegnen [suchen. Das muß nicht unbedingt mit militärischen Mitteln geschehen, sondern es gibt ja auch politische Möglichkeiten, diese Probleme zu lösen. Es geht nicht darum, daß die Präsenz von irgend jemandem für Rußland eine Bedrohung darstellt. Aber Herr Asimov sagte, die Sicherheit der Ölleitungen müßten ebenso von den Abnehmerländern garantiert werden, und das würde auch den Einsatz militärischer Mittel nicht ausschließen - in diesem Sinne haben sich jedenfalls offizielle Vertreter Aserbaidschans in letzter Zeit geäußert. Daraus kann eine Situation entstehen, die Rußland zu einer Reaktion veranlaßt. Das beinhaltet zweifellos die Gefahr einer gewissen Konfrontation, woran weder Aserbaidschan noch Rußland gelegen sein kann.

Herr Erler sprach davon, man müsse sich um kollektive Lösungen zur Wahrung von Sicherheit und Stabilität bemühen, und er erwähnte die Rolle der OSZE und anderer regionaler Strukturen. Auch die GUS ist in diesem Sinne eine geeignete regionale Organisation. Ich denke, das ist in der Tat der Weg, der den größten Erfolg verspricht.

Ich verstehe durchaus die Bitterkeit, die unsere aserbaidschanischen Freunde heute verspüren und die zweifellos mit dem Tatbestand zusammenhängt, daß Aserbaidschan einen Teil des eigenen Territoriums verloren hat. Daran trifft aber Rußland keine Schuld, und man sollte uns dies nicht vorwerfen. Vielmehr hat Rußland alles in seiner Macht Stehende getan, um diesen Konflikt zu lösen. Ich darf Sie daran erinnern, daß es weitgehend Rußland zu verdanken war, wenn es zu einem ersten Waffenstillstand gekommen ist. Bitterkeit und Enttäuschung dürfen indes nicht dazu führen, daß alle Bemühungen verhindert werden, die Möglichkeiten konstruktiver Zusammenarbeit zwischen allen Partnern der Region auszuloten, die an der Stabilität im Südkaukasus interessiert sind.

Rumer

Was die Diskussion über den russischen Einfluß gegenüber den neuen unabhängigen Staaten angeht, ist das Rußland-NATO-Verhältnis der eigentliche Kern des Problems. Dazu will ich nur anmerken, daß in dieser Hinsicht in Rußland selbst kaum eine Opposition! zur Erweiterung der NATO besteht. Das ist vor allem ein Thema für die Eliten, während sich die Mehrheit der russischen Bevölkerung kaum dafür interessiert, ob Polen, Ungarn oder die Tschechische Republik der Allianz beitreten oder nicht. Das belegen zahlreiche Umfragen. Das heißt nicht, daß es in Rußland zur NATO-Frage einen Konsens gibt. Sicherlich stehen einige der westlichen Allianz mißtrauisch gegenüber, während andere - vielleicht eine Minderheit - die Allianz eher als stabilisierenden Faktor in Europa ansehen. Andere wiederum begrüßen die russische Partnerschaft mit der NATO und setzen darauf, daß der NATO-Rußland-Vertrag funktioniert.

Ich denke, solche unterschiedlichen Standpunkte gibt es in der russischen Politik auch gegenüber den neuen unabhängigen Staaten im Kaukasus. Einige sind besonders mißtrauisch gegenüber jedem Einfluß von außen, der auf die wirtschaftlichen, politischen oder sicherheitspolitischen Entwicklungen im Kaukasus einwirkt. Es gibt einige Extremisten, die für eine härtere russische Politik und Gangart plädieren. Aber das ist nicht der offizielle Standpunkt. Wieder andere - dazu gehört sicher auch der Vertreter von Lukoil hier befürworten eine konstruktive Partnerschaft und sehen auf die ökonomischen Möglichkeiten der Region.

Mit dieser Ambivalenz in der Führung der russischen Außenpolitik, aber auch in Rußland generell, werden wir noch einige Zeit leben müssen. Das ist eine der Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, wenn wir uns in der Region weiter engagieren und zu einem ausgewogenen Verhältnis kommen wollen. Denn es kann nicht darum gehen, Rußland zu unterminieren, sondern die strategische Unabhängigkeit und Souveränität der neuen unabhängigen Staaten zu stützen.

Mitunter habe ich den Eindruck, daß unsere russischen Kollegen nicht genügend berücksichtigen, daß Rußland sich zwar aus weiten Gebieten zurückgezogen hat, aber immer noch eine Großmacht ist. Die

militärische Schlagkraft Rußlands ist nach wie vor erheblich. Um es überspitzt zu sagen: Wenn Rußland niest, werden viele Leute nervös. Was auf russischem Territorium geschieht, kann erhebliche Auswirkungen in der ganzen Region haben. Tschetschenien ist ein Beispiel dafür, das uns noch unerhört gegenwärtig ist. Deshalb meine ich, wir sollten sehr sensibel für innerrussische Entwicklungen sein, die sich auf die ganze Region auswirken können.

Was regionale Bündnisse angeht, halte ich GUAM für eine sehr positive Entwicklung für die regionale Zusammenarbeit und die Bewahrung der Unabhängigkeit im kaspischen Raum. Eben das ist es ja, was wir wollen: die Zusammenarbeit von unabhängigen Staaten auf wirtschaftlicher, politischer und sicherheitspolitischer Ebene. Unser Ziel sollte es indes nicht sein, solche Partnerschaften exklusiv zu gestalten, sondern sie stärker zu öffnen. Und ich stimme zu, wenn hier gesagt wurde, die OSZE sollte das Hauptinstrument für ein solches Engagement sein. Die OSZE ist in der Tat ein Forum, das Länder innerhalb und außerhalb der Region an einen Tisch bringt. Ich meine, es liegt im Interesse aller, daß sich die OSZE hier langfristig engagiert. Unsere Aufgabe ist es, die OSZE mehr für diesen Teil der Welt zu interessieren.

Vaner

Ich möchte auf die Möglichkeiten und Schwierigkeiten der regionalen Zusammenarbeit im kaspischen Raum zurückkommen. Ich sehe auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion vier Hauptkonflikte: Tadschikistan, Tschetschenien, Abchasien und Nagornij-Karabach. Die Situation in Tadschikistan führt mitunter an den Rand eines Bürgerkrieges, aber dieser Staat ist nach wie vor unabhängig. Tschetschenien gehört zur Russischen Föderation, bis eine neue Ordnung gefunden worden ist. Abchasien als Teil von Georgien ist sicher ein ernstes Thema, das aber im Augenblick ruht. Nagornij-Karabach ist zweifellos die dramatischste Problematik. Unsere aserbajdschanischen Freunde haben uns ja daran erinnert, daß ein Fünftel ihres Landes von einer ausländischen Macht besetzt ist. Von daher sollte man auch die Gründe verstehen, warum Aserbajdschan auf der einen Seite die regionale Zusammenarbeit in Frage stellt, sich aber auf der anderen Seite gezwungen sieht, in der Region zu kooperieren.

Was die Frage einer strategischen Allianz mit der Türkei und die Rolle der Türkei in der Region angeht, stimme ich Herrn Asimov zu: Diese Allianz ist wesentlich bedingt durch drei Faktoren: Zum einen die Besetzung eines Teils von Aserbajdschan; zweitens die Isolierung vom Iran, wobei die Situation im südlichen Aserbajdschan das Mißtrauen zwischen Baku und Teheran nährt, und drittens die Isolation gegenüber Rußland. Von daher ist verständlich, daß Aserbajdschan die Türkei als Schutzmacht zu gewinnen sucht, zumal die Türkei aus historischen, strategischen und kulturellen Gründen für Aserbajdschan ein natürlicher Verbündeter ist.

Die Stabilität in der gesamten Kaukasusregion hängt in hohem Maße davon ab, ob die Lage in der Türkei stabil bleibt. Dabei fühlt sich die Türkei ihrerseits in gewisser Weise von Europa isoliert. In den Entscheidungen von Luxemburg hieß es, die Türkei weise demokratische Defizite auf und die Menschenrechte würden nicht ausreichend gewahrt; es gebe aber auch kulturelle Unvereinbarkeiten. Es nimmt also nicht wunder, daß die Türkei sich in gewissem Maße von Europa abgelehnt fühlt. Diese europäische Haltung hat aber auch Rückwirkungen auf die Kaukasusregion, speziell auf Aserbajdschan. Die Türkei ist eine Art Seismograph für die Instabilität der ganzen Region.

Im Nahen Osten darf man nicht übersehen, daß Syrien die Kurdenfrage für seine Zwecke instrumentalisiert, was dazu führt, daß die Türkei eine strategische Allianz mit Israel anstrebt. Das gleiche gilt für den Balkan, wo die Türkei die Instabilitäten zu spüren bekommt, da Rußland sich dort einmischt. Es besteht die Gefahr, daß Zypern im kommenden Jahr zu einem Spannungsherd wird, weil dort russische Flugabwehrraketen stationiert werden.

Bezüglich der russischen Engagements in der kaspischen Region gibt es, wie Herr Naumkin ausführte, sicherlich wichtige Gründe für eine Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Rußland, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, auch im Rahmen des Schwarzmeer-Kooperationsrates. Es gibt aber auch Spannungen zwischen Rußland und der Türkei, etwa in der Nagornij-Karabach-Problematik. Es mag normal sein, wie Herr Naumkin sagte, daß Rußland Militärstützpunkte und Truppen in Armenien unterhält es ist aber sicher nicht normal, wenn ein Teil von Aserbajdschan von Armenien besetzt ist.

Solange Armenien von Rußland militärisch unterstützt wird - und diese Militärhilfe beläuft sich bisher auf eine Milliarde Dollar;- , kann dies von der Türkei und von Aserbajdschan nur als politische und militärische Unterstützung Rußlands zugunsten von Armenien verstanden werden. Von daher muß man feststellen, daß der vormalige Präsident von Armenien, Ter-Petrosjan, in der Region eine

moderate Politik verfolgt hat - im Vergleich zum jetzigen Präsidenten Kotscharjan, der gegenüber Aserbaidschan und der Türkei eine aggressive Politik an den Tag legt.

Meine Schlußfolgerung ist: Ich denke, man muß die Gründe für die strategische Allianz zwischen der Türkei und Aserbaidschan verstehen - das gilt vor allem für Westeuropa;- , um weder die Türkei noch Aserbaidschan regional weiter zu isolieren. Das hätte jedenfalls erhebliche negative Auswirkungen auf die Sicherheitslage in der Region.

Vashakmadze

Wie steht es um die Sicherheit der Pipelines? Mein Eindruck ist, daß Herr Asimov in diesem Punkt falsch verstanden worden ist. Es hieß, die Produzenten-, Transit- und Verbraucherländer müßten alle einen Beitrag leisten, um die Sicherheit zu gewährleisten. Das könnte indes wiederum so interpretiert werden, daß es möglich ist, die Pipelines militärisch zu sichern. Für Georgien - das möchte ich mit Nachdruck sagen - ist das überhaupt keine Option. Wir setzen uns mit diesem Thema sehr ernsthaft auseinander, um eine Lösung der Sicherheitsproblematik zu finden; aber das kann keinesfalls heißen, dafür die Einrichtung von Militärstützpunkten ins Auge zu fassen.

Des weiteren möchte ich betonen, daß Georgien in keiner Weise beabsichtigt, eine Pipeline, die durch unser Territorium verläuft, zu benutzen, um Kontrolle auszuüben oder damit irgendwelche politischen Ziele zu verfolgen. Wir sind nicht daran interessiert, irgend jemandes Interessen zu beeinträchtigen, sondern uns geht es allein darum, ein zuverlässiges Mitglied der internationalen Gemeinschaft zu werden. Dafür wollen wir alles tun, was uns möglich ist.

Es hieß hier, Georgien erwarte, durch die Pipeline ein reiches und wohlhabendes Land zu werden. Natürlich hoffen wir, daß auf diese Weise unsere Wirtschaft stabilisiert wird. Es geht aber nicht nur um die Pipelines, sondern um das gesamte Konzept der Ost-West-Transporte. Georgien war in seiner Geschichte immer ein Verbindungsglied zwischen Ost und West und ein Außenposten für Europa und Asien. Daran hat sich auch heute nichts geändert. Angesichts seiner geographischen Lage und seines Wunsches nach einem sicheren Umfeld und entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen versteht sich Georgien als Mitbewerber bei der Entwicklung der Transportfazilitäten.

Aber das ist nicht unser eigentliches Ziel. Uns geht es vielmehr darum, daß sich die Region wirtschaftlich entwickelt und Stabilität gewährleistet ist. Daß dies in erster Linie von der Lösung der regionalen Konflikte abhängt, ist klar, und die Frage des Energietransports ist natürlich eng damit verbunden.

Es wird immer wieder gesagt, daß Georgien der Verlierer sein wird, wenn der Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien beendet ist. Denn dann könne die Pipeline auch durch Armenien statt durch Georgien verlaufen. Diese Argumentation wird nicht dadurch richtiger, daß sie ständig wiederholt wird; denn ein Friede im Kaukasus würde sämtlichen betroffenen Ländern Vorteile bringen, auch im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung, nämlich das Vertrauen für Geschäfte und Investitionen fördern. Das übersteigt jeden Profit, den eine einzige Pipeline abwerfen würde. Georgien kann keinerlei Interesse an derart kurzfristigen und kurzfristigen Erwägungen haben.

Obwohl es also nicht unser "höchstes Ziel" ist, ist Georgien nachdrücklich darum bemüht, das Pipelineprojekt so attraktiv wie möglich zu machen. So schaffen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen und versuchen, die Gesetzeslücken zu schließen, um die Investitionsrisiken zu verringern; denn auf diese Weise würden sich auch die Finanzierungs- und die Projektkosten insgesamt reduzieren. Davon würde Georgien letztlich profitieren.

Aus diesem Grunde hat sich Präsident Schewardnadse für dieses Projekt stark gemacht und eine Gesellschaft gegründet, die das Projekt unterstützt und Transparenz, Effizienz und Professionalität nach westlichen Standards garantiert. All dies würde dazu beitragen, das umsehen Georgiens als eines zuverlässigen und qualifizierten Partners zu stützen.

von Ploetz

Es ist immer gut, eine Landkarte vor sich zu haben. Konfuzius hat gesagt: Die Politik ist die Tochter der Geschichte, und die Geschichte ist die Tochter der Geographie. Ich verstehe durchaus manche Sorgen, die hier geäußert wurden. Was sich aber kaum ändern wird ist die Tatsache, daß Aserbaidschan im Norden Rußland und im Süden den Iran als Nachbarn hat. Wenn Herr Asimov betont, es gebe in der Region kein Machtgleichgewicht, dann frage ich mich, was er damit meint. Denn ganz sicher wird es niemals ein Machtgleichgewicht zwischen Aserbaidschan und Rußland oder dem Iran oder auch der Türkei, zu der allerdings ein freundschaftliches Verhältnis besteht, geben.

Wenn Herr Asimov also ein Machtgleichgewicht mit Armenien meint, schließt sich die Frage an, was Aserbaidschan tun kann, um es herzustellen. Denn Armenien ist kaum bereit, auf sein Übergewicht zu verzichten. Ist Aserbaidschan seinerseits nicht in der Lage, selbst mit Hilfe seiner Freunde den Ausgleich zu schaffen, drängt sich doch die Frage auf, ob ein so enges Konzept militärischen Gleichgewichts überhaupt weiterführt. Ist es - nach dem früher Gesagten - überhaupt vernünftig, ein Gleichgewichtdenken des 19. Jahrhunderts zum Kern der Sicherheitspolitik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert zu machen?

Ich darf daran erinnern, daß die erste Militärallianz, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa geschaffen wurde, die Westeuropäische Union war, die sich gegen einen möglicherweise wieder entstehenden deutschen Militarismus und Faschismus richtete. Wenn Sie also befürchten, Rußland könne wieder zu einer expansiven Außenpolitik zurückkehren und Armenien in ihrem Sinn einsetzen, wäre dann eine Gleichgewichtspolitik alten Stils die angemessene Antwort? Wir sind in Europa sehr schnell von der Westeuropäischen Verteidigungsgemeinschaft zu einer ganz anderen Art von Sicherheitspolitik übergegangen, nämlich der regionalen Integration. In ihrer Frühphase, in den Jahren 1945-54, hatten wir in Europa durchaus ähnliche Probleme wie in dieser Region. Das Saarland, heute zur Bundesrepublik gehörig, stand damals unter französischer Besatzung und Verwaltung. Sein Schicksal war äußerst umstritten, in Deutschland wie in Frankreich, und drohte die ersten Ansätze europäischer Integration zu gefährden.

Das Problem wurde schließlich gelöst, indem man den Kontext erweiterte, über Deutschland und Frankreich hinaus. Durch das Hinzutreten der Beneluxstaaten und Italiens wurde ein regionaler Ansatz gefunden, der letztlich auch den Rahmen für die Lösung des Saarproblems zwischen Deutschland und Frankreich stellte.

Der Gedanke, über eine engere Zusammenarbeit der NATO mit Rußland die Lage insgesamt zu stabilisieren, ist sicher nicht nur interessant, er eröffnet gute Zukunftsperspektiven. In diese Richtung arbeiten wir; in der Hinsicht geschieht schon eine ganze Menge.

Herr Erlen und andere haben die OSZE erwähnt. Ihr Potential wird leider unterschätzt. Es gibt Anzeichen dafür, daß auch die Amerikaner inzwischen wieder mehr Geschmack an der OSZE finden als noch vor zwei Jahren. Die OSZE als Regionalorganisation im Sinn der Vereinten Nationen ist die einzige, die ganz Europa einschließt - sowie die USA und Kanada. Wir wollen sie künftig noch wesentlich stärker ins Spiel bringen.

Was das Militärische im engeren Sinne angeht, so ist die Region des Kaspischen Meeres während des kalten Krieges in die Bemühungen um konventionelle Rüstungskontrolle und Abrüstung im Rahmen der KSE einbezogen gewesen. Es gab schwierige Verhandlungen, um die KSE-Verträge der neuen Situation nach Auflösung der Sowjetunion anzupassen. Der KSE-Vertrag bleibt ein Rahmen, um militärische Sicherheitsaspekte unter Mitwirkung der NATO-Staaten und Rußlands anzusprechen.

Des Weiteren gibt es den Europäisch-Atlantischen Partnerschaftsrat, in dessen Rahmen über die Sicherheitslage im Kaukasus gesprochen wurde. Leider hat es bisher kein Follow up gegeben, nicht zuletzt deswegen, weil sich einige auf die Vorstellung versteiften, die NATO müsse die Probleme lösen. Das ist simplistisch. Im Europäisch-Atlantischen Partnerschaftsrat könnten aber durchaus konkrete Maßnahmen vereinbart werden.

1994 haben sich unter deutschem Vorsitz in der Europäischen Union in Luxemburg die drei Präsidenten der transkaukasischen Staaten getroffen. Bei dieser Gelegenheit wurden alle sicherheitsrelevanten Aspekte - außer den militärischen - angesprochen. Der Einstieg unter Ausschluß der militärischen Aspekte kann durchaus nützlich sein; wenn es hier vorangeht, sollten auch die Fragen militärischer Sicherheit leichter verhandelbar werden.

Ein weiterer Weg, gemeinsame Interessen der Staaten dieser Region zu aktivieren, könnte die Energiecharta sein. Sie bietet fast einen idealen Rahmen, um bestimmte Probleme, die die Länder der Region miteinander haben, von vornherein in einen international akzeptierten rechtlichen Rahmen zu stellen und so die Chancen zu erhöhen, Interessenkonflikte friedlich zu lösen.

Zusammenfassend: Es gibt eine ganze Reihe von nützlichen regionalen oder internationalen Foren und Abmachungen, die helfen können, die in der kaspischen Region drohenden Konflikte zu entschärfen und dann zu lösen. Es gilt, sie zielbewußt zu nutzen.

Haga

Norwegen hat ab Januar 1999 den OSZE-Vorsitz inne;. Von daher begrüße ich die Hinweise auf die mögliche zukünftige Rolle der OSZE in dieser Region. Wir werden sehr ehrgeizig und hoffentlich mit dem nötigen Realismus an diese Aufgabe herangehen.

Es ist immer leicht, auf die Schwächen der OSZE zu verweisen, und man kann natürlich fragen, was sie denn bewirken kann. Ich denke, darum müssen wir uns weiter bemühen. Die Stärke der OSZE ist zweifellos ihre breite Mitgliedschaft und die Tatsache, daß die USA und Rußland gleichberechtigte Mitglieder sind. Aber ähnlich wie die Vereinten Nationen kann die OSZE nie mehr sein als das, was die Mitgliedsstaaten daraus machen. Das heißt, wir müssen in diese Organisation Energie hineinstecken. Das gilt sowohl für die Mitgliedsländer, die in Konflikte verwickelt sind, als auch für die anderen. Wichtig ist, daß hier ein internationaler Mechanismus verfügbar ist, und nach meiner Meinung ist die OSZE sehr wohl in der Lage, die Konflikte in dieser Region lösen zu helfen. Doch ich wiederhole: Dieser Mechanismus kann nur soweit wirksam sein, wie wir bereit sind, ihn mit politischem Willen zu erfüllen.

Müller

Die Diskussion hat gezeigt, daß es keine geographischen und keine nationalen Fronten mehr gibt - den sehr speziellen Fall der Besetzung aserbaidischen Territoriums durch Armenien einmal außer acht gelassen. Rußland möchte gute Beziehungen und Zusammenarbeit mit den USA, und Aserbaidschan möchte gute Beziehungen und Kooperation mit Rußland. Das gilt auch für die Konstellationen zwischen den anderen Ländern.

Eine gewisse Konfrontation in der Argumentation ist lediglich zwischen denjenigen festzustellen, die meinen, Sicherheit sei dadurch zu gewinnen, daß man ein Gleichgewicht der Mächte im traditionellen Sinne schafft, und den anderen, die mehr daraufsetzen, daß die kollektive Sicherheit durch Rechtssicherheit und durch internationale Abkommen, die zu einem fairen Wettbewerb führen, gewährleistet werden kann. Dabei dürfte aus der Tradition heraus das erstgenannte Denken noch überwiegen, während für den zweiten Denkansatz nach mir vor ein gewisser Nachholbedarf besteht.

Deshalb möchte ich insbesondere die Länder der Region ansprechen - aber nicht nur. Ich denke etwa an ein Land wie Norwegen, das - im Sinne der Energiecharta - beispielhafte Pionierarbeit geleistet hat, damit ein fairer Wettbewerb stattfindet, der auch die Sicherheit stärken kann. Jedenfalls ist die Implementierung dieses Vertragswerks von großer Bedeutung und bedarf der besonderen Aufmerksamkeit, wenn man einen solchen Wandel tatsächlich herbeiführen will.

Asimov

Ich teile Frau Hagas Einschätzung der OSZE, die nur so stark sein kann, wie ihre Mitglieder dies zulassen. Ich wünsche Norwegen bei der Übernahme des Vorsitzes im nächsten Jahr alles Gute, und ich hoffe, daß die anderen Staaten Norwegen entsprechend unterstützen werden. Aserbaidschan ist dazu jedenfalls bereit.

Frau Haga wird aber sicher auch meine Besorgnisse über einige beängstigende Tendenzen in der OSZE verstehen, die dazu geführt haben, daß friedenserhaltende Maßnahmen der OSZE zur Zeit gar nicht möglich sind. Zwischen den ehrgeizigen Zielen der OSZE, die von den Staatsoberhäuptern gesetzt wurden, und der Realität besteht jedenfalls ein Widerspruch.

Ich muß eine Aussage, die hier gemacht wurde, korrigieren. Ich habe erklärt, daß Aserbaidschan ein Mitglied der europäischen und transatlantischen Sicherheits- und Kooperationsstrukturen ist und daß wir uns als Teil Europas fühlen. Ich habe hinzugefügt, Aserbaidschan könne nicht akzeptieren, daß die Zusammenarbeit mit den transatlantischen Strukturen kollektiv durch die GUS wahrgenommen wird.

Was die Bemerkung von Herrn Pain angeht, sollten alle zur Kenntnis nehmen, daß das Konsensprinzip in der GUS überhaupt nicht funktioniert. Fehlende Übereinstimmung zwischen den Staaten hindern den Vorsitzenden des Rates der GUS-Staaten aber nicht daran, Dokumente zu unterzeichnen. Und das betrifft auch so schwierige Themen wie friedenserhaltende Maßnahmen. Aserbaidschan hat keinerlei Abkommen in bezug auf gemeinsame Friedenstruppen, die Entsendung von Beobachtern oder finanzielle und sonstige Vereinbarungen im Rahmen der GUS unterzeichnet. Wir haben also keinerlei Verpflichtungen gegenüber und innerhalb der GUS.

Wir sind der GUS im Oktober 1993 unter ganz besonderen Umständen beigetreten, aber wir haben nie gezögert, uns kritisch zu dem zu äußern, was innerhalb der GUS vorging. Die Gipfeltreffen im vergangenen Jahr, besonders Ende 1997 und Anfang 1998 haben das sehr deutlich gezeigt. Was

GUAM betrifft, kann ich Herrn Pain versichern, daß dies in keiner Weise etwas mit der GUS zu tun hat. In dieser Gruppierung arbeiten vier Länder in einem ganz anderem Rahmen zusammen, wie es ihn in der GUS zu keiner Zeit gegeben hat. Nicht im geringsten!

Hier wurde gesagt, es gebe keine politischen Probleme zwischen der NATO und Rußland. Ich bin bei allen Verhandlungen über Rüstungskontrolle, Sicherheitsfragen, OSZE und so weiter dabei. Ich weiß, wovon ich spreche und halte mich an Realitäten und Fakten. Nach wie vor gibt es erhebliche Meinungsverschiedenheiten und Schwierigkeiten bezüglich der "Flanken" des CFE-Vertrages oder der territorialen und nationalen Grenzen der CFE-Staaten. Wir bemühen uns, diese Probleme auf dem Verhandlungswege zu lösen, sind dabei aber bisher noch nicht weitergekommen.

Herr Pain, vielleicht haben Sie mich falsch verstanden. Ich habe gesagt, es gebe westliche Analysen, wonach ein Problem darin besteht, daß sich die russische Mentalität nur langsam und allmählich vom früheren Imperium verabschiedet. Diese Aussage stammt nicht von mir. Deshalb sollten Sie sich an diejenigen wenden, die eine Mentalitätsänderung einfordern. Was ich gesagt habe, war, daß es zu lange dauern könnte, auf diesen Wandel zu warten.

Ich bin sehr erfreut über das, was Herr Naumkin zur Partnerschaft zwischen Rußland und Aserbaidschan gesagt hat. Ich kann dazu nur wiederholen: Wir erwarten, daß solche Erklärungen auch mit Leben erfüllt werden. Ich wäre jedenfalls sehr froh, wenn diese Partnerschaft in der Realität tatsächlich funktioniert. Ja, wir haben ein Freundschafts- und Kooperationsabkommen zwischen Aserbaidschan und Rußland unterzeichnet. Aber schon einen Monat später schloß die Russische Föderation ein Militärabkommen mit Armenien, obwohl Armenien im Konflikt mit Aserbaidschan liegt. Wir haben das Abkommen zwischen Rußland und Aserbaidschan begrüßt. Auf der anderen Seite haben wir jedoch auf höchster Ebene, offiziell durch eine Note des Außenministers, unsere tiefste Besorgnis über das Militärbündnis zum Ausdruck gebracht, das ich unter den gegebenen und vorhersehbaren Entwicklungen in der Region für überflüssig halte.

Ich wurde gefragt, ob GUAM positiv oder negativ einzuschätzen ist. Ich kann Ihnen nur empfehlen, das Kommuniqué über das Treffen der vier Präsidenten zu lesen, das alle Perspektiven enthält hinsichtlich einer Zusammenarbeit mit der OSZE, der NATO und der "Partnership for peace". Ich meine, das ist positiv zu bewerten. Wir haben nie etwas gegen Dritte gesagt oder getan. Allerdings werden wir immer unsere Interessen wahren, wenn es darum geht, Risiken und Bedrohungen abzuwehren. In dem Punkt stimmen diese vier Länder überein, was Sie beispielsweise nachvollziehen können, wenn Sie sich die Verlautbarungen der OSZE und der KSE in Wien oder diejenigen der NATO ansehen, wo wir in der vergangenen Woche eine Stellungnahme der GUAM beim Ständigen Botschaftsrat der NATO abgegeben haben.

Um auf die regionale Zusammenarbeit zurückzukommen. Ich denke nicht, daß ich anderen offiziellen Vertretern Aserbaidschans widerspreche, wenn ich feststelle, daß eine regionale Kooperation an einem geeigneten Projekt zwischen Aserbaidschan, Armenien und Georgien so lange unmöglich ist, wie sich fremde Truppen auf unserem Territorium befinden. Ich hoffe, daß dies richtig verstanden und nicht wieder falsch interpretiert wird.

In der Tat haben wir am 22. April 1998 in Luxemburg ein Assoziationsabkommen mit der Europäischen Union abgeschlossen. Gleichzeitig haben die Präsidenten zweier anderer Kaukasusstaaten entsprechende Abkommen mit der EU unterzeichnet. Aber das sind bilaterale Abkommen, die jedoch regionale Kooperationselemente enthalten. Herr Wittebrood, ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, daß es 1996 und 1997 den Versuch gab, einen Dialog zwischen drei Ländern der Region und der Europäischen Union zu eröffnen, der allerdings fehlschlug. Die Gründe dafür lagen auf der Hand: Welche Fragen zur regionalen Sicherheit können wir an einem Tisch mit Armenien besprechen, wenn es aus verständlichen Gründen keinerlei Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern gibt?

Frau Haga erwähnte, daß "politische Stabilität" ein Schlüsselbegriff sei, und wurde von Herrn Wittebrood dahingehend korrigiert, daß es weniger um "politische Stabilität" als vielmehr um "regionale Zusammenarbeit" gehe. Ich denke, beides wird möglich sein, sobald die staatliche Souveränität zusammen mit der territorialen Integrität wiederhergestellt ist und alle beteiligten Staaten die Möglichkeit haben, im kaspischen Raum ihre unabhängige Politik zu verfolgen. Wir sehen bereits die Früchte solcher Aktivität.

Das Schlüsselwort sollte also nicht politische Stabilität sein; denn ich bezweifle, daß die Instrumente, die eingesetzt werden, und der Preis, der mitunter für politische Stabilität zu zahlen ist, angemessen sind. Wenn der Preis in der militärischen Präsenz eines anderen Staates besteht, akzeptieren wir dies

nicht. Was an regionaler Zusammenarbeit unter den gegenwärtigen Bedingungen möglich ist, wird durchgeführt. So wird eine TRASECA-Konferenz stattfinden, und Aserbaidschan und Georgien werden daran teilnehmen und ihre souveränen Rechte zusammen mit den anderen europäischen und asiatischen Länder, die an TRASECA interessiert sind, wahrnehmen.

Herr von Ploetz hat ein heikles Thema angesprochen, als er fragte, was ich damit gemeint habe, daß es kein Machtgleichgewicht in der Region gebe und ob Aserbaidschans Partner die Möglichkeit hätten, ein solches Gleichgewicht wiederherzustellen. Wenn ich vom Gleichgewicht spreche, denke ich zum einen nicht nur an ein militärisches Gleichgewicht. Da spielen eine ganze Reihe weiterer Faktoren eine Rolle. Zum anderen habe ich nicht gemeint, daß sich das Gleichgewicht militärisch wiederherstellen läßt. Ich betone nochmals, daß Aserbaidschan sich darum bemüht, in der Region ein Gleichgewicht herzustellen, aber auf neuer Grundlage.

Ich habe daraufhingewiesen, daß wir versuchen, die Spielregeln in der Region zu verändern, indem wir andere Partner mit einbeziehen, die hier relativ neu sind, zumindest Anfang dieses Jahrhunderts noch nicht da waren. Ich meine, wir verstehen uns richtig, wenn wir betonen, daß die NATO, Rußland, Aserbaidschan und Georgien in Sicherheitsfragen, die Aserbaidschan, Georgien und die Region betreffen, zusammenarbeiten können. Das ist möglich im Rahmen der OSZE oder auch der EAPC. In diesem Sinne sollten wir uns um eine Verständigung bemühen.

Meyer-Landrut

Wir sind am Ende dieses Gesprächskreises angelangt. Unsere Absicht war, über Fragen der Energiegewinnung des Energietransports sowie die damit verbundenen politischen Fragen im kaspischen Raum zu diskutieren. Das gilt für Interessen und Chancen ebenso wie für mögliche Konflikte. Wir haben hierzu ein breites Spektrum von Standpunkten und Perspektiven erfahren.

Es ist aber auch zum Ausdruck gekommen, daß Demokratie, Marktwirtschaft, die Achtung der Menschenrechte und der Schutz der Umwelt Stabilitätsfaktoren sind, um die ein modernes Gemeinwesen nicht herumkommt, will es ein geachtetes Mitglied der Staatengemeinschaft und Mitspieler im Konzert der Mächte und auf den internationalen Märkten sein.

Gleichzeitig wurde deutlich, daß festgefahrene Konflikte, wie sie im transkaukasischen Raum mit tragischen Folgen für Hunderttausende von Menschen entstanden sind, von den Beteiligten aus eigener Kraft wohl kaum zu lösen sind und hier die Staatengemeinschaft durch regionale oder überregionale Organisationen zum aktiveren Handeln aufgerufen ist. Denn nur in einem mehr oder minder konfliktfreien Raum wird sich wirtschaftlicher Erfolg und damit Wohlstand für die Menschen dauerhaft entwickeln lassen.

Wenn auch der Eindruck nicht von der Hand zu weisen ist, daß politische Spekulationen den realen Entwicklungen häufig weit vorausseilen, hat die Debatte doch eine Fülle interessanter wirtschaftlicher und politischer Informationen erbracht, die zukünftige Entwicklungen beeinflussen könnten.

Relativ gelassen wurde über die Machtfrage diskutiert. Dennoch war nicht zu verkennen, daß politische Interessen nicht zu unterschätzen sind: Das "great game" - wenn auch im neuen Rahmen der "Globalisierung" und nicht in der klassischen imperial-hegemonialen Form - hat gerade erst begonnen. Wir können nur hoffen, daß am Ende eine Win-win-Situation entsteht, wie es einer der Teilnehmer formulierte, und kein Nullsummenspiel mit fortdauernden Konflikten die Folge ist.

von Weizsäcker

Soviel ich weiß, waren im Rahmen des Bergedorfer Gesprächskreises noch nie so viele Nationen um einen Tisch versammelt wie während der vergangenen zwei Tage. Vertreter von 16 Nationen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Diplomatie haben teilgenommen, ein vielstimmiges Orchester, das aber bemüht war, eine gemeinsame Melodie zu finden

Vor Edlem bin ich dankbar für die praktische Vernunft und die Verantwortung, die uns durch die hier tätigen Wirtschaftler und die Politiker aus der Region demonstriert wurde. Die Vernunft von Menschen der Praxis ist auch der beste Erzieher für die Politik. Ich hoffe, daß dieser Gesprächskreis zum Wohle der Region und Aserbaidschans beitragen wird. Wir haben uns einem Lernprozeß unterzogen und zugleich feststellen können, daß sich diese Region, insbesondere unser Gastgeberland, im Zentrum des Weltinteresses befindet und wir alle um die Stabilität im kaspischen Raum besorgt sein sollten.